

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



Alisdare Hickson (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Cost_of_living_protest_at_Parliament_Square,_London.jpg), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/> legal code

KAMPF GEGEN DIE FOLGEN DER TEUERUNG

INHALT

<i>Inflation</i>	
Verteidigung der Kaufkraft, Ernest Mandel	3
Wir sollen für ihre Gewinne zahlen. Mobilisieren wir gegen den Anstieg der Lebenshaltungskosten! Europäische Sektionen der IV. Internationale	10
<i>Heißer Herbst</i>	
Generalstreik am 9. November in Belgien, Mateo Alaluf	13
„Heißer Herbst“ in Deutschland, Daniel Berger	15
<i>Theorie</i>	
Drei Wege zum Sozialismus?, Gonzalo Bárcena	17
<i>Faschismus</i>	
Auf dem Weg zu Brauner Internationale? Giorgos Mitralias	24
<i>Geschichte</i>	
Auf Messers Schneide? Die Ruhrbesetzung 1923	27
<i>100 Jahre Faschismus</i>	
100 Jahre Faschismus: 1922–2022, Helmut Dahmer	33
<i>Italien</i>	
Für Vaterland und Kapital, Franco Turigliatto	38
<i>Niederlande</i>	
Neue sozialistische Organisation entsteht, Alex de Jong	40
<i>Iran</i>	
Das Besondere an den aktuellen Protesten im Iran, Interview mit Amir Kianpour	43
<i>Israel</i>	
Wenn die Hüllen fallen, Jonathan Cook	46
<i>China</i>	
Eine politische Konterrevolution, Pierre Rousset	50
<i>Brasilien</i>	
Was folgt auf Lulas Sieg?, Israel Dutra	54
<i>Buchbesprechung</i>	
Gemeinsamkeiten zwischen Gesellschafts- und Psychoanalyse, Jakob Schäfer	61
Register 2022	63

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO,
iso@intersoz.org,
<https://intersoz.org/>
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at,
<https://soal.at/>

- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

VERTEIDIGUNG DER KAUFKRAFT

Die permanente Inflation ist eines der Hauptmerkmale des Spätkapitalismus. Durch den Einsatz von Inflationstechniken versucht der heutige Kapitalismus zu verhindern, dass sich die unvermeidlichen periodischen Wirtschaftskrisen (heute schamhaft „Rezessionen“ genannt) in Krisen katastrophalen Ausmaßes wie 1929–1932 verwandeln.

■ Ernest Mandel

■ Mit der Manipulation der Inflation von Unternehmenskrediten durch das Bankensystem sichern sich die großen Monopole die finanziellen Mittel, die sie für ihre immer gigantischeren Investitionsvorhaben benötigen. Durch Ankurbelung der Verbraucherkreditinflation (Verkäufe auf Kredit) versucht das Großkapital, den Absatz der Warenberge zu erleichtern, die es produzieren lässt, ohne die Reallöhne der Arbeiter im erforderlichen Maße zu erhöhen. Durch die ständige Ausweitung der unproduktiven Ausgaben des bürgerlichen Staates (vor allem der Militärausgaben) sichern sich die Monopole die notwendigen Auftragsbücher, um die Profite der Schwerindustrie-Trusts zu sichern.

Es wäre vergeblich, den „Haupt“-Verantwortlichen für die Inflation benennen zu wollen: die Profitgier der Industriemonopole? Das Gewinnstreben und damit die Kreditausweitung der Banken? Die Politik der bürgerlichen Regierungen? Das Wettrüsten? All das gehört zusammen, all diese Aspekte des zeitgenössischen Kapitalismus sind eng miteinander verknüpft. Es bedeutet, gefährliche Illusionen zu verbreiten, wenn man den Arbeitern weismachen will, dass der Drache Inflation niedergedrungen wird, wenn man „den Monopolen untergeordnete“ Finanzminister durch „fortschrittliche“ Finanzminister ersetzt; wenn man nur konsequent „die Politik der Entspannung und Abrüstung“ praktiziert; wenn man „die Gewinnspannen reduziert“ etc.

Die zweifellos unangenehm zu hörende Wahrheit ist, dass es keine Möglichkeit gibt, die Inflation zu stoppen, ohne das kapitalistische Regime abzuschaffen. Die einzigen Bedingungen, unter denen der heutige Kapitalismus die Inflation allenfalls mäßigen könnte, wären für die Arbeiterklasse verheerende Bedingungen: Massenarbeitslosigkeit und Lohnstopps. Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, dass selbst in diesem Fall die inflationäre Höllenmaschine nur verlangsamt und nicht endgültig zum Stillstand gebracht würde.

Besonders verderblich ist die von bürgerlichen Experten verbreitete und von einem reformistischen Flügel der Arbeiterbewegung übernommene These, dass die Arbeiter Opfer bringen müssten, um die Inflation zu stoppen, da sie von ihr mehr als jede andere Klasse der Gesellschaft betroffen seien. Diese Mystifizierung führt zu konkreten Vorschlägen: Einkommenspolitik, autoritäre (oder mit Zustimmung der Gewerkschaftsbürokratie) Begrenzung der Nominalloohnerhöhungen, Kontrolle über die Lohnerhöhungen, verbunden mit einer „Kontrolle“ über die Einkommen großer und kleiner Bosse (der sogenannten *Selbstständigen*) und über die Preise.

In der Praxis können die Löhne vom bürgerlichen Staat nur dann effektiv kontrolliert werden, wenn Gewerkschaften und arbeitende Massen das mit sich machen lassen. Aber keine kapitalistische Regierung hat es bisher

geschafft, die Preise oder die Unternehmerprofite effektiv zu kontrollieren. In der kapitalistischen Wirtschaft verfügt die Bourgeoisie nämlich über tausend Instrumente, um ihre Bilanzen zu fälschen, die Profite zu manipulieren und die Preise trotz aller gesetzlichen Maßnahmen zur „Blockierung“ in die Höhe zu treiben. Außerdem verfügt sie über tausend Seilschaften innerhalb des bürgerlichen Staatsapparats, um allzu peinliche Kontrollmaßnahmen von oben „abzumildern“ oder „aufzuweichen“.

Die Bourgeoisie und ihre Ideologen sind übrigens selbst zutiefst von der Sinnlosigkeit von „Preiskontrollen“ überzeugt, da diese gegen „die ökonomischen Gesetze“ (die Gesetze des Marktes, d. h. die Profit- und Wettbewerbslogik des kapitalistischen Regimes) verstoßen würden.

Das Schreckgespenst der „Preis- und Gewinnkontrolle“ wird von ihnen nur benutzt, um die Arbeiter zu täuschen und sie dazu zu bringen, ihr Erstgeburtsrecht – die Freiheit, mit den Kapitalvertretern über Löhne zu verhandeln, indem sie ihre kollektive Organisationskraft in die Waagschale werfen – gegen ein Linsengericht einzutauschen. Begrenzte Maßnahmen der „Preiskontrolle“ dienen manchmal bestenfalls dazu, die kapitalistische Konzentration zu beschleunigen, d. h. die Beseitigung der kleinen Bosse zugunsten der großen.

Die Inflation ist zweifellos ein Übel, dessen Auswirkungen die Arbeiter treffen. Aber die Arbeiter dürfen sich nicht irreführen und vom Wesentlichen ablenken lassen. Wer die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse auf dem Altar des „Kampfes gegen die Inflation“ opfert, macht sich zum Komplizen eines Verfahrens, das das Nationaleinkommen auf Kosten der Löhne und der Arbeitnehmer umverteilt, um die kapitalistischen Profite zu steigern. Jede Einkommenspolitik, die vorgibt, Löhne, Preise und Profite „gleichzeitig“ zu kontrollieren, verwandelt sich im Kapitalismus unweigerlich in eine reine Lohnpolizei. Solche „Inflationsbekämpfung“ müssen Arbeiter und Gewerkschaften vorbehaltlos und bedingungslos ablehnen, denn sie ist eine Waffe des Klassenkampfes des Kapitals gegen die Arbeit.

Die Inflation wird endgültig eingedämmt, wenn der Kapitalismus zerschlagen wird, wenn die Arbeiter alle politische und wirtschaftliche Macht besitzen. Bis dahin geht es nicht darum, die Interessen der Beschäftigten im Namen eines abstrakten Prinzips („Minderung der Inflation“) zu opfern, sondern darum, die Kaufkraft der Arbeiter gegen die Auswirkungen der Inflation zu verteidigen. Dies ist das Gebot der Stunde für die Gewerkschaften und die arbeitenden Massen, die mit dem Phänomen der „permanenten Inflation“ konfrontiert sind.

Da diese Inflation dem untergehenden Kapitalismus inhärent ist, wollen die Kapitalisten trotz all ihrer Anti-Inflationssimulationen nur eines: dass die Vorteile der Inflation in die Tresore der Bosse und der Bourgeoisie geraten und dass die Kosten der Inflation von den Arbeitern und den werktätigen Massen bezahlt werden.

Die Haltung der Arbeiterklasse und der Organisationen, die sich auf sie berufen, sollte genau das Gegenteil dieser beharrlichen und oft erfolgreichen Bemühungen des Kapitals sein. Sie sollten vor allem darauf abzielen, sich zu weigern, die Kosten der Inflation zu tragen, und die Real-löhne und Realeinkommen der Arbeiter vor allen direkten und indirekten Auswirkungen der Inflation zu schützen.

Die gleitende Lohnskala als einzige wirksame Waffe gegen die Inflation.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1938 vertritt die IV. Internationale die Auffassung, dass nur die gleitende Lohnskala eine wirksame Verteidigung der Kaufkraft der Arbeiter gegen die Folgen von Inflation und hohen Lebenshaltungskosten darstellt.

Diese Idee, die lange Zeit von Reformisten und Ultralinken gleichzeitig bekämpft wurde, bahnt sich ihren Weg in die Arbeiterklasse und die Gewerkschaftsbewegung auf der ganzen Welt. Es ließen sich unzählige Beispiele für Kämpfe zur Erringung der gleitenden Lohnskala anführen, sei es auf der Ebene einzelner Unternehmen, auf der Ebene von Industriezweigen oder auf nationaler, branchenübergreifender Ebene. Es ist eine Tatsache: Die praktische Erfahrung der Inflation zeigt den Arbeitern, dass die Verteidigung und der Schutz ihrer Kaufkraft durch die gleitende Lohnskala die erste und unverzichtbare Reaktion der Selbstverteidigung auf die immer stärker werdende Preisexplosion darstellt.

Das Argument, dass die gleitende Lohnskala die Arbeiter „demobilisieren“ würde, indem sie den jährlichen Kämpfen um Lohnerhöhungen den Anreiz nimmt, wird durch die Praxis widerlegt. Länder wie Italien oder Belgien, in denen die gleitende Lohnskala ganz oder teilweise angewendet wird, sind sicherlich keine Länder, in denen die Zahl der Streiks und Forderungskämpfe geringer ist als in Ländern, in denen die Arbeiter noch nicht in den Genuss der gleitenden Lohnskala kommen.

In Wirklichkeit ersetzt die gleitende Skala der Löhne keineswegs den Kampf um Lohnerhöhungen. Im Gegenteil, sie schafft gerade die Bedingungen, um einen solchen Kampf zu ermöglichen. Was heute „Kampf um Lohnerhöhungen“ genannt wird, war in der Zeit der

permanenten Inflation in neun von zehn Fällen ein Kampf, um den Rückstand der Löhne gegenüber dem Anstieg der Lebenshaltungskosten aufzuholen, d. h. ein Kampf, um die Kaufkraft der Löhne wiederherzustellen und nicht zu erhöhen. Wenn diese Wiederherstellung durch Verträge, die die Lohnskala garantieren, automatisch erfolgt, kann der Kampf für eine echte Erhöhung der Kaufkraft erst richtig beginnen.

Die Erfahrung mit zahlreichen Kollektivverträgen in vielen Industriezweigen mehrerer Länder zeigt, dass in einer Zeit der permanenten und beschleunigten Inflation jede Verzögerung bei der Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten einen Kaufkraftverlust für die Arbeiter bedeutet. Das Institut für Wirtschafts- und Sozialstudien an der sehr katholischen Universität Löwen hat errechnet, dass die belgischen Arbeiter, obwohl sie den Vorteil der gleitenden Lohnskala genießen, in den letzten zwei Jahren immerhin 3 % ihrer Kaufkraft verloren haben, weil die Anpassung der Löhne an den Preisindex mit Verzögerung erfolgt.

Eine solche automatische Anpassung jedes Mal, wenn die Preise über eine ausgehandelte Schwelle steigen (z. B. 2 % oder 2,5 % - in Großbritannien „threshold agreements“ genannt), ist zwar ein Schritt auf dem Weg zu einer gleitenden Skala, der nicht zu verachten ist. Aber es ist noch keine effektive gleitende Skala im eigentlichen Sinne. Die Arbeiterinnen und Arbeiter könnten doppelt verlieren. Erstens, weil Preiserhöhungen unterhalb der Bandbreite (z. B. 1,7 % bei einer Bandbreite von 2 % oder 2,2 % bei einer Bandbreite von 2,5 %) nicht zu Lohnerhöhungen führen, obwohl sie einen Kaufkraftverlust für die Arbeiter bedeuten. Zweitens, weil sie eine echte „Einladung“ an die bürgerlichen Regierungen und Staatsapparate darstellt, den offiziellen Verbraucherpreisindex zu manipulieren, um ihn ein wenig unterhalb der Schwelle zu halten, die eine automatische Anpassung der Löhne und Gehälter auslöst.

Eine echte gleitende Lohnskala bedeutet also, dass die Nominallohne jeden Monat automatisch an jede Preiserhöhung angepasst werden, ohne dass es irgendwelche Stufen gibt. Auf diese Weise kann die gesamte Kaufkraft der Arbeiter erhalten bleiben. Dies wurde in den letzten Lohnverhandlungen unter anderem von den Beschäftigten der Buchdruckbranche und der Gas- und Elektrizitätswirtschaft in Belgien erreicht.

Gleitende Lohnskala und Steuern, gleitende Lohnskala und Ungleichheit.

Um diese gesamte Kaufkraft vollständig zu erhalten, müssen wir jedoch noch die Auswirkungen der Besteuerung

auf die Kaufkraft der Arbeiter berücksichtigen. Früher vertrat die Arbeiterbewegung die These, dass indirekte Steuern vor allem die Geringverdiener treffen, während direkte Steuern die Reichen treffen. Der erste Teil dieser These stimmt auch heute noch. Der zweite Teil wird immer weniger wahr.

Die Erhöhung der direkten Steuern erfolgte in den letzten Jahrzehnten vor allem durch eine Verschärfung der direkten Besteuerung von Löhnen und Gehältern. In vielen kapitalistischen Ländern zahlen die Beschäftigten heute nicht nur den größten Teil der indirekten Steuern, sondern auch den größten Teil der direkten Steuern.

Dies gilt umso mehr, als die direkten Steuern auf Löhne und Gehälter in der Regel an der Quelle einbehalten, d. h. im Voraus bezahlt und direkt von den Unternehmen vollständig an die Kasse des bürgerlichen Staats überwiesen werden, während die Steuern auf kapitalistische Gewinne und auf Einkommen aus „freien“ und „selbstständigen“ Berufen verspätet und ohne echte Kontrolle gezahlt werden. So profitieren die Bürgerlichen doppelt. Steuern verspätet zu zahlen bedeutet, vom Kaufkraftverlust des Geldes zu profitieren (eine feste Summe an Steuern auf den Gewinn, die 6 Monate nach der Realisierung dieses kapitalistischen Gewinns gezahlt wird, ist eine um 5 % verminderte Steuer, wenn die jährliche Inflationsrate 10 % beträgt). Steuerzahlungen ohne effektive Kontrolle über die tatsächliche Höhe der Gewinne bedeutet, dass die Schleusen für Steuervermeidung und Steuerhinterziehung weit geöffnet sind. Diese Geldmengen ergießen sich wie eine Sturzflut in die Wirtschaft der meisten imperialistischen Länder.

Für die Arbeiter bedeutet die Progressivität der Lohnsteuer, dass jedes Mal, wenn die gleitende Skala die Nominallohne einer höheren Besteuerung unterwirft, die Lohnsteuer stärker steigt als die Lohnerhöhung selbst.

Nehmen wir ein fiktives Beispiel, das rein demonstrativen Zwecken dient. Nehmen wir an, ein Facharbeiter verdient 2 000 französische Francs (FF) im Monat und der Anstieg der Lebenshaltungskosten führt durch das Spiel der gleitenden Skala nach einem Jahr zu einer Erhöhung des Lohns um 10 %, also auf 2 200 FF im Monat. Nehmen wir an, dass dieses gesamte Einkommen besteuert wird und dass die Besteuerung 15 % auf Einkommen zwischen 20.000 und 25.000 FF pro Jahr und 20 % auf Einkommen zwischen 25.000 und 30.000 FF pro Jahr beträgt.

Vor der Gehaltsanpassung zahlte er also 15 % Steuern auf ein Jahreseinkommen von 24.000 FF, d. h. 3.600 FF Steuern. Es blieb ihm also ein Nettogehalt von 20.400 FF.

Nach der Lohnanpassung zahlt er auf ein Jahreseinkommen von 26.400 FF eine Steuer von 20%, d. h. 5.280 FF. Ihm bleiben also netto 21.120 FF. Die Lebenshaltungskosten sind jedoch um 10 % gestiegen. Die Kaufkraft des Nettolohns von 21.120 FF entspricht also nur der Kaufkraft von 19.008 FF im Vorjahr. Es gibt also in diesem Fall einen Kaufkraftverlust von 20.400 FF auf 19.008 FF, also mehr als 1.000 FF pro Jahr, allein als Ergebnis der Progressivität der Lohnsteuer.

Den Arbeiter interessiert nicht der „Bruttolohn“, der ein rein fiktiver Begriff sowohl in der Praxis als auch in der Theorie ist. Was ihn interessiert, ist der reale Nettolohn, d. h. die Gesamtmenge an Waren und Dienstleistungen, die er mit dem Geld, was er nach zwei Wochen oder am Ende des Monats erhält, tatsächlich kaufen kann. Die gleitende Lohnskala muss die Kaufkraft des tatsächlich ausgezahlten Lohns bewahren. Sie muss daher so funktionieren, dass sie die durch die Steuerprogression erhöhten Abzüge neutralisiert.

Die Lösung, die von der Arbeiterbewegung in mehreren Ländern und insbesondere von der belgischen Gewerkschaftsbewegung gefordert wird, ist die vollständige Indexierung der Lohnsteuertabellen. Jedes Mal, wenn der Nominallohn erhöht wird, um ihn an die gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen, wird die Lohnsteuertabelle um denselben Prozentsatz erhöht.

In dem oben genannten Beispiel würde die Obergrenze für die Kategorie der Löhne und Gehälter, die 15 % Steuern zahlen, automatisch von 25.000 FF pro Jahr auf 27.500 FF pro Jahr steigen, wenn die Lebenshaltungskosten um 10 % gestiegen sind. Daher ändert die Erhöhung des Nominallohns von 24.000 auf 26.400 FF pro Jahr kaum etwas an der Steuerquote, die weiterhin 15 % beträgt. Die Kaufkraft der Löhne wird vollständig geschützt.

Manchmal wird eingewandt, dass bei einer solchen vollständigen Indexierung von Löhnen, Gehältern und Steuern die „Spanne“ zwischen den niedrigsten und den höchsten Löhnen zwar proportional gleich bliebe, aber in absoluten Zahlen ständig zunehmen würde. Wenn also zu Beginn die niedrigsten Löhne 6.000 FF pro Jahr und die höchsten Gehälter der Angestellten 60.000 FF betragen (in beiden Fällen nach Abzug der Steuern), würde eine vollständige Anpassung um 10 % den Jahreslohn der ungelerten Arbeiterin um 600 FF pro Jahr erhöhen, während der Lohn des hoch bezahlten Direktors um 6.000 FF steigen würde. Die Differenz zwischen den beiden Einkommen betrug anfangs 54.000 FF pro Jahr. Nach dem vollen Einsatz der gleitenden Skala würde sie 59.400 FF betragen.

Auf diese Argumentation gibt es zwei Antworten:

■ Erstens ist es nur gerecht, die Indexierung der Steuertabellen auf eine bestimmte Obergrenze zu beschränken, die auf dem Einkommen von Facharbeitern basiert. In unserem fiktiven Beispiel könnte man beispielsweise davon ausgehen, dass die Indexierung der Obergrenzen für die Lohn- und Gehaltssteuer bei 30.000 FF pro Jahr enden würde. Oberhalb dieser Obergrenze würde die Progressivität der Steuer weiterhin voll zum Tragen kommen und somit die Kluft zwischen niedrigen und hohen Löhnen etwas verringern.

■ Zweitens: Das beste Mittel, um die übermäßige „Spanne“ der Arbeitereinkommen zu bekämpfen, ist der Kampf für Teuerungszulagen, Jahresendprämien und echte Lohn erhöhungen (über das Spiel der gleitenden Lohnskala hinaus), die für alle gleich sind, die Anwendung des Prinzips des gleichen Lohns für gleiche Arbeit, die Abschwächung des Spiels der gleitenden Lohnskala durch die Einführung von Lohn- und Gehaltsobergrenzen, ab denen die Anpassungen nicht mehr automatisch erfolgen, sondern Gegenstand von Verhandlungen sein müssen. Eine solche Position ist theoretisch dadurch gerechtfertigt, dass die hohen Gehälter von Führungskräften nicht vollständig für den Kauf von Gütern des täglichen Bedarfs verwendet werden, die für die Erstellung des Lebenshaltungskostenindex herangezogen werden. Ein Teil des Einkommens wird für den Kauf von Luxusgütern verwendet, deren Preise sich anders entwickeln als die von Gütern des täglichen Bedarfs. Ein anderer Teil dient der privaten Kapitalakkumulation (Ersparnis), die durch wirksame gewerkschaftliche Maßnahmen (in diesem Fall: die Eroberung der gleitenden Lohnskala) nicht gefördert werden soll.

Es gibt jedoch Einwände gegen diese These. Die Einführung rein numerischer Obergrenzen würde den Automatismus der gleitenden Lohnskala erschweren, was es ja gerade zu verhindern gilt, und könnte sich bei einer galoppierenden Inflation gegen die Arbeiter selbst richten. Sie würde daher die Notwendigkeit einer regelmäßigen Überprüfung dieser Obergrenzen mit sich bringen, was das automatische Spiel der Anpassung noch weiter behindern würde. Wenn die Anpassung der hohen Gehälter an die steigenden Lebenshaltungskosten gebremst würde, würden die Löhne der Geringverdiener nicht erhöht, sondern lediglich die Profite der Unternehmer gesteigert. Unter dem Vorwand, die Akkumulation von privatem Kapital (Vermögen) der Führungskräfte zu bremsen, würde die Akkumulation von Kapital durch Konzerne und Monopole gefördert.

Letztendlich scheint uns diese These vor allem wenig

effektiv zu sein. Wenn die Arbeitgeber bestimmten Kategorien von Führungskräften hohe Gehälter zahlen, dann haben sie ein wirtschaftliches und soziales Interesse daran. Man kann sie kaum daran hindern, ohne das kapitalistische System zu Fall zu bringen. Selbst wenn die hohen Gehälter nicht indexiert wären, würden die Kapitalisten sie freiwillig „aufkunden“, ohne dazu gezwungen zu sein.

Der wahre Kampf gegen exzessive Lohn- und Gehaltsunterschiede findet nicht statt, indem man das Spiel der gleitenden Lohnskala einschränkt, sondern indem man gleiche Prämien und Erhöhungen für alle erzwingt. Die Arbeiter haben ein Interesse daran, eine einfache, transparente und automatische gleitende Lohnskala zu erzwingen. So können sie verhindern, dass sie betrogen werden und ihre Kaufkraft geschmälert wird. Die gleitende Lohnskala dient diesem Zweck und nicht dem Zweck, die Ungleichheit bloßer Träume zu bekämpfen. Lassen wir sie diesem Zweck so genau als möglich dienen und nutzen wir andere Waffen, um andere Ziele zu erreichen.

Der Kampf um die gleitende Lohnskala ist ein Kampf der gesamten Klasse der Lohnabhängigen (einschließlich der Angestellten) und kein Kampf einzelner Gruppen. Er soll vor allem eine einheitliche branchenübergreifende Mobilisierung ermöglichen, um die Ausweitung des Prinzips der gleitenden Lohnskala auf die am schlechtesten bezahlten Arbeiter (und Sozialhilfeempfänger), die in der Regel auch am schlechtesten organisiert sind, wirksam durchzusetzen. Gerade zu diesem Zweck ist ihre vollständige Anwendung auf alle Löhne und Gehälter als Prozentsatz und nicht als feste Summe unerlässlich, um die Einheit der Interessen der gesamten Klasse zu ermöglichen. Die gleitende Lohnskala so anzuwenden, dass die bestbezahlten Schichten der Arbeiterklasse ihre Kaufkraft nicht durch die automatische Anpassung ihres Lohns an die steigenden Lebenshaltungskosten erhalten können, bedeutet nicht, den Zusammenhalt oder die wachsende Gleichheit innerhalb der Arbeiterschaft zu fördern, sondern im Gegenteil die Spaltung zu fördern.

Ein Argument für die bevorzugte Behandlung von Geringverdienern im Rahmen der gleitenden Lohnskala ist, dass die unterschiedliche Struktur der Haushaltsausgaben der Geringverdiener im Vergleich zu den Ausgaben der besser bezahlten Gruppen dazu führen würde, dass die Kaufkraft der Geringverdiener im Falle einer Inflation stärker sinken würde als die der Geringverdiener. Dieses Argument ist in Ländern wie Italien sicherlich stichhaltig, in Ländern wie Großbritannien, wo die Lebensmittelpreise von der Regierung subventioniert werden, ist es jedoch weniger stichhaltig. Wie auch immer, anstatt das auto-

matische Spiel der gleitenden Lohnskala, die Antwort auf solche Ungerechtigkeiten, zu beschränken, muss die Arbeiterkontrolle über die Berechnung des Preisindex, der als Ausgangspunkt für die gleitende Skala dient, gefordert werden. Wobei dieser Index so genau wie möglich an die Ausgabenstruktur eines Arbeiterhaushalts mit mittlerem Einkommen „angelehnt“ sein muss.

Um die gesamte Arbeiterklasse und nicht nur die arbeitenden Menschen vor den Auswirkungen der Inflation zu schützen, ist es jedoch unerlässlich, das Prinzip der gleitenden Skala auf alle Sozialhilfeempfänger auszuweiten. Renten und Pensionen, Arbeitslosen- und Versehrtengeld, Krankengeld und Beihilfen bei Behinderungen, Geburtsprämien und Familienzulagen müssen indexiert und automatisch an die monatlichen Steigerungen der Lebenshaltungskosten ebenso wie Löhne und Gehälter angepasst werden. Diese Forderung ist umso notwendiger, als Geringverdiener mit festem Einkommen am härtesten von den steigenden Preisen für Grundnahrungsmittel betroffen sind und durch die Inflation in bittere Armut gestürzt werden.

Die gleitende Lohnskala und die „Ehrlichkeit des Index“

Sobald die Arbeiter die gleitende Lohnskala erkämpft haben, verlagert sich der Schwerpunkt der Auseinandersetzung auf die Berechnung der tatsächlichen Preissteigerung. Sie verhindert, dass die Arbeiterklasse die Kosten der Inflation trägt. Überall bemühen sich die Bosse und der bürgerliche Staat, die von der öffentlichen Verwaltung erstellten Preisindizes (oder Lebenshaltungskostenindizes) als Grundlage für die Berechnung von Lohnanpassungen durchzusetzen. Die Erfahrung zeigt, dass diese Indizes überall gefälscht sind und als Waffe der Unternehmer dienen, um Lohnanpassungen zu verzögern, d. h. um die kapitalistischen Profite zu steigern.

Die gängigsten Techniken, die die Bourgeoisie zu diesem Zweck einsetzt, sind:

- Die verfälschende Zusammenstellung der Artikel und Dienstleistungen, die bei der Berechnung des Lebenshaltungskostenindexes berücksichtigt werden. Dieser monatliche Index ist nämlich ein Durchschnittswert, der sich aus den Preisschwankungen einer großen Anzahl von Artikeln und Dienstleistungen ergibt. Wenn man in die Gesamtmasse dieser Artikel eine Reihe von Gütern aufnimmt, die von den Arbeitern wenig oder gar nicht konsumiert werden und deren Preissteigerungen unter dem Durchschnitt liegen, erhält man einen Anstieg des Index, der nicht wirklich den tatsächlichen Anstieg der

Lebenshaltungskosten widerspiegelt. So hat die belgische Gewerkschaftsbewegung lange gegen den sogenannten „Melonenindex“ geklagt, weil Artikel wie Melonen (runde Hüte), die von Arbeitern kaum gekauft werden, bei der Berechnung des Lebenshaltungskostenindex berücksichtigt wurden.

Zur gleichen Kategorie bewusster Manipulationen gehört die Praxis, Dienstleistungen, deren Preise besonders schnell steigen (z. B. in einigen Ländern Mieten und nicht von der Sozialversicherung erstattete Arztkosten), aus der Berechnung der Lebenshaltungskosten auszuschließen oder sie in einem Verhältnis einzubeziehen, das unter ihrem tatsächlichen Anteil an den Ausgaben der Haushalte liegt. Wenn Arbeiter beispielsweise 20 % ihres Einkommens für Mieten und Nebenkosten ausgeben, diese Mieten jährlich um 15 % steigen, während der Anstieg der verbrauchten Waren nur 10 % beträgt, und der Index in seiner „Gewichtung“ den Mieten nur 5 % zuweist, haben die Arbeiter durch diese unehrliche Berechnung des Index nach einem Jahr mehr als 2,5 % Kaufkraft ihres gesamten Jahreslohns verloren!

■ Die falsche Ermittlung der tatsächlichen Preise. Im Kapitalismus werden trotz der fortschreitenden Konzentration des Handels dieselben Artikel oft zu sehr unterschiedlichen Preisen verkauft. Dies gilt insbesondere für Lebensmittel. Wenn die Lebensmittelpreise auf Märkten erhöht werden, wo immer weniger Haushalte die Möglichkeit haben, regelmäßig einzukaufen, oder in Supermärkten in der Nähe von Autobahnen, wo die Masse der Arbeiter ebenfalls nicht einkauft, kann dies zu einem Preisindex führen, der stark von den tatsächlichen Ausgaben der Arbeiterhaushalte abweicht.

■ Manipulation des Gesamtergebnisses des Index, indem man den Preis bestimmter Artikel „drückt“. Dies wurde in Belgien als „Indexpolitik“ bezeichnet, die sich für die Unternehmer und den bürgerlichen Staat jedoch nur dann auszahlt, wenn es Schwellenwerte gibt, unterhalb derer keine Lohnanpassung stattfindet. Liegt diese Schwelle beispielsweise bei 2 %, kann die Regierung durch willkürliches Einfrieren der Preise für bestimmte Massenkonsumgüter (z. B. Brot) den Indexanstieg künstlich bei 1,9 % oder 1,8 % halten und so über Monate hinweg Kaufkraftverluste von fast 2 % für die Beschäftigten verursachen.

Die Manipulation des Preisindex ist so offensichtlich, dass in mehreren Ländern, insbesondere in Italien und Frankreich, die Beamten der statistischen Ämter sie selbst angeprangert haben und den Gewerkschaften ihre Hilfe bei

der Berechnung eines „ehrlichen“ Indexes angeboten haben.

In Belgien haben die Gewerkschaften ein Vetorecht bei der „offiziellen Anerkennung“ des Index erhalten. Da sie neben Unternehmer- und Regierungsvertretern in einer „Preiskommission“ sitzen, können sie sich weigern, den monatlich von der Regierung veröffentlichten Index als gültig anzuerkennen. Dieses „aufschiebende Veto“ hat jedoch nur einen rein propagandistischen Wert, da es keineswegs bedeutet, dass Lohnerhöhungen, die ein ehrlicherer Index mit sich bringen würde, automatisch durchgesetzt werden.

Wenn man also eine gleitende Lohnskala garantieren will, die die Kaufkraft der Beschäftigten schützt, muss man den Gewerkschaften das Recht zubilligen, ihren eigenen Index der Lebenshaltungskosten als Grundlage für die Berechnung der Lohnerhöhungen festzulegen.

Diese gewerkschaftliche Berechnung des monatlichen Preisniveaus darf nicht im Halbdunkel von Büros, selbst wenn es sich um Gewerkschaftsbüros handelt, oder durch Techniker allein erfolgen, selbst wenn es sich um Techniker handelt, die sich in den Dienst der Arbeiterklasse stellen. Die Preise sind regelmäßig in den Geschäften von Teams aus Hausfrauen und Arbeitern und von Preiskontrollkomitees zu erheben. Diese Erhebungen sind zu vergleichen und öffentlich und ohne jede Einschränkung vor den arbeitenden Massen zu diskutieren. Wenn die Masse der Arbeiter schon heute in die Anwendung der gleitenden Lohnskala einbezogen wird, bedeutet dies, dass morgen die umfassendste Arbeiterdemokratie, die breiteste Initiative von unten, die wirkliche Selbstorganisation und Selbstverwaltung der Arbeiter gewährleistet ist, nachdem sie die politische Macht erobert und das kapitalistische Regime gestürzt haben.

Was ist, wenn die Inflation galoppierend wird?

Die Inflation ist in den letzten Jahren immer weiter angestiegen. Die Gefahr einer galoppierenden Inflation, bei der die Preise nicht mehr um 6 oder 10 % pro Jahr steigen, sondern um 40 oder 50 %, ist für die Zukunft eine reale Bedrohung für die Löhne und Gehälter – wenn das kapitalistische Regime weiterhin überlebt. Vor allem in Zeiten scharfer sozialer und politischer Krisen ist die galoppierende Inflation eine gängige Waffe der Bourgeoisie, wie es kürzlich in Chile unter der Regierung der Unidad Popular der Fall war.

Während die Arbeiter mit schnell entwertetem Geld bezahlt werden, besitzen die Kapitalisten die „realen Werte“, also Waren, Maschinen, Grundstücke, deren in Geld ausgedrückter Wert im gleichen Maße steigt, wie die Kaufkraft dieses Geldes sinkt. Wenn also ein Klima galoppierender Inflation entsteht, kommt es zu einem Szenario,

das insbesondere in Deutschland im Zeitraum 1922-23 und während der Nazi-Besatzung Westeuropas im Zweiten Weltkrieg bekannt war. Massive Lagerhaltung, Spekulation und Börsenschwindel, gesetzliche oder de facto Rationierungen für Geringverdiener, Schwarzmarkt, Schlangen vor den Geschäften.

Der Rückgang des Lebensstandards der Arbeiter ist unter diesen Bedingungen unvermeidlich. Um die Kaufkraft der Beschäftigten schützen zu können, muss die gleitende Lohnskala nicht nur monatlich, sondern wöchentlich oder sogar täglich gelten. Die Ausweitung des Schwarzmarktes würde es im Übrigen immer schwieriger machen, einen „ehrlichen“ Preisindex zu berechnen.

Unter diesen Umständen könnte sich der Kampf zum Schutz der Arbeiterklasse vor den Auswirkungen der Inflation nicht mehr nur auf die gleitende Lohnskala und die Preiskontrolle durch Komitees konzentrieren. Man müsste dieses Arsenal an Forderungen zur Selbstverteidigung der Arbeiterklasse mit einer Reihe von Notfallmaßnahmen zum Schutz der körperlichen und psychischen Unversehrtheit der Arbeiter verbinden:

- Kontrolle des Umfangs und der Weiterleitung aller Lagerbestände durch die Arbeiter in den Produktions-, Transport- und Vertriebsunternehmen
- Aufspüren und systematische Beschlagnahme von Beständen, die auf den Schwarzmarkt abgezweigt werden, durch Stadtteilkomitees
- direkte Verteilung von lebensnotwendigen Gütern durch Fabrikkomitees an die arbeitenden Massen, über Stadtteilkomitees und Arbeiterverteilungsgenossenschaften
- Aufstellung eines Notproduktionsplans zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Arbeiter, der den Produktions-, Transport- und Vertriebsunternehmen von Arbeiterkontrollorganen auferlegt wird
- Übernahme aller Unternehmen ohne Entschädigung oder Aufkauf, die Waren aus den normalen Vertriebskanälen abzweigen.

Die Liste dieser Notstandsmaßnahmen macht deutlich, dass die galoppierende Inflation eine Situation herbeiführt, in der die Beseitigung des kapitalistischen Regimes nicht mehr nur ein rein propagandistisches Ziel der Arbeiterklasse ist, sondern sich immer mehr mit dem täglichen Kampf zur Verteidigung der unmittelbaren Lebensinteressen der Arbeiter verschmilzt.

Allgemeiner gesagt: In dem Maße, wie die gleitende Lohnskala durchgesetzt wird, die Inflation aber anhält oder sich verschärft, verschiebt sich der Schwerpunkt des Arbeiterkampfes zwangsläufig von einem bloßen Schutz

der Kaufkraft der Löhne hin zu einem Kampf gegen die Schädlichkeit des kapitalistischen Regimes als Ganzes.

Die Verantwortung der großen kapitalistischen Firmen, der Banken und des bürgerlichen Staates für die systematische Organisation des Preisanstiegs muss konkret aufgezeigt und angeprangert werden. Die Arbeiterkontrolle über die Kalkulation der Selbstkosten in den Produktionsbetrieben, die Arbeiterkontrolle über die Verbindungswege zwischen den Produktionszentren und dem Verkauf an den Endverbraucher muss es ermöglichen, die Gewinnspannen, das Schmarotzertum sowie die Spekulation aufzudecken, die die Quellen der Inflation sind.

Die Forderung, die die für die Inflation verantwortlichen großen Konzerne und Kapitalvermittler ohne Entschädigung oder Aufkauf zu verstaatlichen und sie unter Arbeiterkontrolle zu stellen, wird somit zur entscheidenden Antwort der Arbeiterbewegung gegen die Inflation als Ganzes.

■ Dieser Aufsatz unseres leider viel zu früh verstorbenen Genossen **Ernest Mandel** (1923–1995) ist ursprünglich in der französischsprachigen Zeitschrift *Quatrième Internationale*, Nr. 18-19 von November-Dezember 1974 erschienen. [...] Wir haben die vorliegende Übersetzung aus dem Französischen redaktionell überarbeitet, jedoch die damalige Wortwahl beibehalten.

H. N. (26. September 2022)

■

WIR SOLLEN FÜR IHRE GEWINNE ZAHLEN

MOBILISIEREN WIR GEGEN DEN ANSTIEG DER LEBENSHALTUNGSKOSTEN!

Seit einigen Monaten entwickeln sich in Europa – innerhalb und außerhalb der Europäischen Union – Streikbewegungen und breite Mobilisierungen, um sich gegen den steilen Anstieg der Lebenshaltungskosten zur Wehr zu setzen.

■ Europäische Sektionen der IV. Internationale

Die Preise für Energie, Lebensmittel, Mieten und Verkehr sind in den letzten zwei Jahren in allen Ländern gestiegen und haben die Lebensbedingungen der Werktätigen weiter verschlechtert. Schon in den vergangenen Jahren litten sie unter zunehmender Prekarität und durch Covid verursachtem Arbeitsplatzabbau sowie unter Reallohnverlust und dem Abbau sozialer Sicherungssysteme.

Nach einer Inflation in der EU-27 und im Vereinigten Königreich von 2,6 % bzw. 2,5 % im Jahr 2021 lag der Anstieg der Verbraucherpreise im August 2022 bei 10,5 % bzw. 9,9 %. Bei den Nahrungsmitteln stiegen die Preise um 12,0 % bzw. 13,1 % und bei Brennstoffen um 37,5 % bzw. 32,0 % (44,6 % bzw. 48,8 % in 15 Monaten) (Quellen STATISTA und ONS). Seit Herbst 2021 steigen die Strompreise in ganz Europa, und im gleichen Zeitraum (lange vor dem Einmarsch der russischen Armee in der Ukraine) explodierten die Gaspreise. Innerhalb eines Jahres verdoppelten sich die Energiepreise für die Haushalte in Deutschland und den Niederlanden und verdreifachten sich in Großbritannien. In Irland sind die Preise auf dem Energiemarkt im Norden wie im Süden auf breiter Front gestiegen, auch bei den wichtigen Kosten für Heizöl, wobei die staatlichen Maßnahmen im Norden durch den Zusammenbruch der politischen Institutionen und die anhaltenden Auswirkungen des Brexits ins Stocken geraten sind.

Die treibende Kraft dieser Inflation liegt in der Börsenspekulation auf Rohstoffe, und zwar seit der wieder anziehenden Nachfrage nach dem Höhepunkt der Covid-Pandemie und auf der Grundlage eines oligopolistischen Marktes. Die katastrophale Klimasituation der letzten Monate, die Dürre und die Hitze – eindeutige Folgen des Klimawandels – haben diese Lage noch verschlimmert, die Invasion von Putins Armee in der Ukraine tat ihr Übriges dazu. Es ist davon auszugehen, dass sich das weltweite Ölangebot verknappen wird, was die Angst vor einer weiter steigenden Inflation noch verstärkt, denn die OPEC+-Gruppe (also einschließlich Russlands) hat angesichts der sinkenden Preise Anfang September ihre größte Förderkürzung seit 2020 angekündigt. Dieser Schritt erfolgte vor den Embargos der Europäischen Union gegen russische Energie im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg. Die Folge waren und sind Spekulationen auf die Energiepreise und eine Explosion der Gewinne, die an die Aktionäre großer Unternehmen ausgeschüttet werden. All dies vollzieht sich vor dem Hintergrund eines epochalen Rückgangs an verfügbaren fossilen Brennstoffen.

Nicht nur bei den großen Verkehrs-, Energie- und Pharmaunternehmen sind die Gewinnmargen gestiegen. Die Gewinne im Jahr 2021 waren historisch. So machten 2021 die fünf größten französischen Banken in beispielloser

Weise mehr als 31 Milliarden Euro Gewinn. Die spanische Santander bilanzierte einen Nettogewinn von 8,1 Milliarden Euro, die italienische Intesa San Paolo von 4,2 Milliarden Euro und die Deutsche Bank von 3,4 Milliarden Euro. Die Profite aus dem operativen Geschäft bei Volkswagen verdoppelten sich fast auf 20 Milliarden Euro. In der ersten Jahreshälfte 2022 liegt Shell (Niederlande) mit einem Gewinn von 20,6 Milliarden US Dollar an der Spitze, gefolgt von BP (Großbritannien) mit 21,5 Milliarden Dollar und TotalEnergies (Frankreich) mit 14,7 Milliarden Dollar.

Diese wenigen Beispiele dramatischer Gewinnanhäufung, begleitet von einer persönlichen Bereicherung der besitzenden Klasse, insbesondere durch die Ausschüttung von Dividenden und die Wertsteigerung von Aktien, stehen in krassem Gegensatz zu den niedrigen Erhöhungen der Löhne und Sozialleistungen, dem drastischen Verlust an Kaufkraft und an Arbeitsrechten, die allesamt die Verarmung breiter Schichten verstärkt haben. Die ungleiche Verteilung des Reichtums wurde mit Beginn der Covid-Jahre verschärft. Diese Ungleichheit hat weiter zugenommen und trifft vor allem Frauen, Jugendliche, rassistisch ausgegrenzte Arbeiter*innen, Behinderte und die Bevölkerung in den am meisten benachteiligten Gebieten. Eine Studie kommt zu dem Schluss, dass bis Ende dieses Jahres 80 % der Haushalte im Vereinigten Königreich von Energiearmut betroffen sein werden und für 2023 wird eine weitere Explosion der Energiepreise erwartet.

In dieser Zeit haben neoliberale Regierungen steuerliche Maßnahmen zugunsten der Unternehmen umgesetzt, Sozialausgaben gekürzt und die Militärausgaben bedeutend erhöht, was sich zusätzlich auf die Inflation auswirkt. All dies führt zu einer weiteren Verschlechterung der Lebensbedingungen des ärmsten Teils der Bevölkerung. Der Krieg in der Ukraine wird von reaktionären Kräften, multinationalen Unternehmen und imperialistischen Mächten genutzt, um ihre eigenen Vorhaben voranzutreiben. Sie begründen dies damit, dass alle Militärausgaben dazu dienen, den ukrainischen Widerstand zu unterstützen, was offensichtlich falsch ist. Die Solidarität mit den gegen die Putin-Invasion Kämpfenden und unter ihr Leidenden schließt den Kampf gegen neoliberale und imperialistische Programme und gegen die Sparpolitik auf Kosten der Arbeiter*innenklasse nicht aus.

Die Regierungen haben auf verschiedenen Ebenen (national, regional, lokal) Unterstützungsmaßnahmen und Preisobergrenzen für Energie oder Transportpakete eingeführt, so dass die Belastung der breiten Bevölkerung durch die Inflation je nach Staat unterschiedlich ausfällt,

aber diese Maßnahmen sind zeitlich begrenzt und gleichen den Anstieg der Lebenshaltungskosten nicht aus.

Die materiellen Bedingungen, etwa das ewige Warten auf die nächste Lohnzahlung oder die nächste Sozialhilfeleistung, sind für die große Mehrheit der Arbeiter*innenklasse zur Hauptsorge geworden. Energie-, Lebensmittel- und Wohnkosten sind für alle von grundlegender Bedeutung und all diese Kosten erreichen inzwischen ein unerträgliches Niveau. Eine solche Situation ist nicht hinnehmbar.

In den letzten Monaten hat es viele Kämpfe gegeben: Seit dem Frühjahr haben in allen Teilen des Vereinigten Königreichs die Streiks – trotz der repressivsten Anti-Streik-Gesetze in Europa – erheblich zugenommen, vor allem im Verkehrssektor, bei der Post, im Telekommunikationssektor und in einigen großen Häfen. Vor kurzem haben Universitätsdozent*innen mehrheitlich für Streiks gestimmt und auch Lehrer und Beschäftigte des Gesundheitswesens beteiligen sich an der Abstimmung.

Auf der anderen Seite gibt es Anzeichen für eine Zersplitterung der Aktionen bei der Bahn und der Post durch die jeweiligen Gewerkschaftsführungen. Die Streiks werden von der Öffentlichkeit breit unterstützt. Begleitet werden sie durch politische Aktionen, insbesondere solche für das Recht auf Nahrung und das Recht auf Wohnung. In Schottland hat die dortige Regierung einen sechsmonatigen Mietstopp verhängt.

Gleichzeitig hat sich in ganz Großbritannien mit „Don't Pay UK“ eine Bewegung zum Boykott der Zahlung von Energierechnungen entwickelt. Ähnliches läuft in Italien, insbesondere in Neapel. In Deutschland beteiligen sich an den Demonstrationen bislang nur oppositionelle Linke und einige Gewerkschaften. Diese Schwäche ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Führungen der großen Industriegewerkschaften, der IG BCE und der IG Metall, in eine konzertierte Aktion eingebunden sind, die Entlastungsmaßnahmen für die Bevölkerung vorschlägt. Die extreme Rechte versucht, mittels Demonstrationen, die größer sind als die der Linken, von den enormen Preissteigerungen zu profitieren.

Am 3. Oktober gab es in der Tschechischen Republik eine große Demonstration. In anderen Ländern haben mehrere von den Gewerkschaften ausgerufene Streiktage und Demonstrationen gegen die hohen Lebenshaltungskosten stattgefunden oder sind geplant (in Frankreich am 29. September sowie am 16. und 18. Oktober; in Belgien am 21. September und 9. November). In Frankreich kam es zu Streiks bei den Ölraffinerien, wo die Beschäftigten vier Wochen lang die Arbeit verweigerten.

Die Angriffe auf die Lebensbedingungen werden sich in den kommenden Monaten noch verschärfen, insbesondere mit den geplanten Preiserhöhungen bei den Versorgungsverträgen und den Energiepreisen sowie dem Ende der Maßnahmen, die bislang die Auswirkungen der Preissteigerungen teilweise abgefedert haben.

In Italien, Deutschland, der Tschechischen Republik und Frankreich gibt es verschiedene politische Strömungen, die (mit unterschiedlichen Motiven) versuchen, den Zorn der Bevölkerung von den Kapitalisten, die für diese Krise verantwortlich sind, abzulenken. Diese Strömungen wollen nicht, dass sofort konkrete Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Lebensbedingungen des ärmsten und prekärsten Teils der Bevölkerung ergriffen werden. In einer Zeit, in der die extreme Rechte versucht, diese Situation auszunutzen, ist es unsere Verantwortung, darauf hinzuwirken, dass sich in breitest möglicher Form in den jeweiligen Ländern eine soziale und politische Front organisiert, um soziale Forderungen, die Aneignung des produzierten Reichtums und die Organisation öffentlicher Dienstleistungen zum Nutzen der breiten Bevölkerung durchzusetzen, wofür die kapitalistischen Profite heranzuziehen sind. Wir wollen vor allem, dass die gesamte Bewegung sich für die Organisierung und Unterstützung der Prekärsten einsetzt.

Bei diesen Mobilisierungen treten wir ein für:

- Anhebung der Löhne und Sozialleistungen mindestens in Höhe der Preissteigerungsrate, mit besonderem Schutz für die Geringverdiener und die Scheinselbständigen, die de facto Angestellte der kapitalistischen Konzerne sind.
- Für automatische Erhöhungen, die mit der Inflation Schritt halten – eine gleitende Skala von Löhnen und Leistungen verbunden mit wirksamen Inflationsmaßnahmen, die von den organisierten Arbeiter*innen und Leistungsempfänger*innen bestimmt werden.
- Abschaffung der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern am Arbeitsplatz; Durchsetzung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleichwertiger Arbeit.
- Kostenlose Kinderbetreuung für jedes Kind, das dies benötigt.
- Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Energie sowie Senkung und Einfrieren der Mieten und Preise für Grundbedürfnisse.
- Erhöhung der effektiven Steuersätze auf Vermögen und Gewinne.

- Kostenloser Nah- und Regionalverkehr, Ausbau der öffentlichen Verkehrssysteme.
- Kostenlose Strom- und Wärmeversorgung in Höhe des Grundbedarfs.
- Vergesellschaftung von Energie-, Bank- und Transportunternehmen unter demokratischer Kontrolle durch die Beschäftigten und die Nutzer*innen.
- Überprüfung der öffentlichen Schulden unter Beteiligung der Bürger*innen, um eine Streichung der illegitimen Schulden zu bewirken und so mehr Spielraum für eine Erhöhung der Sozialausgaben und für den Kampf gegen die ökologische Krise zu schaffen.
- Massive Investitionen in erneuerbare Energien, keine neuen fossilen Brennstoffe – für den Ausstieg aus der Atomkraft.

In einer Zeit, in der radikal neoliberale Regierungen entstehen, die demokratische Rechte angreifen – auch im Bündnis mit neofaschistischen Kräften wie in Schweden oder Italien – ist es von entscheidender Bedeutung, dass die antikapitalistischen Kräfte, die Arbeiterbewegung als Ganzes, einen Notfallplan gegen die hohen Lebenshaltungskosten und die Inflation entwickeln, um alle bereits bestehenden breiten Mobilisierungen zu unterstützen und auszubauen und gleichzeitig die Versuche der extremen Rechten, den Volkszorn auf ihre Mühlen zu lenken, zu bekämpfen.

Unterzeichnende Organisationen:

- Belgien:** Gauche anticapitaliste / SAP-Antikapitalisten
- Deutschland:** Internationale Sozialistische Organisation (ISO)
- England und Wales:** Anticapitalist Resistance (A*CR)
- Frankreich:** Ensemble! (Mouvement pour une Alternative de Gauche et Ecologiste), NPA (Nouveau parti anticapitaliste)
- Griechenland:** Fourth International Programmatic Tendency (TPT) sowie Zeitschrift „4“, Teil der griechischen Sektion der Vierten Internationale
- Italien:** Sinistra Anticapitalista
- Norwegen:** Fourth International in Norway, Forbundet Internasjonale (FIN)
- Portugal:** SPQI, coletivo de ativistas da QI; Toupeira Vermelha coletivo de ativistas da QI;
- Schottland:** ecosocialist.scot
- Schweden:** Socialistisk Politik
- Schweiz:** Bewegung für den Sozialismus/mouvement pour le socialisme/movimento per il socialismo (BFS/MPS); solidarités
- Spanischer Staat:** Anticapitalistas

Übersetzung Jakob S.



HEISSER HERBST

GENERALSTREIK AM 9. NOVEMBER IN BELGIEN

In ganz Europa rollt eine Streikwelle gegen die kalte Enteignung der Lohnabhängigen, Sozialleistungsbezieher*innen und Rentner*innen durch die galoppierenden Lebenshaltungskosten. Auch Belgien wird von diesem heißen Herbst erfasst. **Mateo Alaluf**

Der von den drei Gewerkschaftsorganisationen – der sozialistischen FGTB (Fédération générale du travail de Belgique), der christdemokratischen CSC (Confédération des syndicats chrétiens) und der liberalen CGSLB (Centrale générale des syndicats libéraux de Belgique) – beschlossene Generalstreik ist das Ergebnis der aufgeregten Wut in der Bevölkerung. Er knüpft an zahlreiche frühere Mobilisierungen an.

Bereits am 2. September hatte sich eine als symbolisch geplante Gewerkschaftskundgebung in Brüssel in eine Demonstration verwandelt, um der Ungeduld der Aktivist*innen Rechnung zu tragen. Der Generalstreik am 9. November brachte das Land nunmehr zum Stillstand und war ein voller Erfolg. Die Beteiligung sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor war massiv, und bemerkens-

wertweise schlossen sich auch kleine Geschäftsleute und viele Selbstständige den abhängig Beschäftigten an.

Gleitende Lohnskala vs. „Wettbewerbsfähigkeit“

Während viele Länder noch bis in die 1980er Jahre von einer automatischen Lohnindexierung profitierten, die an die Preisentwicklung gekoppelt war, war Belgien aufgrund der Entschlossenheit und Standhaftigkeit der Gewerkschaftsorganisationen eines der wenigen Länder (neben Luxemburg, Zypern und Malta), das diese Bindung der Löhne, Renten und Sozialleistungen an die Lebenshaltungskosten beibehielt. Die Arbeiter*innen legen großen Wert auf die Indexierung, die eine – wenn auch relative – Aufrechterhaltung ihrer Kaufkraft ermöglicht und die wirtschaftlichen Deregulierungsmaßnahmen abfedert.¹

Die Gewerkschaften mussten jedoch als Ausgleich für die Beibehaltung der Indexierung die Verabschiedung eines Gesetzes (Gesetz von 1996) hinnehmen, das die Festlegung einer Lohnnorm zur „Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen“ im Vergleich zu Frankreich, Deutschland und den Niederlanden ermöglicht und damit Lohnerhöhungen außerhalb des Index unterbindet. Die „Lohnnorm“, die zunächst als Richtwert galt, wurde später zu einem verbindlichen Richtwert und 2017 von der damaligen Rechtsregierung unter Charles Michel (Präsident des Europäischen Rates seit 1. Dezember 2019) weiter verschärft.

In einem stark institutionalisierten System der Arbeitsverhältnisse kommen die Vertreter der Gewerkschaften und Unternehmen alle zwei Jahre zusammen, um für den gesamten Privatsektor einen branchenübergreifenden Tarifvertrag abzuschließen, der den Verhandlungsrahmen auf Branchen- und Betriebsebene bildet. Bereits mehrfach

hatte der FGTB die Unterzeichnung des Abkommens aufgrund des durch die Lohnnorm vorgegebenen lächerlich geringen Verhandlungsspielraums verweigert und die Abschaffung des Gesetzes von 1996 gefordert. Da sie in diesem Jahr mit einer zu verhandelnden Lohnspanne von 0 % und einem Anstieg der Gas- und Strompreise, die zu den höchsten in Europa gehören, konfrontiert waren, gingen die drei Gewerkschaftsorganisationen auf die Barrikaden. Die Wut und Ungeduld der Arbeiter*innen angesichts der drohenden Misere ließen ihnen keine andere Möglichkeit, als zum Generalstreik aufzurufen.

Die Gewerkschaften, die eine solche Nullrunde natürlich nicht hinnehmen konnten, kritisieren auch gegen die unzureichenden staatlichen Beihilfen zu den drastisch gestiegenen Energiekosten der Haushalte und die pauschalen Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der Unternehmen. Insbesondere die undifferenzierte Senkung der Sozialversicherungsbeiträge der Unternehmen wird als ein Geschenk an diese mit satten Gewinnen auf Kosten der Finanzierung der Sozialversicherung angeprangert. Während sich die Unternehmer*innen hinter der besseren Absicherung der Arbeiter*innen in Belgien aufgrund der Lohnindexierung, die angeblich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gefährdet, verschanzen, verweisen die Gewerkschaften auf dessen Unzureichendheit. Denn zum einen wurden bestimmte Produkte (wie Benzin) aus dem Index herausgenommen, und zum anderen gibt es eine (je nach Branchenvereinbarung unterschiedliche) Verzögerung zwischen den Preissteigerungen und deren Ausgleich bei Löhnen und Gehältern, so dass der Index letztlich den Preisanstieg nur teilweise ausgleicht. Darüber hinaus hat der von der Regierung Michel 2015 vorgenommene „Indexsprung“ zu einer strukturellen Senkung der Löhne geführt. Das Indexsystem stellt zwar eine gewisse Absicherung für die Arbeiter*innen dar, verhindert aber nicht, dass ihre Kaufkraft sinkt.

Der Kampf vereint

Der Erfolg des Generalstreiks setzt die Regierung unter Druck. Diese besteht aus einem breiten Bündnis von sieben Parteien und ist aufgrund ihrer Polarisierung zwischen den rechten Liberalen und den Sozialisten und den Grünen (Mitte-Links) gespalten. Während die Sozialisten der Forderung der Gewerkschaften, die Lohnnorm wieder als bloßen Richtwert festzulegen, zustimmen, machten die Liberalen jede Änderung des Gesetzes von 1996 von der Abschaffung der Lohnindexierung abhängig.

Die Gewerkschaften erkennen durchaus an, dass Maßnahmen zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen

erforderlich sind, weil die durch den Anstieg der Energiepreise überfordert seien. Jedoch wird es von den Streikenden als Provokation empfunden, dass der Unternehmerverband FEB jegliche Lohnverhandlungen ablehnt und dabei Unternehmen und Branchen, die Rekorddividenden an die Aktionäre ausschütten und riesige Gewinne anhäufen, mit existenzgefährdeten kleinen und mittleren Unternehmen gleichsetzt.

Die Sozialisten, denen durch die Koalitionsvereinbarungen mit den Liberalen die Hände gebunden sind, sind offensichtlich nicht in der Lage, eine Lockerung des Gesetzes von 1996 durchzusetzen und so den Weg für Lohnverhandlungen in den prosperierenden Branchen zu ebnen. Höchstens ein Kompromiss in Form einer Einmalzahlung für die Beschäftigten in den boomenden Branchen scheint innerhalb der Regierung durchsetzbar zu sein. Es ist jedoch kaum davon auszugehen, dass die Lohnabhängigen, die bereits durch die „Corona-Boni“ zurückstecken mussten, mit einem solchen Kompromiss einverstanden sind. Diese Einmalzahlungen und Prämien, die von den Regierungen (auch europaweit) breit gewährt werden, um den Volkszorn zu besänftigen, können kaum beruhigen: Sie sind lediglich ein Billiglohn, sind nicht rentenwirksam und tragen nicht zur Finanzierung der Sozialversicherung bei und dürften daher kaum die Lohnabhängigen mit ihren Zukunftsorgen zufriedenstellen. Ein solcher Kompromiss mit Einmalzahlungen dürfte den Unmut in der Bevölkerung nur noch weiter anheizen.

Die automatische Lohnindexierung ist eine Errungenschaft, die – wenn auch nur unvollkommen – dazu beiträgt, die Kaufkraft der Arbeiter*innen zu erhalten. Trotz der ständigen Versuche der Unternehmer*innen und der Rechten, sie abzuschaffen, hält das System bisher stand, weil die Beschäftigten daran eisern festhalten. Dies ist also ein unbestreitbarer Vorteil, den die Gewerkschaften in Belgien bisher verteidigen konnten. Im Gegensatz dazu führt das Gesetz von 1996, das die Tarifverhandlungen der „Lohnnorm“ als Höchstwert unterordnet, zu deren Lähmung.

Der Generalstreik an diesem 9. November offenbart das Ausmaß der sozialen Krise, die das Land spaltet. In einem tief gespaltenen und von Krisen erfassten Land, in dem die Politik wenig handlungsfähig und zerstritten erscheint, gewinnt die sozialen Anliegen die Oberhand über die traditionelle „ethnische“ Spaltung zwischen Flamen und Wallonen.

Der Generalstreik in Belgien reiht sich damit in die Bewegung in Europa ein, nämlich das Wiedererwachen breiter sozialer Proteste, etwa in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Griechenland. Diese Konstellation

verschafft der Gewerkschaftsbewegung, die bislang eher im Hintergrund stand und von der Politik überlagert wurde, wieder Auftrieb. Die Aussichten werden nicht allein durch den Aufstieg rechtspopulistischer und rassistischer Kräfte in Europa geprägt. Die aktuellen sozialen Konflikte könnten auch andere Perspektiven eröffnen.

Aus alencontre vom 1. November 2022

Übersetzt von MiWe

██████████ **Mateo Alaluf** ist emeritierter Professor für Soziologie an der Freien Universität Brüssel (ULB).

¹ Eine detaillierte Darstellung dieses Systems findet sich in *Die Internationale* 4/2022.

„HEISSER HERBST“ IN DEUTSCHLAND

Einen heißen Herbst hat es in gewissem Umfang in England und (etwas schwächer) in Frankreich und in Belgien gegeben. Das Fazit für Deutschland fällt extrem bescheiden aus. **Daniel Berger**

Selbst in der sonst so ruhigen Alpenrepublik hat es wirksameren Widerstand gegen die Folgen der Teuerung gegeben als in Deutschland. Allein der 24-Stunden-Streik vom 28.11. bei der Österreichischen Bahn hat mehr Kaufkraft gesichert als die Tarifrunden und die Straßenproteste hierzulande. Die Gründe für diese schwache Gegenwehr liegen auf drei Ebenen:

1 Die staatlichen Abfederungsmaßnahmen sind in ihren Auswirkungen auf das Portemonnaie der breiten Bevölkerung zwar nicht klar bezifferbar, aber sie tragen doch zur Beruhigung bei, auch wenn das die Glaubwürdigkeit der Regierung als solcher keineswegs erhöht, im Gegenteil. Wenn zum Beispiel die privaten Gaskunden für den Dezember keinen Abschlag zahlen müssen, gleicht dies nur einen Bruchteil des allgemeinen Preisanstiegs aus, der sich v. a. bei Lebensmitteln und Energie (etwa beim Strom) schmerzlich bemerkbar macht und die unteren Schichten bedeutend härter trifft.

2 Äußerst wirksam trägt die Burgfriedenpolitik der Gewerkschaft zur Verhinderung einer wirksamen Widerstandsbewegung gegen die Folgen der Teuerung bei. Nicht nur haben die Gewerkschaftsvorstände sich weitgehend aus den Bemühungen um den Aufbau einer breiten Protest- und Widerstandsbewegung herausgehalten, sie haben sogar in ihrer unmittelbarsten Aufgabe – nämlich der Verteidigung der Realeinkommen der Lohnabhängigen – sich vollkommen konform mit der Regierungspolitik verhalten. Das lief so: Es mussten Tarifabschlüsse mit „vorzeigbaren“ Ergebnissen erzielt werden, gleichzeitig aber sollten die Profitinteressen nicht infrage gestellt werden. Die hierdurch bewirkten Reallohnverluste¹ werden mit Einmalzahlungen kaschiert. Zumindest vorläufig hat die Gewerkschaftsbürokratie in ihrem Sinne Erfolg mit dieser Linie: Die Tarifergebnisse werden von den Kolleg*innen großenteils für gut befunden, was allerdings auch einiges über die mangelnde Skepsis der meisten Kolleg*innen aussagt. Gleichzeitig ist dies auch ein Zeichen für die immer noch schwache Kampfbereitschaft in den Betrieben.

Entscheidend für diesen Verlauf ist die von sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen und der Regierung gemeinsam eingefädelt „Konzertierte Aktion“, bei der die steuer- und sozialabgabenfreien Einmalzahlungen beschlossen wurden. Ja, der IG Metall-Vorstand ist sogar stolz darauf, der Ideengeber für diese Linie gewesen zu sein. Die systemkonformen Gewerkschaftsvorstände vor allem von IGM und IG BCE tun alles, um größere Konflikte mit Kabinett und Kapital zu vermeiden.

3 Die örtlichen Antikrisen-Bündnisse, die in Westdeutschland und Berlin eingerichtet wurden, ziehen keine Kreise. Im Osten werden die Proteste von den Rechten angeführt und haben in einigen Bereichen Massencharakter. Im Westen sind die Bündnisse politisch unterschiedlich, aber das ist nicht der entscheidende Grund, weshalb sie bislang keine Massenbewegung wurden. Zum einen fehlt es an einer bundesweit organisatorisch überzeugenden Kraft, die etwas bündeln und mehr Anziehungskraft entfalten könnte. Zum anderen sind die politischen Bedingungen bei dem weitaus größten Teil der Bevölkerung noch nicht ausreichend herangereift, um genug Basis für eine Massenbewegung zu bilden.

Wie weiter?

Nach Lage der Dinge liegt damit die größte Verantwortung bei den Gewerkschaften. Es müssen bei den anstehenden Tarifrunden im Öffentlichen Dienst (Bund und Kommunen) sowie der Post Tarifabschlüsse erzielt werden, die nicht

von vornherein Reallohnabbau einplanen. Es muss also für die 10,5%-ige Lohnerhöhung und die 500 Euro Festgeld im Öffentlichen Dienst und für die 15 % bei der Post wirklich gekämpft werden. Die soziale Bewegung und fortschrittliche Gremien in den anderen Gewerkschaften müssen eine öffentlichkeitswirksame politische Unterstützung dieser Tarifikämpfe angehen, was nebenbei auch für die Verkehrswende von Bedeutung ist. Denn wenn die Entgelte nicht aufgebessert werden, wird es auch weiterhin unmöglich sein, ausreichend Personal für den ÖPNV zu finden.

Spätestens im Herbst wird sich auch die Frage stellen, wie man eine Nachschlagbewegung mindestens für die Metall- und Elektroindustrie in Gang setzen kann. Dazu sollte man sich intensiv Gedanken machen, zum Beispiel auf der nächsten „Streikkonferenz“ der Rosa Luxemburg-Stiftung am 12.–14. Mai in Bochum.

1 Mehr dazu siehe: <https://intersoz.org/tarifabschluss-mit-eingeplantem-reallohnverlust/>

Deutschlands ›Zeitenwende‹



Jürgen Wagner

Im Rüstungswahn Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung

Paperback
212 Seiten | € 16,90
ISBN 978-3-89438-791-4

Papyrossa

Mit der ›Zeitenwende‹ wurde das größte Aufrüstungsprogramm seit Jahrzehnten vom Zaun gebrochen, und das von langer Hand: Politisch durch immer offener artikulierte Großmachtansprüche, militärisch durch einen Umbau der Bundeswehr, industriell durch die ›Agenda Rüstung‹. Höchste Zeit, Alternativen zu Aufrüstung und Militarisierung auszuloten.

www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

DREI WEGE ZUM SOZIALISMUS?

Eine zukünftige sozialistische Gesellschaft wird entscheidend geprägt sein von veränderten Produktionsverhältnissen und Verteilungsstrukturen. Drei perspektivische Modelle werden hier vorgestellt und diskutiert.

■ **Gonzalo Bárcena**

■ Sind wir uns im Klaren darüber, was wir wollen? Haben wir als sozialistische Aktivist*innen eine Vorstellung davon, wie sich unsere Ideen zum Aufbau einer radikal anderen Welt in die Praxis umsetzen lassen? Können wir, ohne zu zögern, die Frage beantworten, wie die Gesellschaft, für die wir uns einsetzen, aussehen soll? Wird die Wirtschaft weiterhin Marktmechanismen unterworfen sein? Werden wir ohne Geld auskommen? Welche Institutionen werden das öffentliche Leben regeln? Oder sind wir etwa gar nicht in der Lage, den gedanklichen Rahmen der bisherigen historischen Erfahrungen zu verlassen?

Fest steht, dass wir in deprimierenden Zeiten leben: in einer Epoche, die sich durch fehlendes historisches Bewusstsein auszeichnet und uns mangels absehbarer Aussichten auf radikale Veränderungen zu einem Leben in einer ewigen Gegenwart verdammt. Und wenn auch Daniel Bensaid keine „Krise der Utopie“ diagnostiziert, „sondern eine Krise der konkreten Inhalte der Ideale“¹, ist es nicht einfach von der Hand zu weisen, dass wir es in Wirklichkeit mit einer Dopplung der beiden genannten Krisen zu tun haben. Wie dem auch sei, seine Überlegungen halten uns einen Spiegel vor und stellen uns vor eine der dringlichsten Herausforderungen für Revolutionäre, die in einer nicht-revolutionären Situation leben: vor die Notwendigkeit, überzeugende Alternativen zu entwerfen.

Das Fehlen von Zukunftsvorstellungen hat Konsequenzen für eine Politik, die den Anspruch hat, die Gesellschaft

zu verändern. Daher ist es an der Zeit, die Auffassung von der Gegenwart als leerer Zeit zu überwinden und „die schlummernde Fähigkeit wiederzubeleben, eine Zukunft auszu-denken und zu verwirklichen, die mehr als eine kosmetische Operation an der bestehenden Gesellschaft ist“, wie Martín Arboleda (2021: 19) es ausdrückt.² Und es reicht nicht, das Mantra, die Linke habe kein Projekt, bis zum Überdruß zu wiederholen, denn eine solche Analyse wäre banal, hätte keinen Aufforderungscharakter und würde bloß die Aufgabe, ein Projekt zu entwickeln, das diesen Namen verdient, an andere delegieren. Aus diesem Grund lehnen wir eine ahistorische Sichtweise ab und stellen uns der Notwendigkeit, gemeinsam die Grundzüge eines Projekts zu entwerfen, das die historischen Erfahrungen wie auch die aktuellen Probleme, mit denen wir, die beherrschten Klassen, zu kämpfen haben, berücksichtigt. Es gilt, unser emanzipatorisches Ideal konkret zu benennen, um die Wurzel unseres Unglücks, die kapitalistische Produktionsweise, zu beseitigen.

Obwohl die Lage hoffnungslos scheint, gibt es mehrere Ansätze zu deren Überwindung. Daher werden in diesem Text einige überlegenswerte Ausnahmen von der allgemein verbreiteten Apathie vorgestellt und etliche relevante Quellen angeführt, in denen sich Konzepte zur zukünftigen Planung und Organisation der Wirtschaft finden. Für die vertiefende Auseinandersetzung mit diesen vielversprechenden Diskussionsbeiträgen wird auf die Bibliographie am Ende dieses Texts verwiesen.

Unabhängig davon, ob man mit ihren Positionen einverstanden ist oder nicht, arbeitet eine Reihe von Autoren seit Jahrzehnten an der Entwicklung origineller theoretischer Modelle, die andeuten, wie sich der Produktionsprozess und damit die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Lebens in einer postkapitalistischen Wirtschaft gestalten lassen. Das heißt aber nicht, dass sie ein in sich abgeschlossenes Gesellschaftsmodell vorlegen, das theoretisch bis ins letzte Detail durchdacht ist. Vielmehr skizzieren sie einige Richtlinien, denen Produktion, Verteilung und Konsum folgen sollten. Und obwohl es in der Natur abstrakter Modelle liegt, das auszublenden, was für Jodi Dean und Kai Heron³ das Problem unserer Zeit ist, nämlich der Übergang (oder anders gesagt, die Revolution), gehören diese aktuellen Denkansätze dennoch zu den wertvollsten Beiträgen, um über unsere Zukunft nachzudenken.

Hier werden lediglich die drei ausgereiftesten und bekanntesten Modelle vorgestellt⁴: das der *wirtschaftlichen Demokratie* von David Schweickart, das *Parecon-Modell* der partizipativen Wirtschaft von Michael Albert und Robin Hahnel und der *Cyberkommunismus* von Paul Cockshott und Allin Cottrell.

Ist so eine Debatte überhaupt sinnvoll?

Angesichts dieser drei Ansätze lohnt es sich, einige Überlegungen anzustellen, wie man am besten an die Debatte herangehen kann. Zunächst einmal sollten wir uns vor Augen halten, dass wir, wie Marx und Engels (1846)⁵, „... Kommunismus die *wirkliche* Bewegung [nennen], welche den jetzigen Zustand aufhebt.“ Damit meinen wir nicht, dass die Aufgabe von Revolutionären darin besteht, der organisierten Arbeiterschaft ein Ideal, ein fix und fertiges Programm, das mit ihrer eigenen politischen Praxis wenig zu tun hat, aufzudrängen. Das ist jedoch kein unauflösbarer Widerspruch zu den in diesem Artikel vorgestellten Lösungsansätzen, auch wenn in Hinblick auf unsere unmittelbare sozialistische Zukunft jedes dieser Modelle Kritikpunkte aufweist.

Tatsächlich wurde von verschiedenen Seiten versucht, mehr oder weniger ausgefeilte Modelle für eine funktionierende postkapitalistische Wirtschaft zu entwickeln: von den niederländischen Ratsmitgliedern der G.I.K.H. (Gruppe Internationaler Kommunisten (Holland))⁶ über die neoklassischen Sozialisten Lange und Taylor⁷ bis hin zu dem englischen Ökonomen Pat Devine mit seinem Konzept von der *Negotiated Coordination* (Koordination auf dem Verhandlungsweg).⁸ Selbst Autoren wie Peter Hudis haben akribische Arbeiten verfasst, in denen sie versuchen,

die wenigen Hinweise zu entschlüsseln, die Marx hinsichtlich einer Alternative zum Kapitalismus hinterlassen hat.⁹ Aber alle Autoren weisen in der Regel darauf hin, dass sie lediglich realistische Alternativen aufzeigen wollen, und äußern sich nicht zum Endziel der gesellschaftlichen Entwicklung. Es geht diesen Autoren nicht darum, ein perfektes Modell, einen umfangreichen und detaillierten Organisationsentwurf vorzulegen, sondern um das Aufzeigen einer *politischen Alternative* zur allgemeinen Apathie und um eine *theoretische Auseinandersetzung*, die den Verfechtern des Kapitalismus generell etwas fundamental Anderes entgegensetzt: nämlich die Vorstellung, dass es grundsätzlich möglich ist, unsere Gesellschaft anders zu gestalten.

Man sollte auch nicht unterschätzen, dass es aus politischer und strategischer Sicht sinnvoll ist, sich mit verschiedenen Konzepten zu beschäftigen. Heute hat die Arbeit an konkreten Projekten, mit der man sich im Zuge der Kämpfe einem Ziel annähert, eine andere Relevanz als vor einem Jahrhundert. Wir leben in einer Zeit der Niederlagen, der Mutlosigkeit und Verzweiflung. Angesichts einer unkontrollierbaren Flut von Angriffen, denen wir machtlos gegenüberstehen, konnten wir allenfalls vereinzelte kleine Siege feiern oder in defensiven Kämpfen das Schlimmste verhindern. Das war nicht immer so. Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist voll von lebendigen, kämpferischen und auch erfolgreichen Beispielen. Vielleicht war früher die Vorstellung von einer besseren Gesellschaft nicht so zentral für die Mobilisierung der Massen wie heute. Dennoch mangelte es auch damals nicht an Interesse, wie die begeisterte Aufnahme utopischer Romane wie *Looking Backward* von Edward Bellamy (1888)¹⁰ oder *News from Nowhere* von William Morris (1890)¹¹ zeigt. Aber in der heutigen Zeit ist das Aufzeigen von Alternativen unabdingbar, um unsere revolutionären Ziele voranzutreiben. Dabei geht es darum, die aktuellen Forderungen und Kämpfe mit realistischen (nicht mit utopischen) Zielsetzungen zu verschränken, um deutlich zu machen, dass wir keinen unrealistischen Träumereien nachhängen.

Es ist jedoch auch erforderlich, das Thema aus der Perspektive der Aktivist*innen anzugehen. Unsere Organisationen haben die Pflicht, sich mit all diesen Aspekten zu befassen und den Aktivist*innen die notwendige Schulung zukommen zu lassen, damit wir nach der Übernahme der politischen Macht unser unmittelbares Ziel nicht aus den Augen verlieren. Dazu gehört auch die Debatte um die Möglichkeiten beim Aufbau des Sozialismus. Nicht von

ungefähr zitiert Lenin in *Was tun?*¹² Engels, um daran zu erinnern, dass die Auseinandersetzung mit der Theorie ebenso relevant ist wie der politische und der ökonomische Kampf, dass also „... stets im Auge zu behalten [ist], daß der Sozialismus, seitdem er eine Wissenschaft geworden, auch wie eine Wissenschaft betrieben, d.h. studiert werden will.“

Konkrete und nachvollziehbare Ideen, wie die Gesellschaft, die wir verwirklichen wollen, aussehen könnte – und zwar nicht im Sinn realitätsfremder Utopien, sondern in Kenntnis der allgemeinen Prinzipien, die einer sozialistischen Wirtschaft zugrunde liegen könnten – ermöglichen uns, allfälligen Zweifeln der Bevölkerung, aber auch der Aktivist*innen, an einer postkapitalistischen Zukunft zu begegnen und vor den reformistischen Versuchungen der kapitalistischen „Gesellschaft der unbegrenzten Möglichkeiten“ zu warnen.

Es ist auffällig, dass weder die wissenschaftlichen Studien noch die Öffentlichkeitsarbeit, die von Kollektiven wie *Cibcom*, *Association for the Design of History* oder *Next System Project* geleistet wird, von denjenigen Organisationen ausgehen, die der geeignete strategische Rahmen für eine eventuelle Umsetzung von Ideen wären, sondern von Sozialisten und Revolutionären ganz unterschiedlicher Traditionen, die keine andere Wahl haben, als sich zusammenzuschließen, um das Problem auf eigene Faust anzugehen – und zwar aus der schieren Notwendigkeit heraus, den teuflischen Slogan der britischen Konservativen über die Unmöglichkeit einer anderen Welt zu entlarven: *There Is No Alternative*.

Die drei Modelle

1 Die Wirtschaftsdemokratie

Das vom US-amerikanischen Philosophen und Mathematiker David Schweickart als *Economic Democracy* bezeichnete Modell steht in der Tradition des Marktsozialismus. Der Autor vertritt die Auffassung, dass es möglich sei, Markt und Demokratie in der Arbeitswelt zu vereinen, indem er versucht, in sein Modell Merkmale zu integrieren, die sich aus drei äußerst unterschiedlichen historischen Beispielen ableiten lassen: aus dem selbstverwalteten Sozialismus im ehemaligen Jugoslawien, dem japanischen Kapitalismus und den Erfahrungen der Corporación Mondragón im Baskenland.

Schweickarts Kapitalismuskritik bezieht sich in erster Linie auf den Mangel an Demokratie und Effizienz. Da er aber auch einer autoritären Machtkonzentration und der

Ineffizienz zentraler Planwirtschaft kritisch gegenüber steht, zielt sein Vorschlag darauf ab, Markt und Plan in einem demokratischen Rahmen in Einklang zu bringen. Die wesentlichen Merkmale seines Modells sind also dreierlei: 1) Führung und Verwaltung des Unternehmens durch seine Beschäftigten, 2) eine Marktwirtschaft, der zufolge die Preise beim Handel mit Rohstoffen und Konsumgütern von Angebot und Nachfrage bestimmt werden und 3) gesellschaftlich kontrollierte und durch Steuern finanzierte Investitionen, deren Vergabe durch einen Wirtschaftsplan, aber auch durch Marktmechanismen geregelt wird.

Schweickart zufolge sollen die Beschäftigten in jeder Kooperative für den geordneten Ablauf der Produktion und die Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin in der Fabrik sorgen. Sie sollen darüber bestimmen, welche Produktionstechniken eingesetzt werden, was und wie viel produziert wird und wie die Gewinne zu verteilen sind. Die Entscheidungen wären von allen Beschäftigten gleichberechtigt zu treffen, wobei er nicht ausschließt, dass in manchen Fällen (etwa aufgrund der Größe des Unternehmens) die Einrichtung einer Geschäftsführung erforderlich sein könnte.

Obwohl es hier nicht darum gehen kann, an diesem Modell Kritik zu üben, ist es aufgrund der zentralen Rolle des Marktes bei Schweickart angebracht, an der Zweckmäßigkeit des Modells zu zweifeln, da der Markt diesem Konzept zufolge bloß einer von mehreren Faktoren ist, eine angeblich neutrale Instanz bei der Verteilung von Gütern und nicht ein wesentlicher (und unverzichtbarer!) Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise. In Übereinstimmung mit der österreichischen Kritik an der Fähigkeit des Sozialismus, wirtschaftliche Berechnungen im Voraus aufzustellen, vertritt Schweickart die Auffassung, dass die Schwierigkeiten einer Planwirtschaft darin bestehen, dass man eben nicht genau weiß, welche und wie viele Güter und Dienstleistungen auf welche Weise produziert werden sollen, was den Rückgriff auf Marktmechanismen unumgänglich macht. Eine Planung sollte sich daher ausschließlich auf den Bereich der Investitionen beschränken. Schweickarts Schlussfolgerungen werden jedoch durch die beiden anderen Modelle, insbesondere das dritte, in Frage gestellt.

Schließlich wird anhand des jugoslawischen Beispiels, der kapitalistischen Entwicklung in Japan und dem Fall der Corporación Mondragón ein Grundzug des Modells vorgestellt: die gesellschaftliche Kontrolle der Investitionen als „Gegenpol zum Markt“, um „die ‚Anarchie‘ der kapitalis-

tischen Produktion zu mildern". Durch die Besteuerung von Investitionsgütern soll zum einen die effiziente Nutzung dieser Güter gefördert und zum anderen ein gemeinsamer Fonds für neue Investitionen finanziert werden. Ist dieser Fonds erst einmal eingerichtet, gibt es verschiedene Möglichkeiten der Bereitstellung von Mitteln, die von einer bürokratischen Planung der Investitionen bis hin zu einer Art „*Laissez-faire-Sozialismus*“ reichen.¹³

Es fällt schwer, in diesem Modell einen Sozialismus, wie wir ihn uns vorstellen, zu erkennen. Dennoch lohnt es sich, einige der wirtschaftlich-institutionellen Aspekte des Autors und seiner Anhänger näher zu beleuchten. Schließlich es ist notwendig, sich mit einer Strömung auseinanderzusetzen, die trotz ihres guten Willens viele der entscheidenden Merkmale des Systems, das wir überwinden wollen, als selbstverständlich voraussetzt.

In Spanien hat diese Strömung jedenfalls eine gewisse Anhängerschaft. Carmen Madorrán, die in einer umfangreichen Dissertation diesen Ansatz aus der Perspektive der ökologischen Ethik beleuchtet, ist derzeit die vielleicht prominenteste Vertreterin dieser Richtung.¹⁴ Aber auch andere Ökonomen wie Antoni Comín haben sich seinerzeit mit diesem Modell beschäftigt.¹⁵

2 Das Parecon-Modell einer partizipativen Wirtschaft

Von den drei Modellen verfügt das so genannte Parecon-Modell (kurz für Participatory Economics) von Michael Albert und Robin Hahnel über die größte Anhängerschaft, vor allem in der angelsächsischen Welt und insbesondere in den Vereinigten Staaten. US-amerikanische Intellektuelle und Aktivist*innen haben eine Fülle von Büchern und Artikeln veröffentlicht, in denen sie ihre Vorstellungen von einer partizipativen Wirtschaft darlegen – von akademischen Texten bis hin zu Schriften, die sich nicht an ein einschlägiges Fachpublikum richten.

Beflügelt von Werten wie Solidarität, Gleichheit, Vielfalt, Selbstverwaltung und ökologischem Gleichgewicht erläutern Albert und Hahnel ihre Überlegungen. Sie führen ins Treffen, dass der Kapitalismus auf drei Hauptfeilern beruht: dem Privateigentum an Produktionsmitteln, der Verteilung von Gütern über den Markt und der korporativen Arbeitsteilung. Mit ihrem Modell wollen sie dazu eine Alternative bieten.

Die erste Forderung ist denkbar einfach und leuchtet unmittelbar ein: Von einer Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln sollen alle Teile der Bevölkerung profitieren. Es soll sichergestellt werden, dass

niemand aufgrund des Eigentums an Produktionsmitteln unverhältnismäßig viel Macht über andere ausübt oder einen persönlichen Gewinn erzielt.

Zweitens geht es darum, als Alternative zu den Märkten ein System der partizipativen Planung einzurichten, das den Arbeiter- und Verbraucherräten ermöglicht, die Vorteile und sozialen Kosten ihrer jeweiligen Entscheidungen abzuwägen. Im Rahmen bestimmter organisatorischer und interaktiver Settings (begleitende Ausschüsse, Festlegen von Richtpreisen, ständige Nachbesserung von Produktionsplänen usw.) können alle Beteiligten ihre Interessen einbringen. Dabei besteht für die Autoren das Hauptproblem darin, dass sich die tatsächlichen Interessen des Einzelnen erst im Zuge der sozialen Interaktion herauskristalisieren. Für die genaue Einschätzung aller Vor- und Nachteile aus sozialer Sicht sind daher umfangreiche Beteiligungs-, Beratungs- und Entscheidungsfindungsprozesse unerlässlich.

Zur Erleichterung dieser Prozesse sollen Unterstützungsausschüsse eingerichtet werden. Sie koordinieren den Planungsprozess, indem sie alle ursprünglichen Vorschläge betreffend Produktion und Konsum (die fürs Erste nur Vorhersagen darüber sind, was produziert und konsumiert werden soll) sammeln, vergleichen und die daraus gewonnenen Schlüsse an die einzelnen Räte weiterleiten. Das erfolgt auf verschiedenen Ebenen, und zwar sowohl seitens der Konsument*innen (organisiert in Nachbarschaftsräten, Bezirks-, Stadt-, und Kreisverbänden bis hin zu gesamtstaatlichen Gremien) als auch der Produzent*innen (organisiert in Betrieben, Betriebsräten, Regionalverbänden). Dann beginnt eine Reihe von Wiederholungsphasen: Die eingebrachten Vorschläge werden verglichen und so lange verhandelt, bis man sich auf ein endgültiges Ergebnis geeinigt hat, auf dessen Basis ein Vorhaben realistischerweise umgesetzt werden kann.

Eine dezentrale partizipative Planung ist den Autoren zufolge die einzige Methode, „Nicht nur werden Preise und andere ökonomische Stellgrößen genauer getroffen als unter Markt- und Zentralplanungsbedingungen, sondern auch Solidarität, Gerechtigkeit, Vielfalt und Selbstbestimmung werden gestärkt.“ (Albert 2005: 148).¹⁶

Drittens setzt Parecon der korporativen Arbeitsteilung im Kapitalismus eines seiner Leuchtturmprojekte entgegen: die ausgewogene Verteilung der anfallenden Arbeiten – sowohl innerhalb eines Betriebs als auch zwischen unterschiedlichen Betrieben, um ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen notwendigen und weniger notwendigen Tätigkeiten zu schaffen. Dabei geht es nicht um die Abschaffung

der Arbeitsteilung, sondern um eine gerechte Umverteilung zwischen unangenehmen und befriedigenden Tätigkeiten. Außerdem schlagen Albert und Hahnel vor, bei der Bewertung des Beitrags, den jeder Einzelne mit seiner Arbeit zur Gesellschaft leistet, und folglich bei der Festlegung der Löhne den persönlichen Einsatz der Beschäftigten als Richtschnur heranzuziehen. Das ist durchaus problematisch (Ist es angebracht, unsere Arbeitsleistung fiskalisch zu kontrollieren?), sollte aber ein Anstoß sein, darüber nachzudenken, nach welchen Kriterien die Arbeit, die im Dienst der Gemeinschaft erbracht wird, zu entlohnen ist.

Obwohl es in Spanien keine ausdrücklichen Vertreter dieser Strömung gibt, hat das Instituto de Ciencias Económicas y de la Autogestión (ICEA) [Institut für Wirtschaftswissenschaften und Selbstverwaltung, Anm. d. Übers.] bei mehreren Gelegenheiten auf dieses Modell hingewiesen. Und es ist nicht verwunderlich, dass es im anarchistischen Umfeld auf großes Interesse stößt, denn einige der Autoren beziehen ihre Anregungen aus internationalen anarchistischen Bewegungen um eine Kollektivierung der Betriebe, aber auch aus der Pariser Kommune sowie aus diversen Projekten zur alternativen Organisation von Arbeit und Produktion: Kooperativen, selbstverwaltete Zentren, die Solidarwirtschaft, Beispiele partizipativer Demokratie wie in Porto Alegre oder Kerala usw.

3 Der Cyberkommunismus

Schließlich wäre die Strömung des Cyberkommunismus zu erwähnen, der mit der Idee einer computergestützten Planung der Wirtschaft das wohl ambitionierteste Modell einer kollektiven Kontrolle des Produktionsprozesses darstellt. Seit der Veröffentlichung von *Towards a New Socialism* (1993)¹⁷ haben Paul Cockshott und Allin Cottrell ihre Erkenntnisse weiterentwickelt: Sie erkannten das Potenzial der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien für eine effiziente Steuerung des Produktionsprozesses, aber distanzieren sich gleichzeitig von der sowjetischen Planwirtschaft, der sie Mängel in Bezug auf Demokratie und Effizienz vorwerfen.

Die cybersozialistische Perspektive verbindet die Kritik an der politischen Ökonomie mit einer Kritik an der Kybernetik als Wissenschaft von der Information und ihrer Kontrolle. Sie tritt ein für die Abschaffung des Privateigentums, des Marktes, des Geldes und letztlich der Gesetze, die für den reibungslosen Ablauf der kapitalistischen Wirtschaft sorgen. Am intensivsten haben sich die Vertreter dieser Richtung mit der Kritik an den Märkten und ihrer unvermeidlichen Tendenz zur sozialen

Ungleichheit (egal, ob unter kapitalistischen oder vorgeblich sozialistischen Bedingungen) auseinandergesetzt. Die Unfähigkeit der Märkte, sich von der Profitlogik zu lösen, führt ihnen zufolge zu einem unüberlegten, mangelhaften und letztlich ineffizienten Mechanismus der Informationsverarbeitung, der außerstande ist, nicht-monetäre Variablen zu berücksichtigen.

Dieses Modell sieht daher eine Mischform aus zentralen und dezentralen Planungselementen vor, die den Rahmen dafür bietet, ohne staatliche Einmischung auf makroökonomischer, strategischer und praktischer Ebene Konzepte zu entwickeln, zu vergleichen und demokratisch abzustimmen. Mit einem Netzwerk von Computern, das die einzelnen Produktionseinheiten miteinander verbindet, mit der Anwendung der linearen Optimierung zur Lösung der Gleichungen der Produktionsmatrix der Wirtschaft, mit der Möglichkeit einer Naturalberechnung der Ressourcen und der optimalen Berücksichtigung von Umweltbedingungen im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit sind die Perspektiven, die eine demokratische Wirtschaftsplanung zur Lösung der großen Probleme unserer Zeit eröffnet, enorm.

Im Gegensatz zu den Vorschlägen von Parecon erfolgt die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in diesem Modell auf Basis der Arbeitszeit als Berechnungsgröße. Daraus werden die Arbeitskosten für die Produktion von Waren und Dienstleistungen ermittelt und die Produzent*innen entsprechend der von ihnen geleisteten Arbeit in Form von Gutscheinen entlohnt: „Jedem Produzenten wird ein Zertifikat [...] über die von ihm geleisteten Arbeitsstunden ausgestellt, mit dem er (nach Abzug [...] des Anteils, der in einen gemeinsamen Fonds fließt) Konsumgüter aus dem Sozialfonds entnehmen kann, die der Menge der geleisteten Arbeit entsprechen. So erhält man von der Gesellschaft genau so viel zurück, wie man ihr gegeben hat. Indem man über das Ausmaß des Arbeitsaufwands selbst entscheidet, legt man auch das gewünschte Konsumniveau selbst fest.“ (Cockshott y Nieto, 2017: 153)¹⁸

Das politisch-institutionelle Gegenstück zu diesem Vorschlag ist die direkte Demokratie. In Anlehnung an die klassische griechische Demokratie in Athen bemängeln die Autoren den ausgesprochen aristokratischen Charakter der repräsentativen Demokratie und schlagen stattdessen eine Wahl durch das Los vor: die Bildung von Räten aus zufällig ausgewählten Individuen. Und das Bekenntnis zu einer echten Demokratie ist kein Luxus, sondern aus Sicht der Informatik eine unabdingbare Voraussetzung für eine echte Kontrolle über die Produktionsmittel durch die arbeitende Bevölkerung.

Zwei historische Beispiele, an denen man sich orientiert, sind das gescheiterte OGAS-Projekt in der Sowjetunion oder Cybersyn im Chile von Allende. Wissenschaftler wie Maxi Nieto, der in mehreren Artikeln und in einem kürzlich erschienenen Buch¹⁹ die Grundpfeiler dieses Modells skizziert hat, oder Cibcom, ein Kollektiv zur Erforschung und Förderung eines kybernetischen Kommunismus, sind die wichtigsten Vertreter dieser Strömung in Spanien.

Der Aufbau einer neuen Gesellschaft

An dieser Stelle sei noch einmal daran erinnert, dass, wie Mandel es ausdrückte, „[d]er effizienteste und humanste Weg, eine klassenlose Gesellschaft zu errichten, ... nur durch Experimente herausgefunden werden [kann] ...“.²⁰ Gesellschaftliche Experimente sind daher im Sinne einer kontinuierlichen Perfektionierung zu verstehen, einer Verbesserung „durch schrittweise Annäherung“, auch unter Rückgriff auf Bestehendes, sofern es für den Aufbau einer neuen Gesellschaft genützt werden kann. Das heißt aber nicht, dass wir es uns leisten können, die theoretische Auseinandersetzung zu vernachlässigen. In Übereinstimmung mit Brassier sind praktische Erfahrungen eben nicht das Fundament der Theorie, sondern ihr Korrektiv. Wer behauptet, dass jede Theorie ausschließlich auf Erfahrungen beruht, geht im Sinne eines Empirismus davon aus, diese für bare Münze zu nehmen und die daraus gezogenen Lehren für unumstößlich zu halten. Aber jegliche Erfahrung ist per se unzuverlässig, und was wir aus ihr lernen können, nimmt erst in späteren theoretischen Analysen Gestalt an.

Außerdem müssen wir uns bewusst sein, dass gesellschaftliche Experimente teuer sind. Revolutionäre Prozesse können schließlich nicht nach Lust und Laune in einer Laborsituation erprobt werden; sie erfordern vielmehr ein enormes Engagement von Tausenden und Abertausenden Menschen, die ihr Leben riskieren, um eine bessere Welt zu schaffen. Es ist daher auch unsere Pflicht, diese Prozesse durch theoretische Arbeit voranzutreiben – mit dem Ziel der praktischen Umsetzung, sobald sich eine Gelegenheit dazu bietet. Der Verzicht auf Theorie ist in jeder Hinsicht absurd, denn wir können uns als Revolutionäre keinesfalls den Luxus leisten, die Arbeit an neuen und demokratischen gesellschaftlichen Verhältnissen, in welchem Bereich auch immer, nicht ernst zu nehmen..

Angesichts des zaghaften, aber wachsenden Interesses am Aufbau besserer Welten, das sich in der positiven Aufnahme von Büchern wie *Contra la distopía* (Francisco

Martorell, 2021) oder *Utopía no es una isla* (Layla Martínez, 2021), aber auch in künstlerischen Bewegungen wie Solarpunk²¹ widerspiegelt, muss die politisch organisierte Arbeiterklasse die Rolle übernehmen, die neuen Ideale, die neu entstandenen kreativen Lösungsansätze mit konkreten Inhalten zu füllen. Wenn wir einmal die Wirtschaft von der Tyrannei der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse befreit und in den Dienst der menschlichen Bedürfnisse und der natürlichen Umwelt gestellt haben, liegt es an uns, Vorschläge, wie eine andere Wirtschaft aussehen soll, zu entwerfen, zu diskutieren und zu konkretisieren.

Bei der praktischen Umsetzung eines sozialistischen Wirtschaftsmodells muss man sich zwangsläufig mit den Beiträgen von Autoren wie Cockshott, Albert oder Schweickart befassen, um zu vermeiden, Irrwege aus der Vergangenheit zu wiederholen. Es ist der zentrale Gedanke dieses kurzen Textes, daran zu erinnern, dass es sich mehr denn je lohnt, für eine andere Zukunft, die heute in greifbarer Nähe liegt, einzutreten und dass der Nutzen der konkreten politischen Arbeit nicht zu unterschätzen ist.

Wie das Sprichwort sagt, tragen wir eine neue Welt in unseren Herzen. Aber heute ist es unsere vordringliche Aufgabe, die Eckpfeiler dieser Welt auch in unseren Köpfen zu verankern, um die Voraussetzungen für ihre Verwirklichung zu schaffen. Und dazu sind wir durchaus in der Lage, denn jede menschliche Tätigkeit zeichnet sich durch die Ausrichtung auf ein Ziel aus, durch den Willen, ein Ziel zu erreichen, das in unserer Vorstellung bereits vorhanden ist, ebenso wie im Lauf eines Arbeitsprozesses am Ende ein Ergebnis vorliegt. In Anlehnung an Marx: „[...] eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachszellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut“.²²

15. Oktober 2022

Gonzalo Bárcena ist Aktivist von Anticapitalistas und Mitglied des Kollektivs Cibcom.

Übersetzung: E.F.

1 Bensaïd, Daniel (1997): *L'arc tendu de l'attente* (Der gespannte Bogen der Erwartung), *Le Monde de l'éducation, de la culture et de la formation* (Die Welt der Bildung, der Kultur und der Ausbildung).

2 Arboleda, Martín: *Gobernar la utopía. Sobre la planificación y el poder popular* (Die Utopie gestalten. Über Planung und Volksmacht). Caja Negra 2021.

- 3** Dean, Jodi und Heron, Kai (2022): *Leninismo climático y transición revolucionaria. Organización y antiimperialismo en tiempos catastróficos* (Klima-Leninismus und revolutionärer Übergang. Organisation und Antiimperialismus in katastrophalen Zeiten). *Vientosur*. Verfügbar unter: <https://vientosur.info/leninismo-climatico-y-transicion-revolucionaria-organizacion-y-antiimperialismo-en-tiempos-catastrofic>.
- 4** Für einen eingehenderen Vergleich der verschiedenen Modelle empfehlen wir die Lektüre des von Joaquín Arriola herausgegebenen Buches *Derecho a decidir* (Das Recht zu entscheiden) (2006), das eine Reihe von Artikeln der Vertreter dieser Modelle zusammenfasst. Empfehlenswert ist auch der Artikel *A brief sketch of three models of democratic economic planning* (Eine kurze Skizze der drei Modelle demokratischer wirtschaftlicher Planung) von Frédéric Legault und Simon Tremblay-Pepin, der Parecon und den Cyberkommunismus mit Pat Devines Modell der Negotiated Coordination vergleicht. Letzteres ist auf Spanisch verfügbar unter: <https://cibcom.org/un-breve-esquema-de-tres-modelos-de-planificacion-democratica>.
- 5** *Die deutsche Ideologie*, MEW 3, 35
- 6** G.I.K.H.: *Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung*. Hamburg: Red & Black Books 2022.
- 7** Lange, Oskar und Taylor, Fred: *On the Economic Theory of Socialism*. McGraw-Hill Inc. 1956
- 8** Devine, Pat (1988): *Democracy and economic planning. The political economy of a self-governing society*. Westview Press. (dt. *Demokratie und wirtschaftliche Planung (1988)* in: Philip Broistedt u.a. (Hg.): *Planwirtschaft: Staatssozialismus, Arbeitszeitrechnung, Ökologie*. Wien 2022, S. 159–167).
- 9** Hudis, Peter: *Marx's concept of the alternative to capitalism*. Haymarket 2013.
- 10** Bellamy, Edward (1888): *Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887*. Deutsch von Clara Zetkin.
- 11** Morris, William: *Kunde von Nirgendwo*, zuletzt (?) 2016 im Nautilus Verlag Hamburg
- 12** Lenin Werke Band 5, S. 382.
- 13** Schweickart, David (1993): *Democracia económica: propuesta para un socialismo eficaz. Cristianismo y justicia* (Wirtschaftsdemokratie: Vorschlag für einen effektiven Sozialismus. Christentum und Gerechtigkeit) (53).
- 14** Madorrán, Carmen (2017): *Necesidades humanas y límites ecológicos en la Democracia Económica. Una revisión de la propuesta de David Schweickart*. Universidad Autónoma de Madrid.
- 15** Comín, Antoni (Koord.) (2011): *Democracia Económica: Hacia una alternativa al capitalismo*. Barcelona: Icaria editorial.
- 16** Albert, Michael: *Parecon: Leben nach dem Kapitalismus*. Frankfurt/Main 2006
- 17** Cockshott, Paul und Cottrell, Allin: *Towards a New Socialism*. Spokesman 1993. (dt. Paul Cockshott, Allin Cottrell: *Alternativen aus dem Rechner: für sozialistische Planung und direkte Demokratie*. Köln 2006).
- 18** Cockshott, Paul und Nieto, Maxi (2017): *Ciber-comunismo. Planificación económica, computadoras y democracia*. Trotta.
- 19** Nieto, Maxi (2021): *Marx y el comunismo en la era digital (y ante la crisis eco-social planetaria)*. Maia.
- 20** Ernest Mandel: *Der dritte Weg*. In: *Ost-West-Gegeninformati- onen*. Graz 1991, H. 3/4, S. 21–28.
- 21** Petruccioli, Marco (2021): *¿Un porvenir luminoso?* Verfügbar unter: <https://jacobinlat.com/2021/06/11/un-porvenir-luminoso>.
- 22** MEW 23, S. 193

AUF DEM WEG ZU BRAUNER INTERNATIONALE?

Seit Ende des letzten Weltkrieges war die Bedrohung, die von einer aktiven, aggressiven und fast überall wachsenden extremen Rechten ausgeht, noch nie wieder so aktuell wie heute. Warum? Weil diese Bedrohung anders als in den letzten 6 bis 7 Jahrzehnten jetzt nicht mehr von einigen kleinen Gruppen oder auch kleinen Parteien von Nostalgiker*innen der Zwischenkriegszeit kommt, sondern von einer neuen, ungehemmten Rechten, die sogar Länder regiert oder sich anschickt, sie zu regieren, die zu den größten Mächten der Welt gehören!

■ Giorgos Mitralias

Das Indien von Modi, das Russland von Putin, das Brasilien von Bolsonaro, das Ungarn von Orban und [...] das Italien von Giorgia Meloni und vielleicht die Vereinigten Staaten von Trump II – die Liste ist alles andere als erschöpfend, aber sie gibt doch eine Vorstellung davon, wie ernst und umfassend die Bedrohung ist. Zwar sind diese Führer*innen alles andere als ausgewiesene Nostalgiker oder „Erben“ des Faschismus und des Nazismus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, aber sie teilen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Autoritarismus, Islamophobie und Antisemitismus, offene Ablehnung der parlamentarischen (bürgerlichen) Demokratie, Frauenfeindlichkeit, Verherrlichung fossiler Brennstoffe und Klimaskepsis, Militarismus, Missachtung demokratischer Rechte und Freiheiten, Vorstellung einer von bösen Mächten gesteuerten Geschichte und Komplottismus [Glaube an Verschwörungstheorien], Hass auf die LGBTQ-Menschen, Obskurantismus und tiefe Verbundenheit mit dem Dreiklang „Familie-Vaterland-Religion“.

Sie „Populisten“ zu nennen, wie es systematisch alle europäischen Medien tun, ist ein völlig unangebrachter Euphemismus, zumal dieselben Medien auch die Linke „populistisch“ nennen, wenn sie es wagt, den neoliberalen Kapitalismus in Frage zu stellen. Denn wenn Bolsonaro,

Meloni oder Abascal von der spanischen Vox „Populisten“ sind, warum dann nicht auch Mussolini, Hitler oder Franco? Warum nicht die ganze Geschichte der letzten 100 Jahre umschreiben und jeden Hinweis auf die braune Pest auslöschen und sie auf einen fast harmlosen „Populismus“ reduzieren? Offensichtlich sind in der Nacht der neoliberalen Konterrevolution alle Rassisten, Frauenhasser, Pogromisten, Neofaschisten und andere Rechtsextremisten nicht mehr braun, sondern ... grau. Kurz gesagt, alles fast harmlose „Populisten“ ...

Aber es liegt uns fern, der ganzen weiten Welt ohne Unterschied das Etikett des (Neo-)Faschisten oder des (Neo-)Nazis aufzukleben. In Wirklichkeit sind sie nicht alle gleich, sondern sie haben auch Differenzen, was übrigens ihre Rivalitäten und die Kämpfe um Einfluss erklärt, die sie traditionell austragen. Kurz gesagt, die europäische (und globale) extreme Rechte ist nicht homogen, und obwohl sie als Ganzes stetig voranschreitet, ist es ihr härtester und gewalttätigster Flügel, der derzeit am stärksten zulegt und auf dem Vormarsch ist.

Madrider Forum

Von diesem harten und gewalttätigen Flügel kommen auch die Initiativen zur Strukturierung und Koordinie-

zung dieser extremen Rechten auf internationaler Ebene. Vox zum Beispiel, die durch ihren spektakulären Durchbruch in Spanien gestärkt wurde, startet mit einigem Erfolg ihr „Madrider Forum“, um in Lateinamerika alles einzusammeln, was es an faschistischen Putschisten sowie rechtsextremen Parteien und Persönlichkeiten gibt. Es ist erwähnenswert, dass der Grundton der „Charta von Madrid“, die die Mitglieder dieses offen faschistischen Forums unterzeichnen, der tief verwurzelte Hass auf die Indigenen ist, deren Genozid (bei weitem der größte in der Geschichte der Menschheit) durch die spanischen Konquistadoren als Akt der ... „Befreiung vom blutrünstigen und terroristischen Regime der Azteken“ gefeiert wird!

Was auf den ersten Blick an dieser an die spanischsprachigen Länder gerichteten „Charta von Madrid“ merkwürdig erscheint, ist, dass sie auch von rechtsextremen Parteien und Persönlichkeiten unterzeichnet ist, die nichts mit Lateinamerika oder dem Kastilischen [der „spanischen“ Sprache] zu tun haben. So finden wir unter ihren Anhänger*innen prominente Trumpisten der nordamerikanischen Republikanischen Partei, die Partei Griechische Lösung (etwa 5 % bei den letzten Wahlen) von Kyriakos Velopoulos, einem Teleshopping-Betrüger, der berühmt wurde, als er monatelang sogar „authentische Manuskripte“ von Jesus Christus verkaufte, oder die postfaschistische Partei Fratelli d’Italia der künftigen [inzwischen amtierenden, A. d. Red.] italienischen Premierministerin Giorgia Meloni, die übrigens sehr privilegierte Beziehungen zu ihren „Kameraden“ von der Vox unterhält.

Dies ist also ein erster Versuch, die harten Kräfte der extremen Rechten zu vereinen, was ein erster Schritt zur Bildung einer wirklichen Braunen Internationale sein könnte, die viele rechtsextreme Parteien anscheinend ins Leben rufen wollen. Dass es derzeit keine solche Internationale gibt, bedeutet jedoch nicht, dass es keine begrenzte Zusammenarbeit zwischen mehreren dieser extremistischen Kräfte gäbe. Schon jetzt gibt es zahllose Treffen und andere „Gipfel“ ihrer Führer*innen. Ebenso viele Manifeste und gemeinsame Erklärungen, mit denen sie enden. Ihre finanziellen Unterstützungen, von der die bekannteste die der Banken des putinschen Russlands an die Partei von Marine Le Pen ist, sind kein Geheimnis mehr. Und manchmal überquert diese Finanzierung sogar den Atlantik, wenn es darum geht, einen allzu lästigen Feind zu besiegen.

Kampf gegen Greta – und die ganze Jugend

Zum Beispiel, wenn dieser Feind Greta Thunberg heißt, die Inspiratorin der radikalen, weltweiten Jugendbewe-

gung gegen die Klimakatastrophe. Dies schrieben wir schon vor drei Jahren in einem Text mit dem mehr als deutlichen Titel „Der Hass auf Greta: hier sind Namen und Adressen derjenigen, die ihn finanzieren!“¹, in dem wir diejenigen präsentierten, die jenseits des Atlantiks rechtsextreme europäische Parteien finanzierten, die gegen Greta kämpften: „Erstens haben die europäischen Rechtsextremen oder zumindest einige ihrer Schwergewichte enge Verbindungen zu – wenn nicht gar Abhängigkeiten

“ Wir müssen die Bewegung unserer Truppen koordinieren, weil wir alle vor der gleichen Aufgabe stehen.“

von – einem politischen und wirtschaftlichen Zentrum/Stab in den USA, genauer gesagt zum Weißen Haus und zu den Finanziers und Unterstützer*innen von Präsident Trump! Dann ist es kein Zufall, dass diese ‚Braune Internationale‘ zu dem Schluss gekommen zu sein scheint, dass die Frage der Klimakatastrophe und insbesondere die – immer breitere und radikalere – Jugendbewegung, die dagegen kämpft, die größte Bedrohung für ihre Interessen und für die Herrschaft des kapitalistischen Systems in den kommenden Jahren darstellt. Und schließlich ist es kein Zufall, dass diese ‚Braune Internationale‘, genauer gesagt ihre europäische ‚Sektion‘, ihre Angriffe heute vorrangig auf die Person von Greta Thunberg konzentriert, der unbestreitbaren Leitfigur, Theoretikerin und Koordinatorin der Jugendmobilisierungen fast überall in Europa und darüber hinaus.“

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Verbindungen zwischen den bestehenden rechtsextremen Gruppierungen stark sind und sich ebenso schnell entwickeln wie ihr Wahleinfluss. Wird es dazu kommen, dass die extreme Rechte in Europa und in der Welt an Fahrt gewinnt und die ersten Ansätze in eine eigene ehrgeizige, gut strukturierte und gefährliche Internationale umwandelt? Es mangelt nicht an Wünschen, und die kommen jetzt öffentlich zum Ausdruck, wie bei Victor Orban, der am 4. August von Tausenden von Trump-Republikaner*innen der Conservative Political Action Conference (CPAC) in Dallas (Texas) stehenden Applaus erhält, als er sagt: „Wir müssen die Bewegung unserer Truppen koordinieren, weil wir

alle vor der gleichen Aufgabe stehen ... Ich bin hier, um Ihnen zu sagen, dass wir unsere Kräfte bündeln müssen!“

Zweifellos könnte der [...] Sieg der extremen Rechten bei den italienischen Wahlen vom 25. September die politische Landschaft und die politischen Machtverhältnisse auf unserem Kontinent erheblich verändern. Es ist also keineswegs ausgeschlossen, dass ein solches Ereignis den Aufstieg der einen und die Krise der anderen beschleunigt. In Erwartung dieses Wahlsiegs der Fratelli d'Italia und ihrer Verbündeten ergriffen bereits Führer wie Orban oder Abascal – und sogar Putin – zu einer viel roheren und offensiveren Sprache, während auf der anderen Seite die Europäische Kommission es vorzog, „konzilient“ zu sein und schon im Dezember 2021 sogar ihren Vizepräsidenten, den Griechen Margaritis Schinas, schickte, um sie bei einem jährlichen Festival der italienischen Jugend zu vertreten: dem der extremen Rechten!²

Das Ergebnis der italienischen Wahlen und die reale Aussicht, dass Putin in zwei Jahren mit einem ins Weiße Haus zurückgekehrten Trump II eine Verbindung aufbauen könnte, sollte daher von Antifaschist*innen und Demokrat*innen auf der ganzen Welt, die ihre Antwort so schnell wie möglich vorbereiten müssen, sehr ernst genommen werden. Ob mit oder ohne Braune Internationale, die extreme Rechte stellt heute eine existenzielle Bedrohung für uns alle dar.

30. August 2022

Der Journalist **Giorgos Mitralias** ist einer der Gründer und Moderatoren des griechischen Komitees gegen Schulden, Mitglied des internationalen CADTM-Netzwerks und der griechischen Kampagne für Schuldenprüfung. Mitglied der Wahrheitskommission für die griechischen Schulden und Initiator des Aufrufs zur Unterstützung dieser Kommission.

Quelle: <http://www.cadtm.org/Vers-l-Internationale-Bru-ne-de-l-extreme-droite-europeenne-et-mondiale>

Übersetzung aus dem Französischen, Zwischentitel und [Anmerkungen]: Björn Mertens

¹ <http://www.cadtm.org/La-haine-contre-Greta-voici-ceux-avec-nom-et-adresse-qui-la-financent>

² <https://www.politico.eu/article/giorgia-meloni-valdimir-putin-italy/>

Neu bei ISP



John Tully

Teufelsmilch

Eine Sozialgeschichte des Gummis

Aus dem Englischen von Klaus E. Lehmann
482 Seiten, Hardcover, 29,80 Euro
ISBN 978-3-89900-144-0
lieferbar

Für die moderne Welt ist Gummi genauso wichtig wie Öl oder Stahl. Dies zeigt sich schon an der Bedeutung internationaler Großkonzerne wie Michelin, Firestone oder Goodyear, die den Weltmarkt genauso beherrschen wie die Öl- oder die Automobilkonzerne. Es erstaunt daher, dass es bislang keine größere kritische Geschichte dieses Rohstoffs und seiner Herstellung gab. Dabei war Kautschuk lange eine der wichtigsten Kolonialwaren, die in Indochina, Südamerika oder dem Kongo unter äußerst brutalen Bedingungen gefördert wurden. Auch Häftlinge der Nazis mussten in den Konzentrationslagern synthetischen Gummi für die IG Farben fertigen. »Teufelsmilch« zeigt beispielhaft, wie der Kapitalismus bei der Ausbeutung von Mensch und Natur keine Grenzen kennt.

Neuer ISP Verlag GmbH

☎ (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

AUF MESSERS SCHNEIDE?

Vor auf den Monat genau 100 Jahren schien der proletarische Internationalismus auf einem Höhepunkt angekommen zu sein: Nicht nur die Kommunist*innen in den Ländern der „Erbfeinde“ Deutschland und Frankreich waren sich einig im Kampf gegen die selbst in der Entente nicht mit Begeisterung aufgenommene Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen. Die neugegründete Kommunistische Internationale (Kominintern) war fast einhellig überzeugt davon, dass in Deutschland die Situation für die Errichtung eines Arbeiterstaats herangereift sei. Doch es kam bekanntlich anders ...

DIE RUHR- BESETZUNG 1923

Auszüge aus: **Pierre Frank**: Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919–43). Band 1. Frankfurt/Main 1981, S. 251ff. Teil III, 2. Kapitel: Die deutsche Revolution 1918–1923.

[Militärintervention des französischen Kapitalismus]

Der 1919 unterzeichnete Versailler Vertrag hatte Deutschland beträchtliche Reparationszahlungen auferlegt, die absolut nicht zu leisten waren, selbst wenn die deutsche Regierung beabsichtigt hätte, die finanziellen Vertragsklauseln zu respektieren.

Unter Berufung auf die Vertragsklauseln, die für eine eventuelle Nichtbezahlung der Reparationen vorgesehen

waren, ließ die französische Regierung, mit Unterstützung der belgischen, am 11. Januar 1923 das Ruhrgebiet militärisch besetzen, um durch Aneignung des Arbeitsprodukts dieser Region, einer der industrialisiertesten und reichsten Deutschlands, die vereinbarten Reparationen zu erlangen. Von dieser Region jedoch hing sehr weitgehend das Funktionieren der gesamten deutschen Wirtschaft ab.

Die deutsche Regierung und die deutschen Kapitalisten handelten so, als wenn sie in den Kriegszustand versetzt wären, bei dem nur der bewaffnete Konflikt fehlte, zu dessen Austragung ein weitgehend entwaffnetes Deutschland nicht imstande war.

Der Reichspräsident (Ebert) und die vom Reichstag unterstützte Regierung Cuno riefen die Bevölkerung des Ruhrgebietes zum „passiven“ Widerstand auf. Das bedeutete die Weigerung, die Anordnungen der Besatzungsmacht zu befolgen; die Lokalbehörden und die Unternehmer sollten sich allein nach den Anweisungen der deutschen Regierung richten. Daraus ergaben sich hohe Strafen für die Städte, die Verhaftung und Verur-

teilung von Großindustriellen durch die französischen Behörden.

Die nationalistischen Formationen verübten im Ruhrgebiet Sabotageakte und Attentate, während die französische Regierung, die den Belagerungszustand verhängt hatte, autonomistische Gruppen darin bestärkte, eine unabhängige rheinische Republik zu gründen.

Für die Arbeiter bedeutete „passiver Widerstand“ meistens den Streik, einen Streik, bei dem sie Regierungsunterstützung erhielten ...

[„Gegen Poincaré und Cuno an der Ruhr und an der Spree!“ (Die Rote Fahne, 22.1.1923‘)]

(Die KPD) mußte augenscheinlich sich der französischen Besetzung widersetzen und sich mit den Arbeitern an der Ruhr am Streik beteiligen, aber sie mußte das tun, ohne die Regierung und die deutschen Kapitalisten zu unterstützen. Ganz zu Beginn schloß sie sich nicht den offiziellen Verlautbarungen an und erklärte, man müsse zugleich „Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree“ bekämpfen.

Die gemeinsame Aktion der Kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands

Bei dieser Verlängerung des Weltkrieges, den die Ruhrbesetzung – ohne bewaffneten Kampf – darstellte, mußte die K(ommunistische) I(nternationale) konkret aufzeigen, wie die kommunistischen Parteien, im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, einen Kampf gegen den imperialistischen Krieg führten. Sowie das Ruhrgebiet besetzt wurde, organisierten die Führungen der beiden kommunistischen Parteien, der französischen und der deutschen, mit Unterstützung der französischen CGTU, eine französisch-deutsche Konferenz in Essen, an der Delegationen der kommunistischen Parteien Belgiens, Großbritanniens, Italiens, der Tschechoslowakei und Hollands teilnahmen. Diese Konferenz nahm eine mutige Entschliebung an: als Erwiderung ließ die französische Regierung die französischen Delegierten als „Verschwörer“ ins Gefängnis werfen, darunter Marcel Cachin, Generalsekretär der Partei Albert Treint, Generalsekretär der CGTU Gaston Monmousseau sowie 15 weitere führende Genossen, die wegen Hochverrats vor den Obersten Gerichtshof gebracht wurden. [...]

Weiterhin trieb die Kommunistische Jugend Frankreichs eine intensive Propaganda bei den französischen Besatzungstruppen; sie verteilte Flugblätter und Zeitungen in französischer und deutscher Sprache, die sich für die Verbrüderung zwischen französischen Soldaten und

deutschen Arbeitern einsetzten.² Die Wirkung dieser Propaganda und einige Weigerungen, auf die Arbeiter zu schießen, erschreckten die französischen Behörden und veranlaßten sie zu zahlreichen Verhaftungen von Soldaten. Diese wurden vor ein Kriegsgericht gestellt. [...]

Auf Anregung der KPD richtete eine Kommission der Betriebsräte des Ruhrgebiets einen Appell – da die deutschen von Sozialdemokraten geleiteten Gewerkschaftsorganisationen nichts unternahmen – an die verschiedenen politischen Internationalen, an die gewerkschaftlichen Zentralen und an die sozialdemokratischen Parteien, mit der Aufforderung, eine Konferenz einzuberufen, auf deren Tagesordnung die Frage der Ruhrbesetzung stand. Diese Konferenz trat am 17. März in Frankfurt zusammen, aber sie fand keinen großen Widerhall: die reformistischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen waren nicht gekommen.

Als die Besetzung weiter ging, ereigneten sich Zusammenstöße zwischen den französischen Besatzungstruppen und deutschen nationalistischen Elementen, die nicht alle aus dem Ruhrgebiet stammten; an ihnen nahmen ehemalige Freikorpsmitglieder, die 1918, 1919 und 1920 eine konterrevolutionäre Rolle gespielt hatten, teil. Der Zwischenfall, der das größte Aufsehen erregte, war ein Sabotageakt, der unter Leitung eines Leutnants dieser Freikorps mit Namen Leo Schlageter verübt wurde. Er wurde verhaftet, zum Tode verurteilt und von einem französischen Erschießungskommando am 26. Mai hingerichtet. Diese Erschießung rief in ganz Deutschland ungeheure Erregung hervor. Zur gleichen Zeit, wo sich die Arbeiter im Ruhrgebiet im Kampf mit den Schwierigkeiten befanden, denen sie ausgesetzt waren, sahen sie sich sowohl seitens der Repression der französischen Besatzungsmächte wie auch der deutschen Polizei gegenüber, die darüber wachte, daß der „passive Widerstand“ nicht die Einrichtungen und das Eigentum der Kapitalisten in Frage stellte. [...]

Die Affäre Schlageter

Innerhalb der Leitung der KI war Radek mit den deutschen Problemen und der Politik der KPD befaßt. ... Während der vergangenen Monate waren in Deutschland und in der KI Diskussionen über die Haltung geführt worden, die man gegenüber den vom Nationalismus befallenen Massen einnehmen sollte. ... Die kommunistische Führung durfte nicht vernachlässigen, was sich bei der *Kleinbourgeoisie* tat, denn bei dem Kräfteverhältnis zwischen dem Kapital und der Arbeiterklasse stellte die Stimmung der verschiedenen kleinbürgerlichen Schichten ein wichtiges, manchmal sogar

entscheidendes Element dar. Das Problem, das sich hier auftrat, wurde für einen kurzen Zeitraum unglücklicherweise durch den „Schlageter-Kurs“ gelöst.

Aus der „Schlageter-Rede“ Radeks³:

„... wir glauben, daß die große Mehrheit der national empfindenden Massen nicht in das Lager des Kapitals, sondern in das Lager der Arbeit gehört. Wir wollen und wir werden zu diesen Massen den Weg suchen und den Weg finden. Wir werden alles tun, daß Männer wie Schlageter, die bereit waren, für eine allgemeine Sache in den Tod zu gehen, nicht Wanderer ins Nichts, sondern Wanderer in eine bessere Zukunft der gesamten Menschheit werden, daß sie ihr heißes, uneigennütziges Blut nicht verspritzen für die Profite der Kohlen- und Eisenbarone, sondern für die Sache des großen arbeitenden deutschen Volkes, das ein Glied ist in der Familie der um ihre Befreiung kämpfenden Völker ...“

Die KPD konnte offensichtlich nicht die weitverbreiteten nationalistischen Stimmungen in einer sich radikalierenden Kleinbourgeoisie wie auch bei einem Teil der Arbeiterklasse ignorieren. Wollte man den Zorn der Massen benutzen, so mußte man ihnen zeigen, wo die wahren Feinde waren, welches die Lösung war. Aber zwischen der „Schlageter-Rede“ und ihrer Richtigstellung hatte die KPD diese Orientierung in gewissem Umfang „angewandt“. Zusammenkünfte hatten stattgefunden, Auseinandersetzungen zwischen der KPD und nationalistischen Führern, wie der Graf Reventlow, waren geführt worden. Von einer legitimen Besorgnis bis zu einer falschen Linie war nur ein kurzer Weg gewesen. Die Folgen dieser plötzlichen Schwenkung sollten nicht unterschätzt werden ... Dies geschah in einem Moment, wo die deutsche Situation auf den Höhepunkt einer Krise zusteuerte; sie trug dazu bei, wenn auch vielleicht nur eine Zeitlang, die Parteimitglieder zu verwirren, und, mehr noch, ihre Aufmerksamkeit von der eigentlichen Orientierung abzulenken, der sie unter diesen Umständen hätten folgen müssen, von dem Ziel, auf das sie ihre Kräfte konzentrieren mußten, nämlich auf die *Einheitsfront der Arbeiterklasse*(,) *um sie zum Kampf um die Macht zu führen*. Denn die Ereignisse überstürzten sich mit atemberaubender Geschwindigkeit.

Der Generalstreik gegen die Regierung Cuno

Die Besetzung des Ruhrgebiets, dieses Bollwerks der deutschen Industrie, zog eine Art Grenze innerhalb Deutschlands; diese Tatsache und der „passive Widerstand“ brachten die Wirtschaft in beträchtliche Unordnung. Sie riefen

in Deutschland eine Inflation hervor, die sich in einer in der Vergangenheit nie erlebten Weise entwickelte und seitdem in einem Land mit fortgeschrittener kapitalistischer Wirtschaft nicht wieder aufgetreten ist. Im April 1922 war der Dollar ungefähr 1000 Mark wert. Im Verlauf des Jahres 1923 erhielt man für einen Dollar:

Mitte Februar	18 000 bis 20 000 Mark
im Mai	48 000 Mark
im Juni	110 000 Mark
im Juli	349 000 Mark
im August	4 600 000 Mark.

(W)ie sich diese Inflation auf die Bevölkerung auswirkte.

Die Preise hatten keinerlei Bedeutung mehr. Außer Spekulanten und Wucherern, die wahnsinnige Zinsen forderten, außer Industriellen, die ihre Waren im Austausch gegen Dollars oder andere stabile Devisen exportierten, wurde die gesamte Bevölkerung gegen Ende des Frühlings und zum Sommerbeginn in immer tieferes Elend und allgemeine Unsicherheit gestürzt.

Am schwersten wurden von der Inflation die getroffen, die nur über feste Einkommen verfügten: die Rentner, Pensionäre usw. Dies galt auch für Kleineigentümer, die von den Mieten einiger Mieter lebten: entweder waren die Mieten entwertet, oder der Verkauf ihres Eigentums brachte Papiergeld, dessen Wert rapide sank. Die Arbeiter hatten eine Zeitlang Widerstand leisten können, jedoch nicht für lange, da die Löhne solchen Preiserhöhungen nicht folgen konnten. Die Arbeiterorganisationen waren ebenfalls trotz der politischen Möglichkeiten der Situation in ihrer Tätigkeit behindert; die Beiträge verloren jede Bedeutung und die Gehälter der Hauptamtlichen erlitten das gleiche Schicksal wie die Löhne in den Unternehmen. [...]

[Die Radikalisierung der arbeitenden Massen]

Diese Situation führte zu einer erheblichen Radikalisierung. Der Klassenkampf dehnte sich immer weiter aus. Die arbeitenden Massen, die sich einer dauernden Verschlechterung ihrer Bedingungen gegenüber sahen, gingen zu Aktionen über, die nicht im Rahmen der bürgerlichen Legalität bleiben konnten; sie wandten sich gegen ihre Unternehmer, gegen den Staat und gegen alle Autoritäten. Mit jeder Woche nahmen Streiks, Demonstrationen und Zwischenfälle auf den Straßen zu. Andererseits wuchs die Stärke der Faschisten, besonders in Regionen wie in Bayern, und sie

gingen mit Unterstützung von Militärkräften zur Aktion über. Eine allgemeine Unruhe breitete sich aus. In dieser Situation voller Ungewißheit ergriff die KPD die Initiative und organisierte für den 29. Juli einen „antifaschistischen Tag“. Außer in Sachsen und Thüringen verboten die Länderregierungen – angefangen in Preußen, dessen Innenminister der Sozialdemokrat Severing war – die Demonstrationen. Die KPF-Führung war geteilter Meinung, wie man auf dies Verbot antworten sollte, denn es war nicht möglich, sich über es hinwegzusetzen, ohne sich im klaren zu sein, wie man bewaffneten Aktionen von oben begegnen würde. Schließlich beschloß sie, dort Versammlungen in Sälen zu veranstalten, wo die Demonstrationen verboten waren.

Einige Tage später nahm die Situation plötzlich eine scharfe Wendung, die auch für die KPD-Führung unerwartet kam. Der Reichstag war für den 8. August einberufen worden; die Regierung Cuno, die am Jahresanfang zum „passiven Widerstand“ aufgerufen hatte, verlangte ein Vertrauensvotum. Das wirkte wie ein Signal: Streiks und Demonstrationen vervielfachten sich. Am 10. August wurde bei der Berliner Untergrundbahn und den anderen Verkehrsbetrieben gestreikt, wie auch bei den Druckern, vor allem bei der Reichsbankdruckerei, die das Papiergeld produzierte. Zusammen mit dem Steigen der Preise und dem Sturz der Mark ergab sich daraus eine undurchschaubare Lage. Der Streik verallgemeinerte sich in Berlin und im ganzen Lande. Die Demonstrationen breiteten sich aus, fast überall gab es im Lande ein völliges Durcheinander, und in zahlreichen Orten begannen die Polizeikräfte mit Schießereien, die Tote und Verwundete forderten. Am 11. August stellte eine Versammlung der Fabrikkomitees von Berlin und Umgebung folgendes Forderungsprogramm auf:

1. Sofortiger Rücktritt der Cuno-Regierung,
2. Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung,
3. Beschlagnahme der Lebensmittel und ihre gerechte Verteilung unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen,
4. Sofortige offizielle Wideranerkennung der Arbeiter-Kontrollkommissionen,
5. Aufhebung des Verbots der proletarischen Hundertschaften,
6. Sofortige Festsetzung eines Stunden-Mindestlohnes von 60 Goldpfennigen,
7. Beschäftigung aller Arbeitslosen in der Produktion,
8. Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Demonstrationsverbotes,
9. Sofortige Freilassung der verhafteten politischen Arbeiter.

Dieses Programm legte für den gewachsenen Einfluß der KPD in den Betrieben Zeugnis ab. Besprechungen fanden zwischen den Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei statt, wie man vorgehen sollte, aber sie führten zu nichts, weil am gleichen 11. August die Regierung Cuno zurücktrat, da sie sich nicht imstande sah, in dieser Situation eine Lösung zu finden; und am 12. August wurde in aller Eile eine Regierung unter der Leitung Stresemanns gebildet. Dies war eine Regierung der Großen Koalition, von der schon seit geraumer Zeit die Rede gewesen war – eine Regierung, die die Rechtsradikalen und klar ersichtlich die KPD ausschloß. Die Sozialdemokraten kehrten in die Regierung zurück, in der sie seit dem Sturz des Ministeriums Wirth und der Bildung der Regierung Cuno im November 1922 nicht mehr gewesen waren. Stresemann war der Führer der *Volkspartei*, einer Partei der Industriellen.

[Die Entwicklung des Einflusses der KPD]

Arthur Rosenberg⁴ erklärt kategorisch: „Ohne Zweifel hatte im Sommer 1923 die KPD die Majorität des deutschen Proletariats hinter sich.“ Stimmt Ossip Flechtheim⁵ dem auch nur in geringerem Maße zu, so führt er viele Fakten an, die in diese Richtung weisen: „... Man kann also wohl abschließend feststellen, daß 1923 die KPD zumindest eine starke Minderheit der gewerkschaftlich organisierten und vielleicht sogar die Mehrheit der unorganisierten Arbeiter hinter sich hatte.“

Die Auffassungen Flechtheims und Rosenbergs ... werden ebenfalls vom Sozialisten (Julius) Braunthal⁶ gestützt, der lange Zeit zwischen den beiden Kriegen mit Fritz Adler im Sekretariat der Sozialistischen Internationale zusammenarbeitete:

„Die Inflation hatte das finanzielle Rückgrat der Gewerkschaften gebrochen; die Mitgliedsbeiträge waren wertlos geworden, die gewerkschaftlichen Beamten konnten nicht bezahlt werden, die Streikfonds waren in Nichts zerronnen. Die Arbeiter fielen zu Hunderttausenden von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ab, die ihnen nicht zu helfen wußten, und strömten den Kommunisten zu, deren radikale Sprache zumindest ihrer Verbitterung Ausdruck gab ...“

Der Generalstreik war weder von der sozialdemokratischen Parteileitung noch von der kommunistischen geplant gewesen. Er war ein elementarer Ausdruck der Verzweiflung und Erbitterung der Arbeiter über unerträgliche Not. Er stand unter der Führung kommunistischer Betriebsräte, die erwarteten, ihre Parteileitung würde den Generalstreik zur Revolution weitertreiben ...“

ANHANG I

Dieser Aufruf der *Kommunistischen Jugendinternationale* wurde in den Farben der Trikolore gedruckt und rief die französischen Soldaten auf, mit dem deutschen Proletariat zu fraternisieren.

„Aux Soldats Français!“ in der Übersetzung von J. Schäfer:

An die französischen Soldaten!

Der Krieg ist wieder da! Dies ist das Ergebnis von 14 Spaziergängen der Diplomaten an der Riviera und im belgischen Badeort Spa und der letzten Konferenz in Paris. Schneider und Loucheur sowie die Herren der Hüttenindustrie haben schließlich ihr Ziel der Besetzung des Ruhrgebiets erreicht, dessen reiche Kohlevorkommen ihre Profite erhöhen sollen.

Französische Soldaten, Arbeiter in Uniform, ihr seid auf Befehl eurer Ausbeuter ins Ruhrgebiet gekommen, um die deutschen Arbeiter, die bisher von ihrer eigenen Bourgeoisie ausgebeutet werden, unter das Joch der französischen Kapitalisten zu bringen.

Eure Offiziere sagen euch: „Ihr kämpft nicht gegen das Proletariat, sondern gegen den Kapitalismus.“ Das ist eine Lüge.

Die Besetzung ist gegen die Arbeiterschaft gerichtet!

Französische Soldaten! Glaubt nicht, daß die deutsche Bourgeoisie unter dieser Expedition der französischen Kapitalisten leiden wird. Sobald sie sich über die Aufteilung der Profite für beide Seiten zufriedenstellend geeinigt haben, werden das Komitee der französischen Hüttenindustrie und das deutsche Kohlesyndikat ein Kartell bilden. Loucheur genauso wie Stinnes und Schneider genauso wie Thyssen werden auf dem Rücken der deutschen Arbeiter fabelhafte Gewinne einfahren und ihre Macht ausbauen: Der deutsche „Märtyrer“ Stinnes wird den 10-Stundentag bekommen, den er seit Monaten fordert und Stinnes wird sich die Eisenbahn unter den Nagel reißen.

Französische Soldaten! Damit wird das Glend des deutschen Proletariats nur noch vergrößert und euch macht man dafür zu Komplizen. Hier wie in Frankreich wird die Reaktion hart zuschlagen. Die deutsche Bourgeoisie fürchtet, daß sich das deutsche und das französische Proletariat zusammenschließen, und will deswegen den Belagerungszustand ausrufen und die Macht an die Organisationen von Orguesch, Hoßbach usw. übertragen.

Französische Soldaten! Ihr seid Instrumente des französischen Kapitalismus, der französischen Reaktion, die die französischen Proletarier ins Gefängnis werfen, wenn sie es wagen, ihre Stimme zugunsten ihrer deutschen Brüder zu erheben. Zusätzlich werdet ihr auch noch Instrumente der deutschen Reaktion, wenn ihr mit der Besetzung die Stärkung der chauvinistischen Kampagnen ermöglicht.

Französische Soldaten! Man benutzt euch nicht nur gegen eure deutschen Brüder, sondern auch gegen eure eigenen Interessen, gegen eure französischen Brüder, denn die niedrigen Löhne der deutschen Arbeiter werden die Löhne in Frankreich drücken und die Arbeitslosigkeit erhöhen.

Die Bosse der französischen Hüttenindustrie werden billige Kohle bekommen, während die Könige der deutschen Bergwerke sich bereits mittels erdrückender Steuern, die das deutsche Proletariat aufbringen muß, entschädigen lassen.

Französische Soldaten! Euer Platz ist an der Seite der deutschen Arbeiter.

Verbrüderet euch mit dem deutschen Proletariat!

Französische Soldaten! Euer Kampf muß sich gemeinsam mit dem deutschen Proletariat gegen die vereinigten Bourgeoisien richten, für die Aufhebung der Friedensverträge, die neue Kriege hervorbringen;

für die Durchsetzung von Arbeiterregierungen in allen Ländern, um dem Krieg und der Reaktion ein Ende zu bereiten und den Frieden und die Freiheit der Arbeitenden zu sichern.

Die Kommunistische Jugendinternationale fühlt sich aufgrund ihres hartnäckigen Kampfs, den sie seit eh und je gegen den Krieg führt, dazu verpflichtet, sich im Namen von Millionen junger Arbeiter und Bauern an euch zu richten. Wenn der Krieg ausbricht, werden sie, genauso wie ihr, die ersten Opfer des Imperialismus sein. Sie wollen nicht Instrumente der internationalen Reaktion sein.

Eure Brüder in allen Ländern richten den Blick auf euch.

Die Verbrüderung alle Proletarier, in Kitteln, in Holzschuhen oder in Uniform, ist die Lösung der Stunde.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale

ANHANG 2

Die Rote Fahne, 9.1.1923; *Humanité*, 10.1.1923⁷:

„Euer Feind ist nicht der französische Soldat, auch nicht der französische Arbeiter noch der französische Kleinbauer, die gleich Euch Ausgebeutete und Opfer der Bourgeoisie sind. Euer gemeinsamer Feind ist der deutsche und der französische Kapitalist. (...) Solange der Versailler Vertrag nicht durch den gewonnenen Kampf des internationalen Proletariats zerrissen sein wird, zwingt Eure Bourgeoisie, die Lasten des Krieges auf sich zu nehmen, die sie bis jetzt auf Euch abgewälzt hat.“

1 Joachim Schröder: Deutsche und französische Kommunisten und das Problem eines gemeinsamen Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung. In: Gerd Krumeich/Joachim Schröder (Hg.): *Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923*. Essen 2004, S. 169–186, ebd. S. 172

2 Siehe Anhang 1.

3 Dietrich Möller: *Karl Radek in Deutschland. Revolutionär, Intrigant, Diplomat*. Köln 1976, S. 249. Im Original Kursivierungen.

4 Arthur Rosenberg: *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik*. Frankfurt/Main 1955, S. 406

5 Ossip K. Flechtheim: *Die KPD in der Weimarer Republik*. Offenbach 1948, S. 89–91

6 Julius Braunthal: *Geschichte der Internationale*. Band 2. Hannover 1963, S. 296, 299

7 Joachim Schröder, a.a.O., S. 171



NEU bei ISP



Wolfgang Alles
Für Einheitsfront gegen Faschismus

Zur Politik und Geschichte der Linken Opposition ab 1930

Wissenschaft&Forschung 1
Aktualisierte Neuausgabe
305 Seiten, 29,80 €
ISBN 978-3-89900-001-6

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Hermann Weber und einem Nachwort des Autors zum aktuellen Forschungsstand. Gegenüber der Erstausgabe wurden weiterhin Kurzbiographien von Mitgliedern der LO und der IKD sowie Abbildungen der Publikationen der LO und der IKD hinzugefügt.

1930 gründete sich die Linke Opposition der KPD (LO). *Wolfgang Alles* zeichnet mit seiner »Pionierleistung« (Prof. Dr. Hermann Weber) fundiert Politik und Geschichte der Linken Opposition der KPD ab 1930 nach. Die LO entwickelte eine realistische Alternative zu dem Versagen der Führungen von SPD, KPD und Gewerkschaften im Kampf gegen den Faschismus. Eine Alternative, deren Grundgedanken für den heutigen Kampf gegen die neuerliche faschistische Bedrohung sehr aktuell sind.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

100 JAHRE FASCHISMUS: 1922–2022

„Es ist möglich, sich auf Analogien zu berufen, ja, man kommt ohne sie gar nicht aus, will man aus der Vergangenheit lernen und die Geschichte nicht stets wieder von vorn anfangen.“ Trotzki, 1929¹

■ **Helmut Dahmer**

I

„Begriffe bilden sich historisch heraus“, schrieb Max Horkheimer 1941 in seinen „Bemerkungen zur Tätigkeit des Instituts“, nämlich des Frankfurter „Instituts für Sozialforschung“, dessen Mitglieder, soweit sie sich aus Hitlerdeutschland retten können, in den USA ihre Arbeit fortsetzten.² Begriffe benennen zunächst eine bestimmte historische Erfahrung, überliefern sie der Erinnerung und legen damit den Grund zur möglichen Entwicklung eines Typus. Der neue Name gilt der Spezifik eines als „neuartig“ erfahrenen Phänomens, sei es die Geburt eines neuen Stils in Malerei, Musik oder Literatur, sei es das Aufkommen einer neuartigen politischen Herrschafts- oder Umsturzpraxis. Der allmählich sich entfaltende Begriff dient zunächst zur Unterscheidung des Novums von scheinbar ähnlichen, bereits bekannten Phänomenen; zudem ermöglicht er aufschlussreiche Vergleiche mit künftigen Praxen und Ereignissen, die dem Original-Ereignis mehr oder weniger ähneln, daran erinnern. Der Bezug des Kernbegriffs zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft macht ihn interessant und verleiht ihm innere Elastizität und Lebendigkeit. Er wird beständig erweitert und modifiziert, gewinnt an historischer Substanz und verändert seine Bedeutung: Seine Reichweite wird gedehnt, auch überdehnt, und dann wieder – um der Spezifik des Gemeinten willen – eingeeengt. Schließlich ruft seine Nennung eine ganze Reihe von historischen Erfahrungen auf – er wird zu deren *Kondensat*.

II

Die Entwicklung des politischen Begriffs „Faschismus“ währt nun schon ein Jahrhundert. Er bezeichnete zunächst die Kampfbünde Mussolinis und deren Aufgabe, die anarchokommunistisch, internationalistisch und pazifistisch orientierten italienischen Arbeiter- und Räteorganisationen der ersten Jahre nach dem Ersten Weltkrieg gewaltsam niederzuschlagen. Mussolini gewann mit seiner ultranationalistisch-kolonialistischen Ideologie und Politik die tatkräftige Unterstützung der besitzenden, also zahlungsfähigen Klasse (Landbesitzer, Industrielle, Bankiers) und diejenige der Exekutivorgane (Heer, Polizei, Monarchie). Hitler, Dollfuss und Salazar (1933), Metaxas (1935), dann Franco (1936) und im Weiteren eine ganze Reihe von osteuropäischen und lateinamerikanischen diktatorischen Regimen versuchten, unter Berücksichtigung nationaler Besonderheiten Mussolinis Beispiel zu folgen.

Die *Funktion* der faschistischen Bewegungen und Regime war (und ist) es, die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der kapitalistischen Wirtschaft nach den beiden verheerenden „Weltkriegen“ und in der Krise unserer Gegenwart gewaltsam zu sichern. Das heißt: Die Kontrolle über die nationalen Wirtschaften – und über deren Verkettung mit der Weltwirtschaft – bleibt einer schrumpfenden Gruppe von Finanzkapitalisten überlassen, die ausschließlich auf maximale Gewinne (Kapitalakkumulation) aus und in der Lage ist, Parteien, Massenmedien und paramilitärische Verbände zu finanzieren, sofern sie den für sie günstigen Status quo ab-

sichern. Dieser Status quo bedeutet: Permanente Kriege um Bodenschätze, Absatzmärkte und Einflusszonen; Verelendung ganzer Bevölkerungen in den „unterentwickelt“ gehaltenen und von Kriegen verheerten Ländern, Verwüstung unseres Habitats durch Erwärmung des globalen Klimas.

Die Praxis faschistischer Demagogen (ob Strache, Gauland, Höcke, Salvini oder Bolsonaro), ihrer Organisationen (braun oder blau) und Diktatoren besteht in der Agitation und Mobilisierung erstens derjenigen Teile der ständig wachsenden lohnabhängigen Bevölkerung, die keine Arbeit finden oder noch nie Arbeit hatten und darum zu Almosenempfängern geworden sind, zweitens der schrumpfenden, scheinsebständigen, „verunsicherten“ Zwischenschichten und drittens der hoffnungslosen und desorientierten, darum zu allem fähigen Paria-Schichten. Aus diesen Massen von unselbständigen, orientierungslosen, verängstigten Menschen schmieden die Agitatoren-Diktatoren *Gefolgschaften*, denen sie – als vermeintlich ebenfalls „kleine“, demnächst aber große und in jedem Fall *starke* Männer (oder auch Frauen) Besserung versprechen: vor allem eine Abrechnung mit den vermeintlich an ihrer Misere Schuldigen.

Die faschistischen Agitatoren sind Meister in der *Lenkung der Ressentiments* ihrer Klientel. Sie zeigen ihr die „wahren Schuldigen“ – wehrlose Minderheiten (Juden, Zigeuner, „Asoziale“; „Volksfeinde“, „Volksverräter“ und *Fremde* aller Art: Ausländer, Flüchtlinge, MigrantInnen, Linke und Gewerkschafter, Andersgläubige und Atheisten, Homosexuelle und andere *Abweichler* – und stellen ihnen deren Pauperisierung und „Beseitigung“ in Aussicht. Je nach Kräfteverhältnis und Volksstimmung läuft das auf Reglementierung und Konzentration in „Lagern“ dieses oder jenes Typs, gezielte Verelendung, Enteignung, Ausweisung, Vertreibung oder „Liquidierung“ hinaus.

Als Ultra-Nationalisten versprechen die faschistischen Demagogen die gewaltsame *Rettung* (Wiederherstellung, Verteidigung und ruhmreiche Vergrößerung) *der Nationalstaaten*, die seit 100 Jahren ständig an wirtschaftlicher und politischer Bedeutung verlieren. Das soll zum einen durch die „Sicherung“ der nationalen Grenzen gewährleistet werden – also durch Wälle und Mauern, Polizei- und Militärpatrouillen, Lager innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen –, zum andern durch gewaltsame Rücktransporte in als „sichere Zufluchtsstaaten“ ausgegebene außereuropäische bzw. mittelamerikanische Länder, deren politische Führungen zu diesem Zweck großzügig bestochen werden. Durch diese und ähnliche Maßnahmen sollen Millionen von Kriegs-, Hunger- und Klimaflüchtlingen abgeschreckt werden, die versuchen, dem Elend ihrer afrikanischen,

lateinamerikanischen oder mittelöstlichen „Heimat“-Länder zu entkommen, und die an die Türen der wenigen *Wohlstandsoasen* hämmern, Einlass begehren und ihren Teil am Weltreichtum einfordern.

Zudem wird den Erniedrigten und Beleidigten der hochentwickelten Oasenländer eine *Homogenisierung* ihrer ethnisch inhomogenen Gesellschaften in Aussicht gestellt, also eine bevölkerungspolitische „Säuberung des jeweiligen Volkskörpers“ von allen Menschen, die nicht seit Generationen schon in dem jeweiligen Land ansässig waren und dessen – als „glorreich“ fingierte – Geschichte geteilt haben. Dieses rassistische Homogenisierungsprogramm ist eine Kriegserklärung an alle für *nicht zugehörig* erklärten Menschen innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen. Abgesehen von der Hoffnung auf einen künftigen Anteil am Raubgut durch „Arisierungs“-Maßnahmen oder „gerechte“ Kriegszüge ist es vor allem die Prämie, die den „Nichtgehörten“ und „Abgehängten“ allein dadurch zufällt, dass ihre Demagogen sie zu den einzig Hierseins- und Daseinsberechtigten erklären, was sie dann dazu bewegt, dieser Sorte von „Volkstribunen“ ihre Stimmen und ihre Fäuste zu leihen.

Im Laufe der vergangenen 150 Jahre haben sich die modernen Gesellschaften Europas und Amerikas aus Gesellschaften kleiner und mittlerer Eigentümer in *Gesellschaften abhängig Beschäftigter* verwandelt. Diese Umbildung der Sozialstruktur hat das Aufkommen von neuartigen, „*massenfeindlichen Massenbewegungen*“ (Horkheimer-Adorno) ermöglicht, mit deren Hilfe demokratische Strukturen zertrümmert und durch jene „totalitären“ Regime ersetzt wurden, die Millionen von Menschen verschlangen. Das Leben in „Abhängigkeit“ und die Erfahrung, dass totalitäre Regime in der Lage sind, *straflos* jede „autonome“ Regierung in der Bevölkerung zu ersticken, hat die *Widerstandskräfte* gerade in den höchst entwickelten Ländern *nachhaltig geschwächt*. Die oft beklagte politische Apathie weicher Teile der Bevölkerung hat darin ihren Grund. Überwiegen sogenannte autoritäre (oder faschistoide) Charaktere, die sich konformistisch, also autoritätshörig verhalten, alles Abweichende hassen, zu Projektionen, zum Aberglauben und zur Stereotypisierung neigen, dann steht es um die Verteidigung der wenigen parlamentarischen Republiken – geschweige denn um deren ausstehende wirtschaftsdemokratische Fundierung – schlecht. Darum wiederholt sich gegenwärtig in Europa und Amerika die aus den dreißiger Jahren bekannte *Mutation* schwächelnder parlamentarischer Regime zu autoritären (Polen, Ungarn, Italien usw.). Der Putsch-Versuch von vielen Hunderten von Trump-Anhängern – hinter denen 74 Millionen Trump-Wähler

standen –, die am 6. Januar 2021 durch ihren „Marsch aufs Kapitol“ den abgewählten Präsidenten gewaltsam an der Macht halten wollten, war ein Alarmsignal.

Schon in den dreißiger Jahren waren die unter einander zerstrittenen Parteien, die für eine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus eintraten und an das Selbsterhaltungs-Interesse der Bevölkerung appellierten („Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“), außerstande, durch die Bildung einer Arbeitereinheitensfront den Sieg der faschistisch begeisterten Massen und ihrer mächtigen Verbündeten zu verhindern. Die Erinnerung an das Desaster, zu dem die nationalen Aufbrüche der dreißiger Jahre führten, ist aber inzwischen verblasst, und das Interesse, die eigenen Privilegien auf Kosten möglichst vieler anderer zu verteidigen und auszubauen, treibt ein Fünftel oder gar ein Drittel der Bevölkerung der höchstentwickelten Staaten rechten Demagogen zu, die heute wie gestern versprechen, *die gesellschaftliche Entwicklung aufzuhalten oder umzukehren* und all’ diejenigen zu beglücken, die „zu uns“ (also zum *eigenen* Volksstamm) gehören.

Nach ihrer militärischen Niederlage im Zweiten Weltkrieg und der Bekanntmachung des zuvor öffentlichen Geheimnisses des Genozids an den europäischen Juden durch die Nürnberger und die Auschwitz-Prozesse leugnete ein Teil der deutschen Faschisten hartnäckig ihre Untaten; deren Mehrheit zog es freilich vor, einfach ihren politischen Namen zu wechseln. In den Ländern „ohne Juden“ gab es darum plötzlich auch keine Faschisten mehr.

Die Faschisten oder Nazis von heute („Neonazis“) sind solche, die nicht mehr bei ihrem richtigen (Partei-)Namen genannt werden wollen; *sie treten unter Pseudonymen auf* und betonen gern ihre Sympathie für den israelischen Staat in Palästina. Das Programm dieser heutigen Faschisten, die gerade drauf und dran sind, sich wie in den dreißiger Jahren zu einer Internationale der Nationalisten zusammenzuschließen, gleicht dem ihrer Vorgänger aufs Haar. Gegen die Herrschaft der Finanzkapitalisten haben sie nichts einzuwenden – im Gegenteil. Sie hoffen, dass diese sie in der nächsten Krise zu Hilfe rufen und dann für ihre Dienste fürstlich belohnen. Sie kämpfen gegen die Gleichberechtigung von „Rassen“, Völkern und Klassen; sie versprechen, den jeweiligen Nationalstaat durch „Homogenisierung“ der „angestammten“ Bevölkerung, autarke Wirtschaftspolitik und Abschottung gegen Migranten zu verteidigen; sie geloben, die Stammbevölkerung gegen „Umvolkung“ zu schützen und deren „heimische“ Kultur (die sogenannten „überkommenen“ Werte) vor „Überfremdung“ zu bewahren. Erweist dies Programm sich als utopisch, so werden

sie – wie ihre Vorgänger – nicht zögern, es gewaltsam in die Tat umzusetzen, gleichgültig, wie viele Opfer das fordert.

III

Trotsky hat seine Drei-Klassen-Theorie des (deutschen) Faschismus zuerst 1929 am Beispiel Österreichs entwickelt.³ Seine Interpretation wurden durch eine Reihe von anderen, ebenfalls marxistisch orientierten und nicht stalinistisch gebundenen Autoren bestätigt und ergänzt.⁴ Fassen wir das Ergebnis dieser historischen Analysen kurz zusammen:

1 *Das Reservoir*, aus dem die faschistische Bewegung ihre Wähler und die Mannschaften ihrer paramilitärischen Verbände rekrutierte, bildeten in erster Linie die verarmten, orientierungslosen Zwischenschichten – der alte Mittelstand der Bauern, der Beamten, der mittleren und kleinen Selbständigen und Freiberufler, sowie der „Neue Mittelstand“, die seit 1880 sprunghaft angewachsenen Angestelltenheere. Anfällig für eine faschistische, gewaltsame „Lösung“ ihrer Probleme waren die dezimierte, traumatisierte, auf Revanche sinnende Frontgeneration, der von den sozialistisch-kommunistischen Parteien enttäuschte Teil der Arbeiterschaft, die millionenstarke Arbeitslosen-„Reservearmee“ und das Lumpenproletariat.⁵ Einmal mit Rückendeckung von Reichswehr und Industrie und mit Zustimmung der bürgerlichen Parteien an die Macht gelangt, besetzten die Führungs-Kader der faschistischen Bewegung Schlüsselpositionen der Exekutive und kooperierten mit den traditionellen „Funktionseliten“. Die paramilitärischen Verbände verschmolzen mit den bestehenden Polizeiorganisationen zu einem *terroristischen Staat im Staat*. Neben den staatseigenen Betrieben entstand ein parteieigener Wirtschaftssektor, und die oligopolistisch strukturierte Privatwirtschaft wurde „befehlswirtschaftlich“ dirigiert. Der faschistische Staat ließ sich (mit Fraenkel) als ein „Doppelstaat“⁶ oder auch (mit Neumann) als ein polyzentrischer „Nichtstaat“ oder „Unstaat“⁷ charakterisieren.⁸

2 *Förderer und Nutznießer* der faschistischen Bewegung und der faschistischen Diktatur waren in erster Linie die Industrie- und Finanzkapitalisten sowie die Großgrundbesitzer. Die Wirtschaftskrise von 1929 bewog sie, anstelle der zur Durchsetzung *ihrer* Interessen zunehmend untauglichen („ineffizienten“) parlamentarischen Demokratie – die allgemeine Menschen- und Bürgerrechte, die Gewaltenteilung, die Existenz von Arbeiterparteien und Gewerkschaften garantierte – ein autoritäres Regime zu favorisieren.⁹ Sie ließen sich auf das riskante Bündnis mit der faschistischen Massenbewegung ein, die in der Lage

schien, unter Rückendeckung durch Armee und Bürokratie die Organisationen der gespaltenen, sozialdemokratisch-kommunistischen Arbeiterbewegung zu zerstören und dadurch eine nachhaltige Senkung der Lohnkosten zu ermöglichen. Die planmäßige Umstellung auf Rüstungs- und Kriegswirtschaft, bei der die „Wirtschaftsführer“ der Konzern-Zentralen mit denen der neuen, faschistischen Ministerien Hand in Hand arbeiteten, ermöglichte die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit und eine Beschleunigung der Konzentration des Kapitals auf Kosten kleiner und mittelständischer Unternehmen. Die Aussicht auf die Erweiterung der Firmen-Imperien in einem unter deutsch-faschistischer Hegemonie vereinten Europa, auf die Kontrolle über neue Rohstoffquellen, Arbeitskraft-Reservoirs und Absatzmärkte, bewog die Herren der Wirtschaft zur dauerhaften Kooperation mit der Naziführung. Nach den ersten außenpolitischen „Erfolgen“ des Regimes wuchs die Kriegsbereitschaft bei Gefolgschaft und Generalität.¹⁰

3 Das *faschistische Programm* aktualisierte die antimodern-konservative Ideologie und griff zugleich – im Hinblick auf die desorientierten Unter- und Mittelschichten, die für die faschistische „Lösung“ gewonnen werden sollten – auf den Fundus antikapitalistischer Ideen zurück. *Gemeinschaft* wurde gegen Gesellschaft ausgespielt, eine *rustikale Lebensform* gegen die intellektuell-urbane, kosmopolitische, die „Ideen von 1914“ gegen die von 1789, der *Ethnozentrismus* (die Nation) gegen den Universalismus (oder den Internationalismus); Militarismus und Heroismus wurden gegen den Pazifismus, der *Sozialdarwinismus* gegen den Egalitarismus ins Feld geführt ... Die Widersprüche dieser buntscheckigen Programmatik wurden durch die Beschwörung einer ebenso grandiosen wie imaginären völkischen Vergangenheit und durch die Vision einer heldischen Zukunft als „Herrenvolk“ kaschiert und durch die Ausrichtung der Partei- und „Volksgenossen“ auf den „Überlebenskampf“ im *Zwei-Fronten-Krieg gegen Kreml und Wallstreet* (beziehungsweise die „Plutokratien“) als Zitadellen des „jüdischen Bolschewismus“ überblendet. Nach der „Machtergreifung“ wurde im Juli 1934 die SA-Führung um Ernst Röhm „ausgeschaltet“, um den „nationalbolschewistisch“ orientierten Teil der NS-Gefolgschaft niederzuhalten. Die destruktiven Energien der von einem Netz von Parteiorganisationen erfassten und permanent mobilisierten Anhänger, Sympathisanten und Mitläufer wurden genutzt, um mit Regimegegnern, missliebigen Minderheiten wie der jüdischen, mit „Asozialen“, „Schädlingen“ und Nicht-Volkszugehörigen aller Art „abzurechnen“ und deren Hab und Gut zu „arisieren“. So wurde in den dreißiger Jahren

die terroristisch hergestellte „Volksgemeinschaft“ zuerst zu einer *Schuld- und* dann, im Krieg, zu einer verschwiegene *Mordgemeinschaft*. Der NS-Raub- und „Versorgungsstaat“, der den „Volksgenossen“ bis zum Kriegsende ausreichende Rationen garantierte, um sich ihrer Loyalität zu versichern, wurde durch das umfassende Kontrollsystem von NSDAP, Gestapo und SS wirkungsvoll ergänzt. Die Existenz der über das ganze Land verstreuten Folter- und Hinrichtungsstätten, das öffentliche Geheimnis der „Euthanasie“-Morde, der Schrecken des dichten Netzes der Zwangsarbeits- und Vernichtungslager, von denen jeder wusste und keiner sprach, bewirkte – im Zusammenspiel mit „repressiver Entsublimierung“¹¹ – ein hohes Maß von Konformität und verhinderte die Bildung einer Oppositionsbewegung, die in der Lage gewesen wäre, den alliierten Armeen zuvorzukommen und das faschistische Regime zu stürzen.

IV

Trotzki war der *einzig* Sozialwissenschaftler, der in dem Jahrzehnt zwischen 1929 und 1939/40 *sowohl* die Entwicklung des Hitler-Faschismus in Deutschland und Österreich *als auch* diejenige der stalinistischen Diktatur in der Sowjetunion fortlaufend analysierte.¹² Das Spezifikum seiner zeitgenössischen Situationsdeutungen bestand darin, dass er nicht nur (der Losung Ferdinand Lassalles entsprechend, jederzeit furchtlos „auszusprechen, was ist“) die jeweiligen „Lage“ – die Kräfteverhältnisse der Klassen und ihrer politischen Organisationen – diagnostizierte, sondern aus dieser *Diagnose* eine *Prognose* der wahrscheinlichen weiteren Entwicklung *und Handlungsanweisungen* für die Gruppen und Parteien der politischen Avantgarde ableitete. Er war der bedeutendste *Alternativen-Denker* unter den marxistischen Theoretikern seiner Generation.¹³

Trotzki war kein „Prophet“, sondern ein Prognostiker. Seine Prognosen beruhten auf Gedankenexperimenten und historischen Analogien, auf dem Abwägen verschiedenartiger Entwicklungsmöglichkeiten, auf dem gedanklichen Operieren mit Tendenzen und Gegentendenzen unterschiedlicher Durchsetzungskraft. Lassen sich *partielle Analogien* zwischen einer bereits modellierten Vergangenheit und dem aktuellen Geschehen aufspüren, lassen sich auch mehr oder weniger wahrscheinliche *Varianten der weiteren Entwicklung* antizipieren. Solche Konjekturen bleiben stets ungewiss, und so finden sich bei Trotzki neben erstaunlich treffsicheren Vorhersagen auch nicht wenige Fehlprognosen. Ohne Gedankenexperimente (Rekonstruktionen und Antizipationen) ist aber eine Orientierung über Vergangenheit und Gegenwart nicht zu haben. Die Einbildungskraft, die

Fähigkeit, auch das, was noch nicht ist, präzise sich vorzustellen und diese Vision auszugestalten, ist dem Künstler, dem guten Historiker und dem Revolutionär eigen. Aus dem vorliegenden „Material“, den Faktoren und Fakten von heute, schließen sie auf deren Wirkung, also auf die zu erwartenden „Tathandlungen“ und „Tatsachen“ von morgen und übermorgen. Jede Darstellung der Fakten bedarf des Vorgriffs auf ihren Zusammenhang, also einer Fiktion, die sich im Weiteren bewährt oder auch nicht. Ohne Hypothesen, die unsere Aufmerksamkeit lenken und dem, was wir suchen, erst Bedeutung verleihen, können wir Tatsachen weder entdecken, noch konstatieren. Erst vor dem Hintergrund von Fiktionen (oder Theorien) erscheinen die Fakten als Fakten.

Was Trotzki's Analysen der Agonie der Weimarer Republik (und der Komintern) anlangt, war sein Versuch von größter Bedeutung, die verfeindeten Arbeiterorganisationen der Kommunisten und der Sozialdemokraten zu einer *Einheitsfront* zu bewegen, die imstande gewesen wäre, den Kampf mit den „braunen Bataillonen“ aufzunehmen. Für den Fall, dass sie nicht rechtzeitig zustande käme, sah er die Vernichtung der deutschen Arbeiterorganisationen voraus und – als deren Folgen – einen neuen Weltkrieg, den Überfall auf die Sowjetunion und das, was wir heute den „Holocaust“ nennen.

„Arbeiter-Kommunisten, Ihr seid Hunderttausende, Millionen; Ihr könnt nirgendwohin wegfahren, für Euch gibt es nicht Reisepässe genug. Wenn der Faschismus an die Macht kommt, wird er wie ein furchtbarer Tank über Eure Schädel und Wirbelsäulen hinwegrollen. Rettung liegt nur in unbarmherzigem Kampf. Und Sieg kann nur das Kampfbündnis mit den sozialdemokratischen Arbeitern bringen. Eilt, Arbeiter-Kommunisten, Ihr habt nicht mehr viel Zeit!“¹⁴

Wien, 4. Juli 2022

1 Léon Trotsky, „Où va la république soviétique?“ (25. 2. 1929), in: Trotsky; Œuvres, 2. Série, tome III, Paris (Institut Léon Trotsky) 1989, S. 165 f.

2 Max Horkheimer, „Zur Tätigkeit des Instituts, Forschungsprojekt über den Antisemitismus“ (1941), in: Horkheimer, *Gesammelte Schriften*, Band 4, Frankfurt (Fischer) 1988, S. 1372 ff.

3 Leo Trotzki, „Die österreichische Krise, die Sozialdemokratie und der Kommunismus“ (13. 11. 1929), in: Trotzki, *Schriften über Deutschland*, Bd. 1 und 2, Frankfurt (Europäische Verlagsanstalt) 1971, Bd. I, S. 153–166.

4 Otto Bauer (1936), Ernst Fraenkel (1940), Erich Fromm (1941), Theodor Geiger (1932), Daniel Guérin (1933), Hermann Heller (1931), Siegfried Kracauer (1933), Richard Löwenthal (1935), Wilhelm Reich (1933), Arthur Rosenberg (1934), Ignazio Silone

(1934), Fritz Sternberg (1935), Angelo Tasca (1938), August Thalheimer (1930) – vor allem aber: Franz L. Neumann (1942, 1944), *Behemoth*, Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, Frankfurt / Köln (Europäische Verlagsanstalt) 1977.

5 Die NSDAP „war aus den unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten zusammengewürfelt und zögerte niemals, den Bodensatz aller Bevölkerungsteile aufzunehmen, [sie] wurde von der Armee, der Justiz und von Teilen der Beamtschaft unterstützt, von der Industrie finanziert, machte sich die antikapitalistischen Gefühle der Massen zunutze und war doch vorsichtig genug, die einflussreichen Geldgeber nie zu verprellen.“ Neumann (1942, 1944), a. a. O. (Anm. 3), S. 159.

6 Zurückdrängung des „Normen-Staats“ durch den „Maßnahmen-Staat“; „Willkür in der politischen und *ratio* in der ökonomischen Sphäre“. Ernst Fraenkel (1940), *Der Doppelstaat*, Frankfurt / Köln (Europäische Verlagsanstalt) 1974, S. 1238.

7 Neumann, a. a. O. (Anm. 3), S. 116.

8 Herbert Marcuse resümierte das Ergebnis der Untersuchungen der Instituts-Arbeitsgruppe Neumann, Kirchheimer, Gurland wie folgt: Der nationalsozialistische Staat ist „durch die dreifältige Souveränität von Industrie, Partei und Wehrmacht mit dem Führer als konfliktregulierendem Zentrum noch nicht angemessen beschrieben. Die konkurrierenden Kräfte lassen ihre Entscheidungen von einer Bürokratie ausführen, die zu den leistungsstärksten und am stärksten durchrationalisierten der Moderne gehört.“ Herbert Marcuse, „Staat und Individuum im Nationalsozialismus“ (1942), in: Marcuse: *Nachgelassene Schriften*, Bd. 5. Hamburg („zu Klampen!“-Verlag) 2007, S. 1140–164; Zitat auf S. 1150.

9 „Der Kapitalismus hatte keine Chance in einer demokratischen Auseinandersetzung mit dem proletarischen Sozialismus, in dessen Ausrottung er seine Rettung erblickte.“ Fraenkel, a. a. O. (Anm. 5), S. 1236.

10 „Das Deutsche Reich [...] soll in konzentrischen Kreisen von Satellitenstaaten umgeben werden, die für die ‚Herrenrasse‘ arbeiten und sie ernähren.“ Marcuse (1942), a. a. O. (Anm. 7).

11 Marcuse (1942), a. a. O., S. 1159–163. Den Begriff einer „repressiven“ oder „institutionalisierten Entsublimierung“ prägte Marcuse erst viele Jahre später. Vgl. dazu Marcuse (1964), *Der eindimensionale Mensch*, Neuwied (Luchterhand) 1967, S. 192–102.

12 Diese beiden kritischen Chroniken der Ereignisse in Deutschland und in der UdSSR wurden durch seine Kommentare zum Übergang Spaniens von der Monarchie zur Republik und zum Bürgerkrieg ergänzt. Vgl. Leo Trotzki, *Revolution und Bürgerkrieg in Spanien, 1931–1939*. Köln (ISP-Verlag) 2016..

13 Davon legen bereits seine ersten bedeutenden Veröffentlichungen Zeugnis ab, sowohl die Auseinandersetzung mit Lenin von 1904 als auch die Bilanz der Revolution von 1905. Vgl. dazu Trotzki (1904): *Unsere politischen Aufgaben*. In: Trotzki (1970): *Schriften zur revolutionären Organisation*. Reinbek (Rowohlt), S. 17–134. Und Trotzki (1906): *Unsere Revolution* (russ.) mit dem berühmten Schlusskapitel *Ergebnisse und Perspektiven*: Frankfurt (Neue Kritik) 1967.

14 Leo Trotzki, „Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?“ (8. 12. 1931), in: *Schriften über Deutschland* (Anm. 2), S. 175.

FÜR VATERLAND UND KAPITAL

Giorgia Meloni, die Vorsitzende der rechtsextremen Partei Fratelli d'Italia, führt die neue italienische Regierung mit einer starken Mehrheit im Parlament, obwohl die Rechtskoalition nur 44 % der Stimmen erhalten hat. Dabei ist sie fest entschlossen, zurück zu einer veritable konservativen und identitären Politik zu finden und nutzt dafür alle verfügbaren politischen und institutionellen Mittel.

■ **Franco Turigliatto**

In der Regierung sitzen die üblichen mediokren, reaktionären oder dezidiert postfaschistischen Figuren, von denen viele (11 von 24) bereits in früheren Regierungen gedient hatten und überwiegend die politischen, ideologischen und materiellen Realitäten der Rechten widerspiegeln. Alles in allem dieses kleingeistige und kleinbürgerliche „Italiotta“ (kleines Italien), das von weit her kommt, aber gleichzeitig fest im kapitalistischen Machtapparat verankert ist, sowohl national als auch international.

Das Wirtschaftsministerium hat Giorgetti von Salvini Lega inne, ein Vertrauensmann der Unternehmer im Norden; das Innenministerium geht an Piantedosi, der den Student*innen der Universität Rom sofort mit Schlagstöcken Mores beibringen ließ. Die Ernennung von Eugenia Roccella, einer erklärten Gegnerin des Gesetzes über den Schwangerschaftsabbruch, zur „Ministerin für Familie, Geburten und Chancengleichheit“ ist eine Kriegserklärung an die Frauenrechte, und Marina Calderoni, eine Unternehmensberaterin für arbeitspolitische Fragen, wird neue Arbeitsministerin. Der Führer der Lega und Migrantenjäger Matteo Salvini ist nun Vizepräsident der Regierung; der andere Vizepräsident ist Antonio Tajani von Forza Italia, ein Vertrauter Berlusconi; das Justizressort übernimmt Carlo Nordio, ein konservativer Richter, der auf der Liste von Fratelli d'Italia gewählt wurde.

Meloni hat ihr Meisterwerk mit der Ernennung ihres Vertrauten Guido Crosetto, Präsident der Militär- und Weltraumindustrie und Rüstungslieferant, zum Verteidigungsminister komplettiert. Ein weiterer Vertrauter, ihr Schwager Francesco Lollobrigida, erbt das Landwirtschaftsressort.

Gott, Vaterland und Familie ... und die Unternehmen

In der Parlamentsdebatte, die der Vertrauensabstimmung für die neue Regierung vorausging, erklärte der Führer der Fünf-Sterne-Bewegung (M5S), Giuseppe Conte, Giorgia Melonis Rede sei ein „ehrgeiziger Plan zur identitären Restauration der Gesellschaft sowohl auf dem Gebiet der Bürgerrechte als auch durch den Rückgriff auf ein reaktionäres Gesellschaftsmodell, was der Dreiklang ‚Gott, Vaterland und Familie‘ zum Ausdruck bringt“. Das ist wohl wahr, wenn auch verkürzt, denn im Programm der postfaschistischen Rechten geht es nicht nur um die Demontage der Bürgerrechte, sondern auch um Einschnitte in die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Arbeiterklasse.

Der Trinitas muss eine vierte Gottheit hinzugefügt werden: die Unternehmen. Diese Göttin fordert die bedingungslose Fortführung der neoliberalen Wirtschafts-

politik, wie von Giorgia Meloni selbst unterstrichen, indem sie klarstellt, dass die unternehmerischen Freiheiten nicht beschnitten werden dürfen und dass die Regierung nach dem Grundsatz verfahren wird, „diejenigen nicht zu stören, die etwas tun wollen“. Die Liste der Vorhaben zugunsten der Kapitalist*innen, ob klein, mittel oder groß, ist recht umfassend: von der „Flat Tax“ über Steuer- und Sozialbeitragsenkungen bis hin zur Liberalisierung des Bargeldverkehrs, was der Steuerflucht und allen Arten von Betrug Tür und Tor öffnet.

„Freiheit, Freiheit, Freiheit“, deklamierte Meloni; sie hätte hinzufügen sollen „die Freiheit, auszubeuten“.

Kein Wort über die fünf Millionen bettelarmer Menschen, die hohe Arbeitslosigkeit und zunehmenden prekären Arbeitsverhältnisse, die niedrigen Löhne und die durch die Inflation von inzwischen 12 % dezimierten Renten. Stattdessen viel Gerede über das Präsidialsystem und die „differenzierte Autonomie“ der Regionen, die die Ungleichheit des Systems noch verschärfen wird.

Die imperialistische Außenpolitik Italiens wird fortgeführt, gestützt auf die Präsenz italienischer Truppen in vielen Ländern der Welt, um die Interessen des Landes zu verteidigen. Diese Rolle ist jedoch eng mit dem westlichen imperialistischen Bündnis unter Führung der USA verknüpft, und die neue Regierung sichert ihre uneingeschränkte Mitgliedschaft in der NATO und die volle Unterstützung für Aufrüstungsprojekte zu.

In Anknüpfung an die faschistischen Werte geht es nicht nur um die Stärkung des Vaterlandes, sondern auch der Familie, insbesondere durch energische Unterstützung und Schutz der traditionellen Familie und „eine umfassende Kampagne zur Wiederentdeckung der Schönheit der Elternschaft“.

Trotz beispielloser dreijähriger Erfahrungen mit einer Pandemie, die 180 000 Menschenleben forderte, und einem nationalen Gesundheitssystem, das im Begriff ist, zusammenzubrechen, sieht die Regierung keine Investitionen im Gesundheitswesen vor. Sie scheint auch auf alle wichtigen Maßnahmen zur Bekämpfung einer nach wie vor grassierenden Epidemie verzichten zu wollen, während die Privatisierung der öffentlichen Krankenhäuser weiter beschleunigt wird.

Ein Strich unter die Vergangenheit

Meloni betreibt eine abenteuerliche Geschichtsklitterung der fürchterlichen 1970er Jahre und geht dabei komplett über die schrecklichen Attentate hinweg, die die Faschisten verübten, um den Aufstieg der Arbeiterbewegung zu

stoppen. Sie will die große Geschichte der sozialen und demokratischen Kämpfe vergessen machen und die antifaschistische Gesinnung und die Ideale von Freiheit und Gleichheit, die in der italienischen Gesellschaft Gemeingut waren, ausradieren – und damit eine soziale und politische Kultur, die von den Rechten immer gehasst und bekämpft wurde.

Jahrelang haben die herrschende Klasse und die ihnen ergebenden Medien versucht, die Geschichte der sozialen und Arbeiterkämpfe vergessen zu machen, um sie in die Defensive zu zwingen und die Arbeiterbewegung zu schlagen; auch die Mitte-Links-Parteien haben durch die Übernahme der neoliberalen Doktrinen ihr Scherflein dazu beigetragen.

Heute fordert die Geschichte Rechenschaft über den Aufstieg der extremen Rechten, die glaubt, durch systematische Verharmlosung der Vergangenheit die Bedingungen für ihre Rache herbeiführen zu können, nämlich die identitäre, „souveränistische“ und nationalistische Restauration des Landes. Uns bleibt nichts anderes, als kompromisslos gegen diese Regierung der Bosse zu kämpfen.

aus *l'anticapitaliste* vom 2.11.2022

Übersetzung: MiWe



NEUE SOZIALISTISCHE ORGANISATION ENTSTEHET

Über 120 Sozialist*innen beendeten ihr Treffen im niederländischen Utrecht mit dem Gesang von allen drei Strophen der „Internationale“. „Viel mehr, als die Sozialdemokraten singen“, bemerkte ein Teilnehmer. Nicht nur beim Gesang hofft das Treffen der neuen Organisation, die sich einfach „De Socialisten“ nennen, über die Sozialdemokratie hinauszugehen.

■ Alex de Jong

Die Versammlung am 25. September folgte auf einen Diskussionsprozess, bei dem eine politische Grundsatzklärung ausgearbeitet und über den Aufbau einer neuen Organisation beraten wurde. Ziel ist es, den Grundstein für eine Partei zu legen, die für die „Sozialisierung der Wirtschaft“ durch einen radikalen Transformationsprozess kämpft, eine „soziale Revolution“.

Wir brauchen eine Alternative

Viele der Teilnehmer*innen des Treffens waren ehemalige Mitglieder der niederländischen Sozialistischen Partei (SP), der wichtigsten linken Partei des Landes; sie wurden entweder ausgeschlossen oder verließen die Partei aus Enttäuschung. Von einer maoistischen Sekte in den siebziger Jahren entwickelte sich die SP in den neunziger und frühen zweitausender Jahren zu einer linken sozialdemokratischen Massenpartei. Die SP erregte eine gewisse internationale Aufmerksamkeit, als sie 2006 kurzzeitig zu einer der wichtigsten Parteien des Landes zu werden schien. Aber seit diesem Höhepunkt stagnierte die Partei und ging dann zurück. Bei den nationalen Wahlen 2021 gewann sie weniger als zehn Prozent der Stimmen und verlor fünf ihrer 14 Sitze. Die Mitgliederzahlen sind von einem Höchststand von 50 000 um das Jahr 2008 auf heute 32 000 gesunken. Besonders besorgniserregend für eine linke Partei ist, dass Umfragen darauf hindeu-

ten, dass die Wählerbasis der SP jetzt zu den ältesten des Landes gehört.

Das Unbehagen führte zu einigen Spannungen in der straff geführten Partei. Einige Parteiführer*innen versuchen, die Bereitschaft, Regierungskoalitionen mit rechten Parteien einzugehen (wie es die SP zuvor schon auf regionaler und kommunaler Ebene getan hat), mit einem aktivistischeren Profil auszugleichen. Andere, darunter Parteichefin Lilian Marijnissen, streben ein respektableres, moderateres Image der Partei an. Die wirklichen politischen Unterschiede sind gering; die Forderungen beispielsweise bleiben innerhalb der Grenzen, die in den EU-Standards für „freien und fairen Wettbewerb“ und durch die Haushalte festgelegt sind.

In den letzten Jahren ist die SP nach rechts gedriftet, was sich zum Teil durch ihre Ausrichtung auf Wahlen erklären lässt. Angesichts von Stimmeneinbußen kämpft die SP darum, ihr Image als Protestpartei mit Signalen nach rechts zu verbinden, um ihre „realistische“ und „seriöse“ Natur zu beweisen. Themen, die nach Meinung der Leitung unter potenziellen Wähler*innen umstritten sein könnten, werden ausgelassen. Eine gewisse Arbeitertümelei, die zum Teil aus ihrer maoistischen Vergangenheit stammt und nun durch Umfragen gestärkt wird, die das angebliche Potenzial einer „sozial konservativen, aber wirtschaftlich fortschrittlichen“ Orientierung aufzeigen,

bedeutet, dass Klimagerechtigkeit, Antirassismus und Feminismus nicht aufgegriffen werden.¹ Typisch war eine Erklärung von SP-Parlamentariern Anfang dieses Jahres, dass sie bei Themen wie Klima und Einwanderung „eher konservativ als links“ seien. Die Orientierung der SP auf Wahlen führt auch zu einer Fokussierung auf Alltagsfragen wie zum Beispiel die Erhöhung des Mindestlohns. Und vor allem Erklärungen der Parteiführung, dass die SP den Eintritt in künftige Koalitionen mit der rechtsorientierten VVD von Ministerpräsident Mark Rutte nicht ausschließe, ließen bei linkeren Mitgliedern die Nackenhaare sträuben.

Unter den SP-Mitgliedern nahm die Unzufriedenheit zu. Wenig überraschend herrschte vor allem in ROOD, dem Jugendflügel der Partei, eine radikalere Stimmung. ROOD-Mitglieder wollten, wie auch andere radikale Parteimitglieder, mehr Gewicht auf Aktivismus, mutigere Forderungen und mehr Engagement in Bewegungen wie zu Klimagerechtigkeit und Antirassismus. Und ganz sicher keine Bündnisse mit der traditionellen Partei des Klassenfeindes: der VVD. Ende 2020 gab die ROOD-Führung eine Erklärung ab, dass sie sich gegen die Bildung von Koalitionen mit der VVD ausspricht. Als Reaktion darauf „entdeckte“ die SP-Führung, dass mehrere führende ROOD-Aktivisten Unterstützer der Kommunistischen Plattform waren, einer Gruppe, die den Herausgebern des *Weekly Worker* in Großbritannien politisch nahesteht. Die Parteiführung bezeichnete die Plattform dann als „Partei“ – was bedeutet, dass Mitglieder ausgeschlossen werden können, da die SP ein Verbot für Doppelmitgliedschaften hat. So begann ein Prozess eskalierender Ausschlüsse. Manchmal wurden ganze Ortsgruppen ausgeschlossen, ebenso die gesamte Jugendorganisation, als ROOD-Mitglieder sich weigerten, die Unterstützung von ausgeschlossenen Aktivisten zurückzuziehen. Andere gingen angesichts der bürokratischen Manöver der SP-Führung, die jeden Kompromiss ablehnte, empört von selbst. Einige hundert Mitglieder, darunter viele sehr aktive, befanden sich plötzlich außerhalb der Partei.

Die Risse in der SP ähnelten manchmal einem Generationenkonflikt. Für viele sich radikalisierende junge Menschen stehen Antirassismus sowie Feminismus und Trans-Rechte im Mittelpunkt, aber die SP hat zu solchen Themen wenig zu sagen. Für eine Generation, die in einer vom Klimawandel dramatisch betroffenen Welt leben muss, ist Ökologie kein zweitrangiges Thema, das aufgeschoben werden kann. Neben der Generationenfrage spielte auch die Geographie eine Rolle. Vor allem SP-Mitglieder in größeren Städten sind mit der Realität einer sich wandelnden Arbeiterklasse und der Notwendigkeit konfrontiert,

sich dem Rassismus zu widersetzen, gerade um eine vielfältige Klasse vereinen zu können. Ganz allgemein haben schärfere soziale Widersprüche wie eine große Wohnraumknappheit und prekäre Arbeitsbedingungen zu einer erneuten Anerkennung der Bedeutung der Klasse und von Klassenwidersprüchen geführt, die nicht nur durch Wahlen ausgekämpft werden können. Die Menschen suchen nach radikalen Lösungen, aber im politischen Terrain finden sie nur wenige, die diese unterstützen.

Politische Schritte vorwärts

Politisch obdachlos geworden bildeten die ausgeschlossenen Sozialist*innen neue Netzwerke und Gruppen. In Utrecht, Rotterdam und Amsterdam organisierten sich ehemalige SP-Mitglieder in neuen lokalen Parteien, um an den Kommunalwahlen im März 2022 teilzunehmen. ROOD bildete sich als unabhängige sozialistische Jugendorganisation neu und verabschiedete ein neues, radikales Programm. Der neue Text beschreibt den Wunsch von ROOD, „den Kampf der Arbeiterbewegung mit dem Kampf für den Sozialismus“ zu verbinden. „Wir müssen die Unterstützung einer Mehrheit der Bevölkerung sammeln, um den kapitalistischen Staat zu stürzen und eine demokratische Republik unter Führung der arbeitenden Klasse zu schaffen. Dieser Machtwechsel, in dem die Arbeiterklasse die Institutionen des gegenwärtigen Systems erobert, abwickelt und ersetzt, ist die Revolution, für die wir kämpfen.“

Gemeinsam mit einigen regionalen Netzwerken und einer Reihe anderer Sozialisten, darunter niederländische Unterstützer*innen der Vierten Internationale, beschlossen diese Gruppen am Sonntag, den Grundstein für eine künftige neue sozialistische Partei zu legen, mit ROOD als eng verbündeter Jugendbewegung.

Was wird die Grundlage der neuen Organisation sein? In De Socialisten betrachten sich viele als Marxisten, sogar als Kommunisten und Revolutionäre. Als der ehemalige SP-Europarlamentarier Erik Meijer, der ebenfalls ausgeschlossen wurde und jetzt eine zentrale Figur in De Socialisten ist, sich zum „linken Sozialdemokraten“ erklärte, ging ein leichtes Raunen der Überraschung durch den Raum. Der Wunsch nach Radikalismus ist stark, aber unter „Sozialismus“ werden inzwischen viele verschiedene Dinge verstanden.

Eine positive Entwicklung ist, dass die Diskussionen und Dokumente, die am Sonntag angenommen wurden, zeigen, dass es große Übereinstimmung über gemeinsame radikale Prinzipien gibt. Der Sozialismus wird als politisches Projekt für die Transformation der Gesellschaft

beschrieben und als Ziel eines Kampfes, der sich aus widersprüchlichen Klasseninteressen ergibt. Das ist etwas ganz anderes als das vage ethische Ideal, das die SP „Sozialismus“ nennt. Die angenommenen Grundsätze sind auch in anderen Aspekten recht weit fortgeschritten. Es wird anerkannt, dass verschiedene soziale Kämpfe artikuliert werden müssen, wie Antirassismus und Feminismus, die Weigerung, „klassenkollaborationistische“ Bündnisse zu unterstützen, und die Ablehnung des Aufbaus von Frontorganisationen, anstatt sich an bestehenden sozialen Bewegungen zu beteiligen. Das starke Beharren auf der Notwendigkeit einer internen Demokratie und einer offenen Debatte ist ebenfalls sehr positiv.

Künftige Aufgaben

Künftige Diskussionen müssen Positionen zu Themen wie der Haltung der künftigen Partei gegenüber den Institutionen des Staates sowie der Gewerkschaftsbürokratie und Fragen der Strategie und der Rolle verschiedener Formen der Selbstbefreiung im Kampf klären. In der kommenden Periode müssen De Socialisten zwischen der Skylla, zu langsam voranzugehen und Enttäuschung und Verlust von Aktivist*innen zu riskieren, und der Charybdis, voranzueilen und die organisatorische Schwäche durch individuelle Anstrengungen besonders engagierter zu kompensieren, manövrieren.

Die Notwendigkeit einer radikalsozialistischen Bewegung ist angesichts der rasch steigenden Lebenshaltungskosten und des Wachstums rechtsextremer Kräfte klar. Die Entwicklung der SP bedeutet, dass auf der Linken eine Lücke entstanden ist. Aber das ist nur ein Potenzial, keine Selbstverständlichkeit. Örtliche Gruppen von De Socialisten beispielsweise gewannen Anfang des Jahres keine Sitze bei den Kommunalwahlen. Viele Aktivisten hatten dieses Ergebnis bei einer Wahl, bei der kaum gebildete Gruppen mit etablierten Parteien konkurrierten, bereits erwartet und betrachteten die Kampagne nur als einen ersten Schritt, um das neue Projekt sichtbar zu machen.

De Socialisten sind auch nicht die einzige neue Kraft auf dem linken Flügel der niederländischen Politik. Seit den Parlamentswahlen 2021 ist die junge Partei BIJ1 (in niederländischer Aussprache „gemeinsam“)² durch einen Sitz im Parlament und lokal in einigen größeren Städten vertreten. Für BIJ1, denen es gelungen ist, in einigen der größeren Städte zusätzliche Sitze zu gewinnen, waren die Wahlen im März ein Erfolg. Auf nationaler Ebene steht BIJ1 eindeutig auf der radikalen Linken, obwohl ihre Ideologie ziemlich heterogen ist. Die Partei beschreibt ihre Politik als

die der „radikalen Gleichheit“ und kombiniert Begriffe, die dem intersektionalen Feminismus und dem Antirassismus entlehnt sind, in einer Ausrichtung, die antikapitalistisch ist, ohne explizit sozialistisch zu sein. Die Partei hat sich weitgehend auf von der SP ignorierten Themen aufgebaut, und einige ihrer Aktivisten haben ihre Wurzeln in der sozialistischen Linken. In größeren Städten war sie erfolgreich, Unterstützung bei Gruppen zu finden, die zuvor von den extremen Linken nicht erreicht wurden, insbesondere bei Schwarzen und People of color. Aber die Partei erlebt schwierige Kämpfe zwischen einem radikalen linken Flügel und Befürwortern liberalerer Interpretationen von Antirassismus. Ein am Sonntag angenommener Entschließungsantrag forderte die Sondierung einer möglichen künftigen Zusammenarbeit zwischen BIJ1 und De Socialisten.

Das Treffen in Utrecht zeigte das reale Potenzial für eine neue sozialistische Organisation auf radikaler Basis. Eine klare Aufgabe für die neue Organisation besteht nun darin, eine Organisation von Aktivisten aufzubauen, die in sozialen Kämpfen verwurzelt ist. Unter den meist jungen Teilnehmern gab es ein starkes Gefühl der Begeisterung. Von ihrer ursprünglichen Basis in Utrecht, Amsterdam, Rotterdam und anderswo aus kann eine neue Bewegung aufgebaut werden, die sozialistische Ideen in soziale Kämpfe und Mobilisierungen einbringen wird.

Die Versammlung war ein Schritt nach vorn auf einem langen Weg. So, wie die Genoss*innen es in der niederländischen Version der Internationale sangen, hat „der Wunsch uns bewegt“ – ein Wunsch nach radikaler Veränderung und nach einer Organisation, die dazu beiträgt.

30. September 2022

Quelle: <https://internationalviewpoint.org/spip.php?article7844>

Übersetzung und Fußnoten: Björn Mertens

1 Auch die schwedische Vänsterpartiet (Linkspartei) hat – ohne großen Erfolg – eine ähnliche Orientierung verfolgt. Siehe: Kjell Östberg, Politisches Erdbeben: <https://www.inprekorr.de/612-swe.htm>.

2 „BIJ1“ wurde Ende 2016 als „Artikel 1“ unter Bezugnahme auf den entsprechenden Artikel der niederländischen Verfassung gegründet, der Diskriminierung und Rassismus verbietet. Wegen einer Namenskollision musste sie ihren Namen ändern, ohne auf die „1“ zu verzichten. Zu den Mitgliedern zählt auch die feministische Schriftstellerin und frühere SP-Senatorin Anja Meulenbelt. Siehe: <https://de.wikipedia.org/wiki/BIJ1>. Website: <https://bij1.org>

DAS BESONDERE AN DEN AKTUELLEN PROTESTEN IM IRAN

Das folgende Interview wurde von **Béatrice Rettig** am 9.11.2022 für den blog. transglobal-studies geführt und zielt auf die spezifischen Züge des aktuellen Aufstands im Unterschied zu den früheren. Interview mit **Amir Kianpour**

Wie sieht die aktuelle politische und soziale Landschaft im Iran aus, die mit der Bewegung im Herbst 2022 sichtbar wird? Sind neue Kräfte daran beteiligt und gibt es neue Konflikte und neue Koalitionen?

Zunächst einmal gibt es mindestens zwei Bewegungen innerhalb des iranischen Aufstands, deren Motive und politische Agenda sich unterscheiden und die sogar mit unterschiedlichen Organisationsprinzipien agieren. Die erste definiert sich durch den ursprünglich kurdischen Slogan „Frau, Leben, Freiheit“ und durch die zentrifugalen und polytheistischen Weiterungen dieses Slogans; und die zweite zeichnet sich dadurch aus, dass sie „Frau, Leben, Freiheit“ mit „Mann, Heimat, Wohlstand“ übersetzt. Für sie ist der aktuelle Aufstand eine „nationale Revolution“, die ihre ideologische Grundlage im kulturellen Erbe von Irân-shahr (der Stadt der Perser) hat.

Der erste Block besteht aus Feministinnen und nationalen Minderheiten, insbesondere Kurd*innen, aus Studierenden, linken Initiativen und Organisationen, Aktivist*innen der Zivilgesellschaft, Gewerkschafter*innen etc. Sie bilden ein zivilgesellschaftliches Netzwerk, das im ganzen Land aktiv ist. Dabei ist bemerkenswert, dass trotz der Spaltungs- und Einschüchterungspolitik, die das Regime über lange Jahre

verfolgt hat, es den Persern, Türken, Kurden, Arabern und Belutschen plötzlich möglich war, sich auf ein gemeinsames politisches Vorgehen zu verständigen. Dies ist ein wirkliches Novum in dieser Bewegung.

Der zweite Block besteht aus Royalisten und Nationalisten und rekrutiert sein Gefolge unter den Bewohner*innen von Kleinstädten und den Vorstädten der Metropolen und damit der armen städtischen Bevölkerung; und zwar über persischsprachige Sender [etwa *Iran International*, Anm. d. Red.] im Ausland, die von Saudi-Arabien und Israel gesponsert und gesteuert werden.

Beide Blöcke wollen den Sturz des Regimes, haben aber unterschiedliche Vorstellungen von der Zukunft des Iran. Beide existierten bereits vor dem Aufstand, aber die Polarisierung über die Zukunftsperspektiven ist neu. Während die radikale Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ großen Wert auf die im Land existierenden unterschiedlichen Positionen legt, betrachtet die nationalistische Bewegung die Demonstrant*innen als einen monolithischen Block.

Der Unterschied zwischen diesen beiden ineinander verwobenen Bewegungen lässt sich mit Blick auf die Revolution von 1979 erklären: Während die eine die Revolution dekonstruieren und neu machen will, will die andere sie rückgängig machen. Zwischen diesen beiden Blöcken stehen diejenigen, die unter dem Elend und der Unterdrückung

ckung leiden und einfach nur ein Leben in Würde führen wollen.

Vor allem für Europäer ist es schwierig, diese Konfliktlinien zu erkennen, da ihr Blick auf die iranische Gesellschaft durch das dortige Regime und den Konflikt zwischen Reformern und Hardlinern geprägt ist. Dabei hat seit mindestens fünf Jahren dieser Gegensatz jegliche politische Bedeutung verloren. Die Hegemonie der Reformisten fand wohl mit dem Dey-96-Aufstand (Monat Dey 1396 entspr. 22.12.2017 bis 20.1.2018) ihr symbolisches Ende, als die Studierenden der Universität Teheran sangen: „Reformisten und Hardliner, eure Ära ist vorbei“. Seitdem verlaufen die Konfliktlinien nicht mehr nach dem alten Schema.

Auf der einen Seite haben sich – gefördert durch die Trump-Regierung – die Monarchisten um den Sohn des persischen Schah, Reza Pahlavi, geschart und genießen eine beachtliche Medienpräsenz. Auch auf den Straßen im Iran wurden monarchistische Parolen laut, vor allem bei den vorhergehenden Aufständen. Auf der anderen Seite gab es weit verbreitete Arbeiterkämpfe und Mobilisierungen unter den Student*innen etc. Im Gegensatz zu letzteren haben die Arbeiterorganisationen bislang keine große Rolle in der aktuellen Bewegung gespielt. Viele Gewerkschaftsaktivist*innen sitzen im Gefängnis, und diejenigen, die nicht in Haft sind, werden von den Sicherheitskräften unter enormen Druck gesetzt. Nichtsdestotrotz sind auf den Straßen auch die Parolen der Arbeiterbewegung zu hören. Auffällig sind gegenwärtig zudem die vielen Parolen, die sich sowohl gegen die Mullahs als auch gegen den Schah richten.

Welche Formen hat der Aufstand bisher angenommen und vor welchen Problemen steht er? Wenn man ihn mit den vorangegangenen Bewegungen der letzten Jahre und auch davor vergleicht, worin liegen die Unterschiede nicht nur im auslösenden Moment, sondern auch auf der diskursiven, grundsätzlichen Ebene?

Der Aufstand hat das ganze Land und alle sozialen Schichten erfasst. Und die Aufständischen kämpfen unter der Parole „alles oder nichts“. Die Forderungen gehen über die Abschaffung der Hidschab-Pflicht hinaus und können im Rahmen des derzeitigen politischen Regimes nicht erfüllt werden.

Was heute im Iran passiert, muss vor dem Hintergrund der beiden schweren Krisen verstanden werden, die das Land getroffen haben: die Krise der sozialen Reproduk-

tion und die Krise der politischen Vertretung. Die soziale Krise resultiert überwiegend aus der neoliberalen Politik und den Sanktionen, die der iranischen Wirtschaft auferlegt wurden. Die politische Krise ist der Verfasstheit des schiitischen Staates inhärent, die einerseits durch die Ausnahmestellung des Vali-e Faqih (Oberster Führer) und andererseits durch ein politisches System gekennzeichnet ist, das bestimmte Bevölkerungsgruppen (Frauen, Baha'i, Sunniten etc.) systemisch ausschließt oder marginalisiert.

Diese Krisen haben sich in den letzten Jahren verschärft. Mindestens seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts gibt es immer wieder Proteste im Land. Es gab zwei massive und landesweite Protestwellen infolge der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und des rapiden Preisanstiegs für Grundnahrungsmittel und Benzin: der Dey-96-Aufstand (Monat Dey 1396 entspr. 22.12.2017 bis 20.1.2018) und der Aban-98-Aufstand (Aban 1398 entspr. 23.10. bis 21.11.2019). Daneben gab es die Proteste der jungen Frauen in der Enghelab-Straße (2017) gegen die Hijab-Pflicht, die Proteste nach dem Abschuss der Maschine 752 der Ukraine International Airlines (2020), den Aufstand gegen die Wasserknappheit insbesondere in der Provinz Khuzestan (2021) und in mindestens sieben Jahren Streiks von Arbeiter*innen gegen die Prekarisierung der Arbeit und die Privatisierungen.

In bisher einzigartiger Weise knüpft der aktuelle Aufstand an alle vorherigen, unvollendeten Proteste an und treibt deren Forderungen voran. Der Geist der Revolution von 1979 spiegelt sich auch in den Parolen und Forderungen der Demonstrant*innen wider. Die Trauerfeiern und den 40. Tag nach dem Tod der Märtyrer für Proteste zu nutzen, erinnert an die Ereignisse, die zur Revolution von 1979 führten.

Die Besonderheiten des gegenwärtigen Aufstands liegen darin, dass die lähmende Angst überwunden ist und außerdem in der Führungsrolle der Frauen und der Beteiligung der Generation Z. Die herausragende Präsenz von jungen Menschen und Schüler*innen in den Kämpfen für Freiheit und Gerechtigkeit ist in der Geschichte des postrevolutionären Iran beispiellos. Meiner Meinung nach lässt sich dies durch den weit verbreiteten Nihilismus der Kinder des Internets und der Videospiele erklären; ein freilich übersteigter Nihilismus mit einer doppelten Dynamik: erstens der Übergang vom „Nichts wollen“ zu „Das Nichts wollen“ und danach der Übergang vom „Das Nichts wollen“ zum „Alles wollen“. Mit anderen Worten: Es handelt sich um einen großen Sprung nach vorne von einer endlosen anachronistischen Alltagssituation in einen

Ausbruch der angestauten Erwartungen an die geschichtliche Moderne.

Das Regime hat sich bisher als unfähig erwiesen, die Proteste einzudämmen, ist aber den Aufständischen gegenüber immer homogen und geeint geblieben. Bisher wurden mehr als 300 Demonstranten, darunter mindestens 40 Jugendliche, von den Sicherheitskräften des Regimes getötet. Die Repression in den Vorstädten, insbesondere in Zahedan (Belutschistan), war blutiger. Dem Regime wird auch vorgeworfen, am 15. Oktober 2022 das Evin-Gefängnis, in dem politische Gefangene und regimekritische Aktivist*innen inhaftiert sind, absichtlich in Brand gesteckt zu haben. Die Justiz kündigte an, dass in Teheran öffentliche Gerichtsverfahren für die 1000 Verhafteten stattfinden würden. Die Fortsetzung des Aufstands könnte zu Spaltungen und Konflikten innerhalb der politisch Verantwortlichen der Regierung führen.

Im Moment verlagern sich die Proteste von einer Stadt zur anderen, von einem Stadtteil zum anderen, aber die Universitäten, die Diaspora und Kurdistan waren die Konstanten des Widerstands und schlossen die Lücken in der Chronologie des Aufstands.

Welche Initiativen sind unter den Solidaritätsbewegungen in der ganzen Welt, in Europa und im Großraum Paris entstanden? Was tun sie und was sind ihre Ziele?

Wenn ich an internationale Solidarität denke, denke ich an Nausicaa (1970), den fiktiven Dokumentarfilm von Agnès Varda, der von den griechischen politischen Flüchtlingen nach der Errichtung der Militärdiktatur der Obristen in Griechenland handelt. Der Film endet mit den Worten des im französischen Exil lebenden griechischen Schriftstellers, Journalisten und Aktivisten Periklis Korovessis. Er gibt dabei eine kleine politische Erklärung ab, nach Brecht'scher Manier direkt in die Kamera blickend:

„Der Faschismus in Griechenland muss bekämpft werden, indem die Mechanismen, die dem Faschismus in Europa an die Macht verhelfen, zerstört werden;

das ist die einzige Hilfe, an die wir Griechen glauben;
das ist die einzige Hilfe, an die wir Griechen glauben;
das ist die einzige Hilfe, an die wir Griechen glauben.

Alles andere, die Literatur des Exils, der Heroismus von außen, die internationale Solidarität, alles andere ist nur Theater.“

Die Logik ist nach wie vor gültig. In dieser Hinsicht muss die Solidarität mit den iranischen Frauen gegen die Hijab-Pflicht untrennbar mit der Solidarität mit den muslimischen Frauen in Europa gegen Islamophobie verbunden werden.

limischen Frauen in Europa gegen Islamophobie verbunden werden.

Für die iranische Rechte ist die Antwort auf die Frage nach Solidarität einfach: Die westlichen Staaten um Unterstützung bitten, damit sie die Faust gegen das islamische Regime erheben, den Druck der Sanktionen erhöhen, diplomatische Beziehungen abbrechen, iranische Botschaften in westlichen Ländern schließen und so weiter. Aber die Linke ist grundsätzlich gegen alle Initiativen und Aktivitäten, die das Land noch weiter in die Isolation treiben und damit einer interventionistischen Logik folgen.

In den letzten Wochen gab es Versuche, internationale Blöcke solidarischer Aktivitäten zu schaffen; aber auch hier gibt es einige Hindernisse. Vor allem neigen internationale Gebilde jeglicher Art dazu, der internationalen Frage systematisch Vorrang vor nationalen und lokalen Fragen einzuräumen. Im Namen der politischen Erfordernisse auf internationaler Ebene überließ die Komintern die iranischen Kommunist*innen in den 1920er Jahren ihrem tragischen Schicksal. Eine ähnliche Episode ereignete sich nach der Revolution von 1979 in den 1980er Jahren, als der angeblich antiimperialistische Charakter des islamischen Regimes als Vorwand diente, die Unterdrückung der Frauen, Kommunisten, nationalen Minderheiten etc. zu ignorieren. Das läuft heute besser, aber noch immer besteht das Problem darin, dass die Unterdrückung im Innern und jene von außen in einen Topf geworfen werden.

Was die Iraner*innen in der Diaspora betrifft, so haben sie sich auf bisher einzigartige Weise politisiert und engagiert; es gibt jedoch die beiden oben erwähnten unterschiedlichen Bewegungen. Das ist auch in Paris der Fall. Jede Woche gibt es in fast allen europäischen Städten Versammlungen zur Unterstützung der Demonstrant*innen im Iran, allerdings mit unterschiedlichen Inhalten und Botschaften. Seid vorsichtig: Wenn Ihr in eine Versammlung geht, auf der viele Fahnen mit dem Symbol des Löwen und der Sonne zu sehen sind, würdet Ihr wahrscheinlich auf der Seite der Royalisten marschieren.

■■■■■■■■■■ **Amir Kianpour** ist Doktorand der Philosophie an der Universität VIII in Paris Vincennes und befasst sich mit geschichtlichen Umbrüchen und dem zeitgenössischen Kapitalismus. Zugleich ist er Soziologe und Übersetzer von Werken der Kritischen Theorie, des Marxismus und von Theaterstudien.

Übersetzung: MiWe

■■■■■■■■■■

WENN DIE HÜLLEN FALLEN

Der Staat Israel ist nicht plötzlich rassistischer geworden. Er traut sich einfach immer mehr, vor der Welt offen zu seinem Rassismus zu stehen.

■ **Jonathan Cook**

Das schlimmste Ergebnis der israelischen Parlamentswahlen im November d. J. ist nicht die Tatsache, dass eine offen faschistische Partei¹ die drittmeisten Sitze errungen hat oder dass sie kurz davor steht, zum Dreh- und Angelpunkt der nächsten Regierung zu werden. Es ist vielmehr die Tatsache, wie wenig sich dadurch in Israel² oder im Ausland ändern wird.

Dass der religiöse Zionismus im Zentrum der Regierung vertreten ist, wird sich auf den Ton der israelischen Politik auswirken: Er wird noch rauer, rabiater und kompromissloser werden. Das macht aber keinen Unterschied zum ethnischen Vorherrschaftsanspruch (engl.: supremacism), der die israelische Politik seit Jahrzehnten bestimmt.

Der Staat Israel ist nicht plötzlich rassistischer geworden. Er traut sich einfach immer mehr, vor der Welt offen zu seinem Rassismus zu stehen. Und die Welt – oder zumindest der Teil von ihr, der sich überheblich als internationale Gemeinschaft bezeichnet – steht kurz davor, zu bestätigen, dass dieses Selbstvertrauen gerechtfertigt ist.

Tatsächlich wird sich die Haltung des Westens gegenüber Israels nächster Koalitionsregierung nicht von der Haltung gegenüber den vermeintlich weniger befleckten Vorgängerregierungen unterscheiden.

Inoffiziell hat die US-Regierung unter Biden der israelischen Führung ihren Unmut darüber kundgetan, dass die Faschist*innen nun so prominent in der Regierung vertreten sind, nicht zuletzt, weil ihre Präsenz dazu führen könnte, dass Washingtons Heuchelei auffliegt und die Verbündeten am Golf in Verlegenheit geraten.³ Dass

Washington etwas Konkretes unternimmt, ist allerdings nicht zu erwarten.

Es wird weder Aufrufe geben, die israelische Regierung als Paria zu ächten, noch sie mit Sanktionen zu belegen oder die Milliarden Dollar an Hilfsgeldern⁴ zu streichen, die die USA jedes Jahr ausrichten. In einem Washington, das noch immer unter den Folgen der Ausschreitungen vom 6. Januar⁵ leidet, werden keine Warnungen laut, dass die israelische Demokratie von innen sabotiert worden ist.

Ebenso wird es weder die Forderung geben, Israel müsse die palästinensische Bevölkerung unter seiner Militärrherrschaft strenger schützen, noch ein Wiederaufleben der Bemühungen, Israel an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Nach einem schüchternen Aufstampfen und allenfalls einer symbolischen Weigerung, sich mit Minister*innen der faschistischen Parteien zu treffen, wird man wieder zur Tagesordnung übergehen. Und diese besteht in der Unterdrückung und ethnischen Säuberung der palästinensischen Bevölkerung.

Tot und begraben

All dies soll die Bedeutung der Ergebnisse aber keinesfalls herunterspielen. Meretz⁶, die einzige jüdische Partei, die den Frieden höher gewichtet als die Rechte der israelischen Siedler*innen, hat es nicht über die Wahlhürde geschafft. Israels kleines Friedenslager scheint tot und begraben zu sein.

Die säkularen Rechtsextremen, die rechtsextremen Siedler*innen und die fundamentalistische religiöse Rechte haben 70 der 120 Sitze im Parlament errungen.⁷ Aufgrund interner Streitigkeiten sind zwar nicht alle bereit, an einem Strick zu ziehen. Ihr Konsens reicht aber aus, um sicherzustellen, dass der abgewählte ehemalige Ministerpräsident Benjamin Netanjahu⁸ zum sechsten Mal an die Macht zurückkehrt.

Es ist so gut wie sicher, dass Itamar Ben-Gvir⁹ im Zentrum der neuen Regierung stehen wird. Seine faschistische Partei Jüdische Stärke repräsentiert das brutale, mit einem unverhüllten Anspruch auf ethnische Vorherrschaft verbundene Erbe des berühmten Rabbi Meir Kahane¹⁰, der die palästinensische Bevölkerung aus ihren Gebieten deportieren wollte. Netanjahu weiß, dass er sein Comeback dem erstaunlichen Aufstieg von Ben-Gvir zu verdanken hat – und er wird ihn entsprechend belohnen müssen.

Mehrere Dutzend weitere Sitze in der Knesset werden von jüdischen Parteien gehalten, die der mehrheitlich säkularen, militaristischen Rechten angehören. Ihre Abgeordneten bejubeln zuverlässig die nunmehr 15-jährige Blockade des Gazastreifens¹¹ und seiner zwei Millionen palästinensischen Einwohner*innen sowie die wiederholten Angriffe¹², mit denen Gaza „zurück in die Steinzeit“ bombardiert wird.

Keine dieser Parteien bemüht sich um eine diplomatische Lösung anstelle der dauernden Unterdrückung der Palästinenser*innen, der allmählichen ethnischen Säuberung Jerusalems und der Etablierung von Siedlungen im besetzten Westjordanland.

Nach ihrem Wahlsieg vor 19 Monaten waren dieselben Parteien in jenem Jahr an der Macht, das für die Palästinenser*innen zum „tödlichsten Jahr“ wurde – so eine kürzliche Meldung der Vereinten Nationen, die sich auf den Zeitraum seit Beginn der Erhebung von Zahlen im Jahr 2005 bezog.¹³ Außerdem wurden während der Regierungszeit dieser Parteien sechs namhafte palästinensische Menschenrechtsgruppen mit der nicht belegten Behauptung verboten, es handle sich um terroristische Organisationen.¹⁴ Dennoch werden die Regierungen im Westen jetzt so tun, als ob diese Oppositionsparteien Hoffnung auf einen – wenn auch noch so fernen – Durchbruch zum Frieden böten.

Mitten in diesem Meer von Gewählten, die unverhohlen an die Überlegenheit von Juden und Jüdinnen glauben, werden zehn Abgeordnete¹⁵ sitzen, die zwei nicht-zionistischen, mehrheitlich arabischen Parteien angehören und damit ein Fünftel der Bevölkerung Israels repräsentieren.

Falls sie ihre Stimme laut genug erheben können, um im Parlament durch den Lärm des antipalästinensischen Rassismus zu dringen, werden sie die Einzigen sein, die für eine Sache eintreten, die der internationalen Gemeinschaft offenbar am Herzen liegt: eine Zwei-Staaten-Lösung.

Ein Moment der Klarheit

Der Erfolg der faschistischen Koalition der beiden Parteien Jüdische Stärke und Religiöser Zionismus, die voraussichtlich 14 Sitze erringen wird¹⁶, sollte als Moment der Klarheit betrachtet werden. Bei dieser Wahl ist der politische Zionismus, Israels Staatsideologie, aus seiner Deckung gekommen und hat sich als enges Spektrum hässlicher Vorstellungen einer Überlegenheit der Juden und Jüdinnen entpuppt.

Insbesondere der Aufstieg von Ben-Gvir wird Israel und seine Unterstützer*innen im Ausland entlarven, denn sie behaupten, Israel sei die einzige Demokratie im Nahen Osten, und deuten damit ziemlich unverhohlen an, Israel stelle einen Vorposten der westlichen Zivilisation in einem moralisch rückständigen, primitiven Nahen Osten dar.

Ben-Gvir und seine Verbündeten in der Regierung machen nur zu deutlich, dass die westliche Unterstützung für Israel nie von dessen moralischem Verhalten oder von seinen demokratischen Ambitionen abhängig war. Von Anfang an wurde Israel als kolonialer Vorposten des Westens gefördert – „ein Bollwerk Europas gegen Asien, ein Vorposten der Zivilisation gegenüber der Barbarei“, wie Theodor Herzl, der Vater des Zionismus, die Rolle Israels bezeichnete.

Egal, wer in Israel an der Macht war, das zentrale Ziel des Zionismus blieb immer gleich: der Ersatz der einheimischen palästinensischen Bevölkerung durch jüdische Neusiedler*innen, die sich auf ein altes Geburtsrecht berufen. Die Debatte innerhalb des Zionismus drehte sich um die nötigen Mittel zur Erreichung dieses Ziels und um die Bedenken, wie Außenstehende den staatlich geförderten Rassismus Israels wahrnehmen und wie sie darauf reagieren könnten.

Im Laufe der Zeit kam der liberale Zionismus generell zum Schluss, zur Sicherung der jüdischen Vorherrschaft über das Land sei es das Beste, die Palästinenser*innen in Ghettos zu sperren. Es handelt sich dabei um das Apartheidsmodell¹⁷, das die internationale Gemeinschaft drei Jahrzehnte lang in eine Zwei-Staaten-Lösung zu überführen versuchte.

Doch der liberale Zionismus hat es nicht geschafft, die Palästinenser*innen zu unterwerfen. Und nun ist er durch

den Triumph der Revisionist*innen praktisch von der politischen Bühne Israels verschwunden. Der revisionistische Zionismus ist die Ideologie, der sich eine deutliche Mehrheit des neuen Parlaments verschrieben hat.

Angesichts des palästinensischen Widerstands und des Scheiterns des liberalen Zionismus verspricht der revisionistische Zionismus mehr Erfolg. Er will die Vorherrschaft der Juden und Jüdinnen, ob göttlich verordnet oder nicht, über ein erweitertes Gebiet festschreiben. Und er ist der Auffassung, dass die Palästinenser*innen jegliche Rechte verwirken und den Nährboden für ihre eigene Vertreibung schaffen, wenn sie sich mit ihrem Status als Gäste dritter Klasse nicht abfinden wollen.

Faschistische Vorstellungen

Für die Palästinenser*innen wird sich Ben-Gvir von den Abgeordneten der anderen Parteien, neben denen er in der Regierung sitzen wird, vor allem durch das Maß an Unverfrorenheit unterscheiden, mit dem er bereit ist, den Westen – und die liberalen zionistischen Unterstützer*innen von Israel – mit seinem offen gezeigten Rassismus in Verlegenheit zu bringen.

Wenn Ben-Gvir für einen Wechsel steht, dann sicher nicht in Bezug auf die israelischen Praktiken in den besetzten Gebieten. Diese werden weitergehen wie bisher. Allerdings könnte Ben-Gvir für Netanjahu in der Frage der Annexion zu einem Hindernis werden, wie auch viele in Netanjahus eigener Partei.

Ben-Gvirs Einfluss wird vor allem im Innern Israels zu spüren sein. Er will die Führung des Ministeriums für öffentliche Sicherheit¹⁸ übernehmen, um mit der Umwandlung der nationalen Polizei in eine Miliz nach den faschistischen Vorstellungen seiner Partei zu beginnen. Damit möchte er den früheren Erfolg der Siedler*innen wiederholen, die in das israelische Militär eingedrungen sind und es nach und nach übernommen haben.

Das wird die Tendenz zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den bewaffneten Siedlergruppen beschleunigen und dadurch eine noch stärkere Ausübung formeller und informeller Gewalt gegen die große Minderheit der in Israel lebenden palästinensischen Bürger*innen legitimieren.¹⁹ Zudem wird es Ben-Gvir und seinen Verbündeten ermöglichen, gegen „Abweichler“ innerhalb der jüdischen Gesellschaft vorzugehen, das heißt gegen all jene, die in religiösen, sexuellen oder politischen Fragen andere Ansichten vertreten.

Die Faschist*innen in der Netanjahu-Regierung werden sich bemühen, den bestehenden hetzerischen

Diskurs gegen die in Israel lebenden palästinensischen Bürger*innen aufzugreifen, um die Minderheit als fünfte Kolonne hinzustellen und ihre Ausgrenzung öffentlich zu rechtfertigen. Doch das ist nicht neu: Schon frühere Regierungschefs und Minister behaupteten, die Palästinenser*innen seien per se verräterisch. Sie verglichen die palästinensischen Bürger*innen mit „Krebs“ oder „Kakerlaken“ und forderten ihre Ausweisung.²⁰

Avigdor Lieberman, der in mehreren Regierungen Minister war, legte schon vor Langem einen Plan für die Neuziehung der Grenzen Israels vor, um Teilen der palästinensischen Minderheit die Staatsbürgerschaft zu entziehen.

Im Sommer warb Ben-Gvir für eine Meinungsumfrage, aus der hervorging, dass fast zwei Drittel der israelischen Juden und Jüdinnen das von ihm vorgeschlagene Gesetz zur Ausweisung „illoyaler“ palästinensischer Bürger*innen aus dem Staat und zur Aberkennung ihrer Staatsbürgerschaft befürworteten.²¹ Für andere jüdische Parteien, die ihre eigene Version ethnischer Vorherrschaft vertreten, wird es schwierig sein, Ben-Gvirs faschistischer Rhetorik etwas Überzeugendes entgegenzustellen.

Schwierige Prüfung

All dies wird zu einer schwierigen Prüfung für Israels Unterstützer*innen in Europa und den USA. Die meisten von ihnen bezeichnen sich als liberale Zionist*innen, auch wenn dieser Flügel des Zionismus in Israel schon vor einiger Zeit zum Verschwinden gebracht worden ist.

Jüdische liberale Zionist*innen betonen immer wieder, Israel sei für ihre Identität von zentraler Bedeutung. Sie haben sogar darauf bestanden, dass neuerdings alles, was über eine harmlose Kritik an Israel hinausgeht, als Antisemitismus definiert wird. Dabei argumentieren sie, ein Angriff auf Israel sei ein Angriff auf die jüdische Identität und stelle somit Antisemitismus dar.

Dieselbe verquere Logik wurde auch von der Internationalen Allianz zum Holocaust-Gedenken (IHRA) bei der Ausarbeitung ihrer neuen Antisemitismus-Definition²² angewandt – eine Definition, die von westlichen Parteien, lokalen Behörden und Universitäten weitgehend übernommen worden ist.

Die IHRA versteht unter Antisemitismus zum Beispiel, Israel als „rassistisches Projekt“ zu bezeichnen, seine Handlungen mit denen der Nazis zu vergleichen (vermutlich auch dann, wenn reale Faschist*innen die israelische Politik bestimmen) oder von Israel „ein Verhalten zu fordern, das von keiner anderen demokratischen Nation

erwartet oder verlangt wird“ (was die Frage aufwirft, was Israel denn noch tun muss, bis man es nicht mehr mit einer „anderen demokratischen Nation“ gleichsetzt).

Wer sich widersetzt, wie der ehemalige britische Labour-Führer Jeremy Corbyn, bekommt die volle Wucht des liberalen zionistischen Zorns zu spüren – so wie jene, die sich für einen Boykott Israels einsetzen, um dessen Exzesse zu stoppen. Es waren liberale Zionist*innen, die die Aktivitäten für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) unterbunden haben. Das Gefühl der Straffreiheit, das so erzeugt wurde, hat sicherlich dazu beigetragen, Israels faschistischen Leviathan zu entfesseln.

Werden die Unterstützer*innen Israels die Definition der IHRA oder Israels zurückweisen, wenn Ben-Gvir in der Regierung sitzt und einen großen Teil der israelischen Bevölkerung vertritt? Sicher nicht.

Wenn Ben-Gvir Israels Unterstützer*innen vor die Wahl stellt, sich entweder für das Vorherrschaftsdenken ihres Zionismus oder aber für ihren Liberalismus zu entscheiden, werden die meisten Ersteres wählen. Wie schon so oft wird Israels Rechtsruck wohl binnen Kürze zur Normalität werden. Schon bald wird es nicht weiter bemerkenswert sein, offene Faschist*innen in der Regierung zu haben.

Schlimmer noch: Ben-Gvir wird den anderen rechts-extremen Politiker*innen an seiner Seite als Alibi dienen, damit die USA und Europa sie als gemäßigte Männer und Frauen des Friedens, als die Erwachsenen im Raum, darstellen können.

Aus: *Middle East Eye* – 4. November 2022

Übersetzung: A. W.

1 <https://www.middleeasteye.net/opinion/israel-election-far-right-triumph-threatens-future>

2 <https://www.middleeasteye.net/countries/israel>

3 <https://www.middleeasteye.net/news/israel-elections-herzog-calm-us-fears-far-right-power>

4 <https://www.bbc.com/news/57170576>

5 <https://www.middleeasteye.net/fr/node/196831>

6 <https://www.israelhayom.com/2022/11/02/left-may-see-2nd-party-fail-to-enter-knesset-as-vote-counting-nears-end/>

7 <https://www.middleeasteye.net/news/israel-elections-ben-gvir-real-winner-new-era-jewish-supremacy>

8 <https://www.middleeasteye.net/news/israel-netanyahu-era-not-over-four-reasons>

9 <https://www.middleeasteye.net/news/israel-itamar-ben-gvir-five-moments-most-outrageous>

10 <https://www.britannica.com/biography/Meir-Kahane>

11 <https://www.haaretz.com/opinion/2022-07-20/ty-article-opinion/premium/gaza-has-been-under-siege-for-15-years-it-cant-go-on/00000182-1cc1-da36-a3ee-fcfb90440000>

12 <https://www.timesofisrael.com/only-the-strong-survive-gantzs-new-campaign-videos-laud-his-idf-bona-fides/>

13 <https://www.middleeasteye.net/news/israel-palestine-west-bank-october-deadliest-month-year-palestinians>

14 <https://www.hrw.org/news/2021/10/22/israel/palestine-designation-palestinian-rights-groups-terrorists>

15 <https://www.timesofisrael.com/2-of-3-arab-factions-predicted-to-enter-knesset-vow-to-oppose-far-right-fascism/>

16 <https://www.middleeasteye.net/news/israel-elections-ben-gvir-real-winner-new-era-jewish-supremacy>

17 <https://www.middleeasteye.net/opinion/israel-apartheid-amnesty-report-walls-crumbling>

18 <https://www.jpost.com/israel-news/politics-and-diplomacy/article-721004>

19 <https://www.middleeasteye.net/opinion/palestinians-israel-face-far-right-attacks-backed-state>

20 <https://electronicintifada.net/content/we-will-have-kill-them-all-efie-eitam-thug-messiah/8555>

21 <https://www.haaretz.com/israel-news/elections/2022-08-29/ty-article/kahanist-lawmaker-touts-poll-showing-broad-support-for-deporting-disloyal-israelis/00000182-e8cb-dcde-a9d6-ecf280e0000>

22 <https://www.holocaustremembrance.com/resources/working-definitions-charters/working-definition-antisemitism>



EINE POLITISCHE KONTERREVOLUTION

Der XX. Kongress der Kommunistischen Partei Chinas fand im Oktober 2022 statt. Mit seiner Wiederwahl für eine dritte Amtszeit bricht Xi Jinping mit der in den 1980er Jahren durchgesetzten Regel und vollzieht damit auch symbolisch die politische Konterrevolution. Unter seiner Herrschaft erreicht die Zentralisierung der Macht neue Höhen, doch sein Triumph kann nicht über die Sackgassen seiner Politik hinwegtäuschen.

■ **Pierre Rousset**

Nach dem XX. Parteitag gibt es keine Anzeichen dafür, dass Xi Jinping alle Probleme erkannt hat, da er zu sehr damit beschäftigt ist, seine Macht über den Staat zu festigen. Die Fähigkeit der Regierung, die wirtschaftliche Entwicklung zu steuern, war lange Zeit ein wichtiger Trumpf für den Aufstieg Chinas. Das von Xi geprägte neue politische System könnte sich nun jedoch als gefährlicher Nachteil erweisen.

Monolithismus im Innern des Staates ...

Die von Deng Xiaoping in den 1980er und 1990er Jahren eingeleiteten Reformen zielten darauf ab, das postmaoistische China auf den kapitalistischen Weg zu bringen, indem ein Teil der Bürokratie „verbürgerlicht“ und das Land mit einem stabilen politischen System zum Wohle der Eliten ausgestattet wurde. Insbesondere sollten eine kollegiale Arbeitsweise auf jeder Führungsebene und die regelmäßige Erneuerung der Führungsgremien die Konzentration der Macht in den Händen eines einzelnen Mannes verhindern.

In seinen ersten beiden Amtszeiten war Xi Jinping bestrebt, eine Regierungsform einzuführen, die im schroffen Gegensatz zu Dengs Absichten stand. Auf dem XX. Parteitag der KPCh konnte nun das vollendet werden, was

man als politische Konterrevolution im kapitalistischen China bezeichnen könnte. Xi trat seine dritte Amtszeit als Vorsitzender der KPCh an, während zuvor niemand länger als zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten von fünf Jahren im Amt bleiben durfte. Wohl hatte Deng seine engsten Vertrauten in Schlüsselpositionen gebracht, er selbst war aber lediglich Vorsitzender der Zentralen Militärkommission gewesen. Xi hingegen ist zugleich Vorsitzender dieser Kommission, Generalsekretär der Partei und Präsident der Volksrepublik.

Der siebenköpfige Ständige Ausschuss des Politbüros ist das Zentrum der Macht in der KPCh. Traditionell sollte es ein Minimum an Fraktionspluralismus enthalten und der designierte Nachfolger des Generalsekretärs darin vertreten sein. Die Frage der Nachfolge stellt sich indessen nicht, da Xi wohl damit rechnet, weitere Amtszeiten zu absolvieren – er vereint nun in seiner Person eine dreifache Führungsposition auf Lebenszeit.

... und des Parteiapparats

Li Keqiang saß als Premierminister (ohne Vollmachten) im Ständigen Ausschuss, wurde aber nicht wiederberufen. Er ist ein enger Vertrauter von Hu Jintao, dem früheren Generalsekretär der KP, der bei der Abschlussitzung des Par-

teitags (offensichtlich ohne seine Zustimmung) von zwei schwarz gekleideten Männern von der Tribüne entfernt wurde – ein seltsames Schauspiel bei einer Zeremonie, bei der alles minutiös geregelt ist. Darüber hinaus will Xi (als weitere Gegenreform) die von Li verkörperte Verwaltung an den Rand der Regierung des Landes drängen. Zwar war die Vorherrschaft der Partei zuvor uneingeschränkt gesichert, doch durch die Pluralität der Entscheidungszentren war das System flexibel und ermöglichte es der Bevölkerung, sich an mehr als einen Ansprechpartner zu wenden. Jetzt aber verfügt die Partei über die exklusive Entscheidungsmacht.

Xi Jinpings Haupttrivalen wurden aufgefordert, sich in den Ruhestand zu verabschieden, und nicht wieder in das neue Zentralkomitee berufen, das aus 205 Mitgliedern besteht und zu 65 % erneuert wurde. Üblicherweise liegt die Altersgrenze für die Wahl in die Parteiführung bei 68 Jahren liegt (Xi selbst ist 69 Jahre alt und schickt sich an, noch sehr lange an der Spitze der KP zu bleiben). Wang Yang (67) wurde jedoch aus dem Amt gedrängt, obwohl er Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes ist (ein Gremium, das aus „demokratischen“, will heißen der KPCh unterstellten Parteien, besteht und einen informellen Austausch ermöglicht). Für die Peking-Astrologen galt er als zu wirtschaftsliberal.

Man sollte sich jedoch davor hüten, die Fraktionskämpfe innerhalb des Parteiapparats wirklich als solche zu werten. De facto geht es dabei zumeist um die Macht und weniger um die politische Richtung. Zumindest sollte man vermeiden, diese Konflikte zu einer Konfrontation zwischen „Reformern“ (Li Keqiang, Wang Yang etc.) und „Konservativen“ aufzubauschen und von ersteren zu erwarten, dass sie letztere bekämpfen. Die Hoffnungen, die in Deng Xiaoping gesetzt wurden, das Land zum Wohle der Bevölkerung zu demokratisieren, haben sich mit der blutigen Unterdrückung der sozialen Bewegungen im Jahr 1989 als dramatische Illusion entpuppt. Seitdem haben sich drei Blöcke um die Generalsekretäre Jiang Zemin, Hu Jintao und Xi Jinping gebildet. Keiner von ihnen hat jemals die Diktatur der Partei über die Gesellschaft in Frage gestellt oder die Zulassung einer organisierten politischen Opposition erwogen, auch wenn die ersten beiden einzelnen Dissidenten hinnehmen konnten.

Was Xi hingegen auszeichnet, ist, dass er rivalisierende Cliques oder Fraktionen rausgesäubert hat, so wie er auch die Armee und den Geheimdienst gesäubert hat. Der XX. Parteitag war für ihn nunmehr eine Gelegen-

heit, seine Kontrolle über den Apparat der Staatspartei zu vollenden.

Personenkult ...

Es wurden Verfassungsänderungen durchgeführt, um den persönlichen Status von Xi Jinping und seinem „Denken“ noch höher zu stilisieren. Der Parteitag billigte Änderungsanträge, darunter die „Zwei Niederlassungen“ und die „Zwei Sicherungen“, die darauf abzielen, Xi im Zentrum der Partei und sein politisches Denken als maßgebliche Ideologie zu verankern. Xi zu kritisieren oder seine Worte zu hinterfragen, wird zu einem Verstoß gegen die Verfassung!

Der Personenkult um Xi erreicht wahnhafte Höhen, ähnlich wie bei Mao zu Beginn der Kulturrevolution (1966–1969). In der Resolution, die auf der Plenarsitzung des Zentralkomitees im November 2021 verabschiedet wurde, hieß es in Bezug auf Xi bereits, dass die heutige Zeit „die großartigste Epoche in der tausendjährigen Geschichte der chinesischen Nation“ sei, da „der Sozialismus chinesischer Prägung in ein neues Zeitalter eingetreten“ sei, seit er an die Macht gekommen sei. Aber auch, dass sein „Denken die Quintessenz der chinesischen Kultur und Seele“ sei, deren Präsenz im „Herzen“ der Partei „von entscheidender Bedeutung [...] ist, um den historischen Prozess der großen Erneuerung der chinesischen Nation zu fördern“.

Am Anfang des Mao-Kults stand der Wunsch, dem Stalin-Kult eine chinesische Persönlichkeit entgegenzusetzen, die dazu diente, die Kommunistische Internationale zu lenken, aber wenn man einmal eine solche Waffe in den Händen hält, benutzt man sie auch, um Rechnungen zu begleichen oder seine Position in Fraktionskämpfen zu stärken, ob diese nun einen politischen Inhalt haben (den hatten sie damals oft) oder nicht. Was das „Denken“ betrifft, so steht Xi nicht in der Kontinuität von Mao. Obwohl er es nie schaffte, eine Fremdsprache zu lernen und nicht reiste wie viele andere asiatische Revolutionäre, las Mao, was er in Übersetzungen fand, und nahm zahlreiche intellektuelle Anregungen auf – chinesische, regionale und westliche. Seine offiziellen Werke sind eher trocken, aber viele interne Parteidokumente wurden während der Kulturrevolution freigegeben und erweisen sich als weitaus lebendiger. Wenn man kein Sinologe ist, wird man sich in dieser Hinsicht eher zurückhalten, aber einige meinen, dass er ein taoistisch geprägtes Geschichtsverständnis hatte; immerhin war er davon überzeugt, dass sich Gesellschaften nur unter dem Einfluss ihrer inneren Widersprüche und damit der sozialen Kämpfe entwickeln. Die Beschwörung

von Widersprüchen kann natürlich sowohl zum Guten als auch zum Schlechten führen, wie die Geschichte des „Großen Steuermanns“ zeigt ...

... und Männlichkeitswahn

Dem Ständigen Ausschuss des Politischen Büros gehörten bisher keine Frauen an und das ist auch heute noch so. Seit 1997 gab es jedoch immer eine Frau im PB (und kurzzeitig sogar zwei). Ein Quotensystem war eingeführt worden, das vorschrieb, dass auf allen unteren Leitungsebenen mindestens eine weibliche Führungskraft vertreten sein musste, was zu einem schwachen, aber stetigen Zustrom von Kandidatinnen beitrug.

Heute ist das 24-köpfige Politbüro ausschließlich mit Männern besetzt. Sun Chunlan, die sogenannte Zarin des Covid (Null-Covid-Beauftragte), wurde weder wiedergewählt noch ersetzt. Laut der *Guardian*-Journalistin Emma Graham-Harrison war sie eine von nur drei Frauen in über 70 Jahren, die aus eigener Kraft so weit im Parteiapparat aufgestiegen waren, ohne die Ehefrau eines einflussreichen Mannes oder ein „Propagandawerkzeug“ zu sein! Es wurde jedoch gemunkelt, dass eine weitere Frau in das Präsidium aufgenommen werden sollte (die Namen zweier Kandidatinnen kursierten). Auf einer Liste von 205 stimmberechtigten Mitgliedern des neuen Zentralkomitees, die am 22. Oktober veröffentlicht wurde, befanden sich nur 11 Frauen.

Die KPCh hat fast 100 Millionen Mitglieder, aber weniger als ein Drittel davon sind Frauen, und dieser Anteil sinkt mit jeder Stufe der Hierarchie. Als Xi Jinping damit begann, zivilgesellschaftliche Organisationen systematisch zu unterdrücken, zielte er besonders auf Feministinnen ab, die jedoch keine Gefahr darstellten. Generell geht die zunehmende Macht Xis mit einer ausgesprochen reaktionären Entwicklung in sogenannten gesellschaftlichen Fragen einher. Um die rückläufige Geburtenrate zu erhöhen, übt er Druck auf die Jugend aus, die sich jedoch seinen Anordnungen widersetzt. Unter diesen Umständen ist zu befürchten, dass das „Recht auf den eigenen Bauch“ eines Tages in Frage gestellt werden wird.

Wie Emma Graham-Harrison abschließend feststellt, „lässt sich eines getrost sagen: Wenn es keine Frau in der Führungsriege gibt, werden Frauenanliegen auch weniger Beachtung finden.“

Ende eines Höhenflugs?

Nach der Wiederwahl von Xi Jinping bleiben die Probleme, mit denen sein Regime konfrontiert sein wird. Wie

weit die wirtschaftliche Entwicklung Chinas gediehen ist und welchen Weg sie dabei genommen hat, verdeutlichen allein zwei Zahlen:

- China und die USA stellen mit mehr als der Hälfte der Milliardäre weltweit den Löwenanteil. Im Jahr 2021 waren es 1058 in China (32,8 % der weltweiten Gesamtzahl) und 696 in den USA (21,6 %) (Hurun Global Rich List 2021).
- Dasselbe gilt für die Unternehmen auf der Rangliste der Fortune Global 500 (2020). An der Spitze steht China mit 124 Unternehmen (24,8 % der Gesamtzahl), gefolgt von den USA mit 121 Unternehmen (24,2 %).

Doch die Dynamik der chinesischen Binnenwirtschaft erschöpft sich allmählich, wenn man den folgenden Daten Glauben schenken will, die zum Teil einem Artikel der Journalistin Helen Davidson (*The Guardian* vom 20. Oktober) entnommen sind:

- Langsameres Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Nachdem es sich von 2012 bis 2021 verdoppelt hatte, hat es nunmehr so stark abgenommen, dass es zum ersten Mal seit dreißig Jahren hinter dem Wachstum der Region Asien-Pazifik zurückbleibt.
- Wachsende soziale Ungleichheit. Im selben Zeitraum hat sich nach Angaben der Weltbank auch das Bruttonationaleinkommen pro Kopf verdoppelt und liegt 2021 bei 11.890 US-Dollar. Im vergangenen Jahr erklärte die KPCh, sie habe die absolute Armut im Land beseitigt. Die Einkommensunterschiede sind jedoch nach wie vor hoch und die Corona-Epidemie hatte zahlreiche Auswirkungen auf die chinesischen Arbeiter*innen, insbesondere auf die Wanderarbeiter*innen. Da das Niveau der sozialen Absicherung sehr niedrig ist, sind die Haushalte gehalten, so viel wie möglich zu sparen. Die strukturelle Arbeitslosenquote liegt seit 2019 bei über 5 %. Laut dem Nationalen Amt für Statistik erreichte sie 2019 mit 19,9 % in der Altersgruppe der 16 bis 24-Jährigen einen Rekordwert.
- Die Krise im Immobiliensektor. Dieser vereint einen großen Teil der Investitionen auf sich. Nach Angaben der Wirtschaftswissenschaftlerin Mary-Françoise Renard (*The Conversation*, 18. Oktober) macht er im engeren Sinne 14 % des BIP aus, liegt aber bei 30 %, wenn man die vorgelagerten (z. B. Zement oder Stahl) und nachgelagerten Sektoren (Dekoration, Möbel) mit einbezieht. Zwischen diesen Sektoren besteht eine starke gegenseitige Abhängigkeit, weswegen sie bei auftretenden Problemen verwundbar sind. Genau das ist heute der Fall. Die Urbanisierung und die Erfordernis, Wohneigentum zu besitzen, um heiraten zu können, haben die Nachfrage angekurbelt, aber auch

Spekulation und Überproduktion gefördert. Die Immobilienkrise hat weitreichende soziale Folgen: Viele Menschen haben ihre Ersparnisse in den Kauf von Wohnungen gesteckt, die vielleicht nie gebaut werden, oder in neue Städte, die Geisterstädte bleiben werden. Das wirkt sich auf den gesamten Finanzsektor aus und es droht eine Schuldenkrise. Die nationale Regierung oder lokale Regierungen greifen mitunter massiv ein, um den Bankrott von Bauträgern zu verhindern, aber das löst die grundlegenden Probleme nicht.

■ Die demografische Krise. Sie zeichnet sich in China wie auch in weiten Teilen Ostasiens ab. Trotz aller Bemühungen ist es den Herrschenden nicht gelungen, den Abwärtstrend der Geburtenrate umzukehren; 2021 fielen diese auf den niedrigsten Stand seit 61 Jahren, da junge Menschen die hohen Lebenshaltungskosten, die ungleichen Geschlechterrollen, die stagnierenden Karriereaussichten und die fehlenden Mutterschaftshilfen beklagen. Jahrgährlich heiraten immer weniger Menschen.

Interimperialistische Spannungen

Die Neuausrichtung der US-Außenpolitik in Asien unter Joe Biden und die russische Invasion in der Ukraine sind für Xi Jinping schlechte Nachrichten. Der triumphalistische Expansionszug der chinesischen Supermacht scheint erst einmal gestoppt. Xi konnte Putin nicht dazu bewegen, seinen Konfrontationskurs zu beenden, wodurch für Chinas Einfluss in West- und Osteuropa erhebliche Risiken drohen.

Nachdem der Marcos-Clan seine Macht auf den Philippinen wieder gefestigt hat, werden auch deren Beziehungen zu Washington wieder enger. Im Südpazifik hatte Peking ein strategisches Abkommen mit den Salomonen unterzeichnet, trotzdem haben sich diese am 20. September der sog. Transpazifischen Partnerschaft angeschlossen, der bereits 15 Staaten dieser Region angehören, darunter die Cook-Inseln und Papua-Neuguinea.

Trotz erheblicher Investitionen schafft es China nicht, seinen Rückstand auf dem so wichtigen Gebiet der hochwertigen Halbleiter aufzuholen. Biden setzt inzwischen alles dran, China am Erwerb oder der Entwicklung bestimmter Schlüsseltechnologien zu hindern. Allerdings stehen die Volkswirtschaften mittlerweile so sehr in gegenseitiger Abhängigkeit, dass ein Riss zwischen China und den USA nicht so einfach machbar ist. Die westlichen Multis beargwöhnen sehr die zunehmende politische Kontrolle Pekings über Investitionen, wollen aber wiederum auch nicht von ihren Profiten lassen und

ihre Produktion wieder in die USA verlagern, wie Biden dies möchte.

Xi Jinping hat alle Kooperationsbeziehungen mit Washington abgebrochen, auch in der Gesundheits- und Umweltpolitik, obwohl sich gerade diese nicht an Grenzen und Spannungen zwischen den Großmächten halten. Insofern reicht das „Denken“ von Xi doch nicht aus, diese beiden existentiellen Bedrohungen der Menschheit zu umfassen.

Was die Macht seiner Person angeht, wird Xi Jinping oft als neuer Mao Zedong gesehen. Das ist jedoch nicht vergleichbar. Nicht nur gehören sie zwei unterschiedlichen historischen Epochen an, sondern auch die Mannschaft, die 1935 während des Langen Marsches an die Spitze der KPCh gelangte, bestand bei weitem nicht nur aus abhängigen Vasallen. Mao verstand es, erprobte Kader, starke Persönlichkeiten, die verschiedenen Richtungen entstammten und oft an der Spitze von Armeekorps standen, zu vereinen. Viele von ihnen hatten sich in den zahlreichen Fraktionskämpfen, die die KPCh zerrissen hatten, sogar gegen ihn gestellt.

aus *l'anticapitaliste* 634 vom 27.10.22

Übersetzung: MiWe



WAS FOLGT AUF LULAS SIEG?

Die Rechte wählte sich bereits als Sieger. Nun fällt sie aus allen Wolken, da die Bolsonaristen einen historischen und demoralisierenden Absturz erlebt haben.

■ Israel Dutra

Der Sieg von Luiz Inácio Lula da Silva (PT) bei den brasilianischen Wahlen 2022 ist der größte Triumph der Demokratie seit dem Sturz des Militärregimes (1964–1985). Dieser Triumph wurde am Wahlabend (30.10.) im ganzen Land gefeiert und knüpfte an die besten kämpferischen Traditionen des brasilianischen Volkes an. Hunderttausende waren auf der Straße, wobei etwa die Avenida Paulista (im Zentrum von São Paulo, wo Lula seine erste Kundgebung als gewählter Präsident abhielt) von Menschenmassen regelrecht überschwemmt wurde. Auch die bewegenden Szenen, die bei der Eröffnung eines Wahllokals in Bahia gefilmt wurden, wo Hunderte von Menschen begeistert und zuversichtlich darauf brannten, ihre Stimme für Lula abzugeben, zeugen von dieser Stimmung.

Es war ein Sieg der Demokratie und des Volkes, allerdings ein sehr knapper, mühevoller Sieg mit nur 2,3 Millionen Stimmen Unterschied und einer Marge von weniger als 2 Prozent, was es bei einer Präsidentschaftswahl noch nie gegeben hat. Zugleich war es eine beispiellose Niederlage für einen amtierenden Präsidenten, der sich um seine Wiederwahl beworben hatte. Mit über 60,3 Millionen waren die Stimmen für Lula auch in absoluten Zahlen erstmalig in der Geschichte, ebenso wie das Ausmaß der Polarisierung.

Zuvor gab es fast 700 000 offizielle Opfer der Pandemie, ein schreckliches Trauma, das in die Geschichte des Landes eingegangen ist und die Lage im Land wie auch den Wahlkampf geprägt hat. Natürlich spielte auch die Zerstörung des Landes und des Amazonasgebiets

eine Rolle, das Wiederaufleben von Hungersnot und das brutale Vorgehen der Regierung gegen die Armen. So wurde bspw. der junge Genivaldo de Jesus Santos in einem Einsatzwagen der regimetreuen Verkehrspolizei grausam gefoltert und erstickt.

Lula, der nach einer willkürlichen und unrechtmäßigen Inhaftierung wieder freigekommen war und 2018 daher nicht antreten konnte, kandidierte gegen den amtierenden Präsidenten Jair Bolsonaro (PL) unter noch nie dagewesenen politischen Umständen seit dem Ende der Militärdiktatur. Bolsonaro machte sich den Staatsapparat auf kriminelle Weise und mit der Unterstützung der Mehrheit im Nationalkongress zunutze, um seine Wiederwahl zu sichern. So gelang es ihm, kurz vor den Wahlen die Freigabe von 27 Milliarden Reais (5 Milliarden Euro) für die sog. Brasilienhilfe (Auxílio Brasil; neue Version der von Lula eingeführten bolsa familiar) durchzusetzen. Zudem mobilisierte er mindestens 48 Milliarden Reais der Caixa Federal, der größten staatlichen Bank des Landes, für Sozialleistungen und Kredite für Frauen in der Wahlperiode – natürlich um so die Wahlen zu beeinflussen und seine eigene Popularität unter den Schichten zu mehren, in denen Lula die meisten Anhänger hat. Außerdem senkte per ordonnance die Benzinpreise und verteilte massenhaft Geld über den sog. „Geheimhaushalt“, womit öffentliche Mittel ohne jegliche Transparenz im Parlament freigegeben werden können.

Neben dem Missbrauch öffentlicher Gelder für seine Wiederwahl hat Bolsonaro einen Riesenapparat zur Pro-

duktion und Verbreitung von Fake News im industriellen Maßstab aufgebaut und evangelikale Kirchen als Echo-kammer genutzt, um die Reichweite seiner Erzählungen in den sozialen Netzwerken zu vergrößern – ein Schlüsselsektor im Wahlkampf, in dem die Bolsonaristen stärker sind als die linken Gruppen. Bolsonaro hat laut einer Umfrage von CNN Brasilien fast 60 Millionen Follower gegenüber 25 Millionen für Lula, wenn man nur die Profile der beiden Präsidentschaftskandidaten auf Facebook, Instagram, YouTube, Twitter und TikTok berücksichtigt.

Auch auf andere Manöver griff er zurück, wie den Einsatz der PRF (Verkehrspolizei), um das Wahlrecht der Bevölkerung in Regionen, in denen die PT vorn liegt – wie dem Nordosten – in Frage zu stellen, oder Wahlbeeinflussung am Arbeitsplatz, wo Bolsonaro-treue Bosse versuchten, die Stimmabgabe der Arbeiterschaft in die gewünschte Richtung zu lenken. Die Arbeitsgerichte melden, dass sie über 2400 Anzeigen über derartige Belästigungen und Versuche, die Wählerstimmen der Bevölkerung zu manipulieren, erhalten haben.

Was gab den Ausschlag?

Die Rechte war siegessicher, fiel jedoch durch. Es kam zu einer historischen und demoralisierenden Niederlage für die Bolsonaristen, obwohl es schon während des Wahlkampfes einige Anzeichen dafür gab, dass der Sturz des Bolsonarismus wahrscheinlicher war als die Wiederwahl der derzeitigen Regierung, die die brasilianische extreme Rechte repräsentiert, die Extremisten, PT-Gegner, Opportunisten und Abenteurer aller Art ins Boot genommen hat, um vom weltweiten Aufstieg der Rechten zu profitieren.

Eine Reihe von Faktoren gab den Ausschlag für Lulas Sieg.

■ Erstens der organisierte Widerstand während der vierjährigen Regierung von Bolsonaro, der weite demokratische Sektoren vereinte, darunter die Jugendlichen und Frauen, die in ihrer Mehrheit gegen Bolsonaro waren. Daneben die Protestbewegungen im Volke, etwa die Massenproteste im Bildungssektor, der antirassistische und antifaschistische Kampf, der Kampf gegen die Wissenschaftsfeindlichkeit und für das Recht auf Impfungen, gemeinsam mit Sektoren des Staatsapparats und nicht Bolsonaro-hörigen Medien, allen voran der Fernsehsender *Rede Globo* und in – geringerem Maße – die Tageszeitung *Folha de S. Paulo*, und dem Kultur- und Kunstsektor. Allerdings muss man kritisieren, dass sich die PT für die Strategie entschieden hat, die Widerstandsbewegung auf die Wahlebene zu kanalisieren und die Proteste unter dem

Motto *Fora [Weg mit] Bolsonaro!* weg von der Straße zu holen, wenngleich die Massenbewegung ihrerseits keinen massiven Einbruch erlebt hat.

■ Zweitens ermöglichte die Spaltung der Bourgeoisie als Ausdruck der gespaltenen Gesellschaft den Wahlsieg der Opposition, selbst wenn Bolsonaro den Staatsapparat kontrollierte.

■ Drittens erleichterten die Spaltung der Bourgeoisie auf internationaler Ebene und die Niederlage Trumps die Niederlage des Bolsonaro-Regimes, zumal ein Teil der imperialistischen Staaten, wie die USA unter Biden und den Demokraten und die EU, signalisierten, dass sie keinen Putsch akzeptieren würden, und Lula unterstützten.

■ Viertens Lulas großes Charisma, der als einziger in der Lage wäre, Bolsonaro zu schlagen. Das rührt aus seiner Vergangenheit als wichtigster Arbeiterführer des Landes, aus der Erinnerung an die teilweisen Fortschritte unter seiner Regierung und aus der enormen Identifikation des Volkes mit ihm, die er erzeugen kann.

■ Fünftens der Vorsprung im Nordosten, wobei es hier nicht nur um das Territorium als solches geht, sondern um die enorme Ausstrahlung der „nordöstlichen Nation“, die im ganzen Land empfunden wird und in der Arbeiterklasse verwurzelt ist, so wie Lula selbst, und auch auf die großen städtischen Zentren abfährt, als Bollwerk gegen Fremdenfeindlichkeit, Vorurteile und die Rückständigkeit der brasilianischen Eliten.

■ Sechstens wegen des guten Abschneidens in den Hauptstädten der Bundesstaaten und des Sieges in strategisch wichtigen Städten wie Porto Alegre und São Paulo, Hauptstadt des gleichnamigen Bundesstaats, und selbst in den Bundesstaaten, in denen Bolsonaro gewinnen konnte.

Alles gut?

Korrekt wäre es, von einem wichtigen Sieg der Demokratie zu sprechen, wobei wir uns jedoch auch weiterhin in der Defensive befinden. Wohl ist damit Bolsonaros Versuch, sich an die Macht zu klammern, gescheitert, und seine Verbündeten im „centrão“ (Mitte-Rechts) und darüber hinaus beginnen, das Boot zu verlassen, und sind gespalten. Aber das reicht nicht aus, um die neofaschistischen Kräfte zu zerstören, die den Kern des Bolsonarismus ausmachen.

Die Situation ist anders als 2003, dem Beginn der ersten Lula-Regierung. Es gibt eine starke extreme Rechte und das antikapitalistische Bewusstsein ist schwächer, aber die Spaltung der Bourgeoisie und der Politisierungsprozess, den diese Polarisierung hervorgebracht hat, öffnen den

Raum, um eine klassenbewusste Avantgarde zu errichten und von der Regierung mehr Demokratie unter Beteiligung der Bevölkerung zu verlangen.

Lula wird natürlich eine noch neoliberalere Politik betreiben als 2003, als die PSOL im Folgejahr nach dem Ausschluss der Parlamentarier*innen gegründet wurde, die sich weigerten, im sogenannten Linksblock unterzugehen und die von der Bourgeoisie orchestrierten Regierungsmaßnahmen tatenlos hinzunehmen. Heute ist Situation jedoch eine andere, denn Brasilien und auch die Welt haben sich geändert, ebenso wie die sozialen Klassenverhältnisse.

Die extreme Rechte wurde nicht zerschlagen. Bolsonaro erhielt eine Menge Stimmen und konnte im ersten Wahlgang einen Sprung nach vorne erzielen, etwa eine starke parlamentarische Vertretung. Er hält wichtige Machtpositionen (in der Armee, der Polizei und in den Regierungen der Bundesstaaten) mit einer starken sozialen Basis. Als Bolsonaro 2018 aus dem Stand an die Regierung gewählt wurde, war dies das Ergebnis der damaligen politischen Krise, der Entschlossenheit von Teilen der Bourgeoisie, der PT einen Dämpfer zu versetzen, und des weltweiten Aufwärtstrends der extremen Rechten. Die neu gewählte Regierung war mitunter gezwungen, zu improvisieren und zeigte sich sogar – am augenfälligsten in der Person ihres Führers Bolsonaro – gelegentlich überfordert.

Natürlich waren diese Mängel von Anfang an bekannt, aber erst, nachdem die Regierung gegen die Interessen von Teilen der Bourgeoisie verstoßen oder sie in ihrer Inkompetenz nicht adäquat bedient hatte, gingen diese auf Distanz zu Bolsonaro. Diese „neoliberalen progressiven Kreise“, wie sie von Nancy Fraser genannt wurden – darunter *Rede Globo* –, die sich nicht mit dem Obskurantismus anfreunden, Wissenschaft und Kultur nicht verteufeln oder in die Privatsphäre eindringen und die demokratischen Freiheiten liquidieren wollen – auch wenn sie eine neoliberale Wirtschaftspolitik vertreten –, haben den Weg für Bolsonaros Niederlage bereitet. Vorgemacht hatten es ihnen Kreise des progressiven neoliberalen Bürgertums auf der ganzen Welt gegenüber autoritären oder neofaschistischen Tendenzen – oder wie auch immer man sie nennen will –, so wie bspw. Teile der US-amerikanischen Bourgeoisie gegen Donald Trump Front gemacht haben.

Trumps Niederlage ging dem Sturz Bolsonaros voraus und mutatis mutandis gibt es viele Parallelen. Trumps Niederlage hat die internationale Unterstützung für Bolsonaro untergraben. Dort wie hier war die Spaltung der Bourgeoisie dafür ausschlaggebend, das neofaschis-

tische Regime in den Wahlurnen zu schlagen und dafür zu sorgen, dass das Wahlergebnis auch respektiert wird, natürlich mit Einschüben von Chaos und Gewalt, wie vom Gros der Anhänger der extremen Rechten nicht anders zu erwarten.

Angesichts der ausufernden Krise des Kapitalismus, die immer schwieriger zu bewältigen ist, wurde Lula auch von diesem Flügel der Bourgeoisie dazu erkoren, ihre Interessen zu vertreten. Und zwar weil die neoliberale Bourgeoisie auch eine politische Krise erlebt. Es gibt heute in Brasilien außer Lula keinen anderen Spitzenpolitiker, der zugleich die Bevölkerung mobilisieren und die bürgerlichen Interessen verwalten kann. Die PSDB ist eingebrochen und hängt am Tropf und die MDB [beide traditionelle rechtsbürgerliche Parteien] hat ihre Führungsrolle längst an den sogenannten Centrão verloren. Dies ist der brasilianische Ausdruck dessen, was wir eine „organische Krise“ nennen, wenn es einen Bruch zwischen den unmittelbaren Interessen der Klasse und ihren direkten Vertretern gibt und sie auf hybride oder außergewöhnliche Lösungsformen zurückgreifen muss.

Und dieser Rettungsanker ist natürlich die PT, die seit ihrer ersten Amtsperiode unter Lula 2003 bereitwillig eine Regierungspolitik betreibt, die die Interessen beider Klassen „versöhnen“ und mit Verve den Wiederaufbau der Neuen Republik betreiben will. Die internationale „progressive neoliberale Bourgeoisie“ sieht in Lula einen kompetenten Sachwalter einer solchen Politik, wenn man die nahezu euphorischen Glückwünsche einzelner Staatsoberhäupter an Lula für seinen Sieg über Bolsonaro betrachtet. Der französische Präsident Emmanuel Macron war wenige Minuten nach der Bestätigung des Wahlergebnisses einer der ersten, der Lula seine Glückwünsche übermittelte. Er veröffentlichte sogar ein Video in den sozialen Netzwerken, das diesen Vorgang zeigt. Der US-Präsident Joe Biden gratulierte mit einem offiziellen Kommuniké des Weißen Hauses und erklärte, er sei auf die enge Zusammenarbeit mit Lula „gespannt“.

Lulas Sieg wird international anerkannt, und die Außenpolitik ist wegen der internationalen Abkommen, des Schutzes der Amazonasregion und der strategischen Rolle Lateinamerikas für die Weltwirtschaft ein zentraler Punkt im Programm des gewählten Präsidenten. Daher sollte die internationale Politik in der MES noch größere Beachtung finden, gerade in Hinblick auf die Herausforderungen, mit denen die neue brasilianische Regierung konfrontiert sein wird. Internationale Themen rücken wieder in den Vordergrund – wegen der Rolle der extremen Rechten in

der Welt, aber auch, weil die fünf wirtschaftlich stärksten lateinamerikanischen Länder – Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien und Chile – von „progressiven“ Parteien regiert werden. Im Gegensatz zur „progressiven“ Welle Anfang der 2000er Jahre ist deren Programm weniger radikal und antiimperialistisch. Dies hängt mit der autoritären Wende zusammen, die Venezuela nach Chávez genommen hat und deren verkommenste Form Ortigas Diktatur in Nicaragua ist.

Die Massenmobilisierungen nach dem Ausgang der Wahlen in Brasilien zeigten, wie erleichtert einen Teil der Bevölkerung feierte, befreit von dem Alptraum des Bolsonarismus. Auf den Straßen waren Menschen, die durch die drohende Wiederwahl der extremen Rechten wachgerüttelt worden waren und sich für die Verteidigung der Rechte, der sozialen Gleichheit, der Umwelt, der Bildung und gegen die Tiraden des Bolsonarismus, der für Barbarei steht, politisiert und radikalisiert hatten. Die Stimmung im Land hat sich verändert und wir wissen nicht, wie weit das gehen wird, aber es ist ein neues, viel günstigeres Klima für unsere Ideen entstanden. Auf der anderen Seite hat die PT-Feindlichkeit ihre Widerstandsfähigkeit gezeigt, aber bereits ohne die notwendige Unterstützung für ein Putschvorhaben, da die Bourgeoisie, die auf Lulas Seite steht, sich so aufgestellt hat, dass sie die Institutionen der bürgerlichen Demokratie sehr wohl schützen kann.

Der Sieg der Demokratie ist zwei Seiten zuzurechnen. Die eine besteht aus dem Flügel der bürgerlichen Sektoren, der sich eine Rückkehr zur institutionellen Normalität wünscht und die extreme Rechte ablehnt. Die andere sind die ausgebeuteten Schichten, bei denen Lula für bessere Lebensbedingungen steht. Diese bürgerlichen Sektoren, die Parteien der Mitte und der sogenannte „Centrão“, der den Institutionen verhaftet ist (er hat den Sieg bereits anerkannt), werden ihre Stärke im Parlament dazu nutzen, Privilegien und Posten zu erhalten. Die Bourgeoisie wird ihrerseits Druck ausüben, damit die Regierung Lula die neoliberale Politik beibehält, gemildert um einige unerlässliche Zugeständnisse im Bereich der Sozialhilfe.

Auf der anderen Seite steht eine politische Wahlallianz, die – widersprüchlich, aber zwangsläufig – fortschrittliche soziale Forderungen aufgestellt hat. Sie griff damit soziale Verbesserungen aus der Ära der PT-Regierungen auf und ergänzte sie um konkrete Maßnahmen in der Lohn- und Frauenpolitik, im Wohnungsbau und im Gesundheits- und Bildungswesen. Außerdem plädierte sie für eine

vorsichtige Steuerreform zur Besteuerung großer Vermögen. Damit werden die Anliegen der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht.

Mit ihrem Amtsantritt wird die neue Regierung, vor dem Hintergrund einer weltweiten Wirtschaftskrise, die auch das Land betrifft, auf zwei gegensätzliche Lager treffen. Auf der einen Seite die extreme Rechte, die trotz ihrer Wahlniederlage sehr stark ist und 14 Bundesstaatsregierungen und eine starke Vertretung im Parlament stellt und die mit einflussreichen Sektoren wie den Evangelikalen und der Agrarindustrie verbunden ist. Auf der anderen Seite stehen die ausgebeuteten und unterdrückten Schichten, die auf die Einhaltung von Lulas Wahlkampfversprechen drängen. In dieser Zwickmühle wird die Regierung agieren müssen und zwar unter anderen Bedingungen als vor 20 Jahren, als die Weltwirtschaft ihnen noch in die Hände spielte. Der Zusammenprall dieser Widersprüche ist unvermeidlich, bloß wissen wir noch nicht, wie schnell er sich vollziehen wird und wie lange die Flitterwochen dauern. Noch ist auch unklar, inwieweit die Regierung ihre Versprechen einhalten und welche Wirtschaftspolitik sie verfolgen wird. Wir müssen noch ein wenig abwarten, wie sich die Regierung zusammensetzt und welche ersten Schritte sie unternimmt.

Kompromisslos gegen die extreme Rechte

Bolsonaro dürfte zwar einen Rückzieher machen, aber nur vorübergehend. Und der Bolsonarismus besteht weiter. Sein Führer zeigt zwar angesichts der Umfrageergebnisse eine gewisse Hilflosigkeit, ist aber weit davon entfernt, sich geschlagen zu geben. Er hat mehr Stimmen gewonnen als bei der letzten Wahl, er hat die Unterstützung des reaktionärsten Flügels der Bourgeoisie (einschließlich derer, die nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse die Straßensperren im ganzen Land finanzierten) und er hat es geschafft, seine politische Seilschaft in den Nationalkongress wählen zu lassen. Somit wird die zentrale politische Aufgabe der MES/PSOL darin bestehen, die extreme Rechte zu bekämpfen. Denn es gibt keine Möglichkeit, einen antikapitalistischen Prozess voranzutreiben, ohne sich mit der extremen Rechten auseinanderzusetzen.

Die extreme Rechte hat eine Massenbasis in einer Gesellschaftsschicht, die die bürgerliche Demokratie ablehnt und offen für einen Staatsstreich bzw. eine Militärdiktatur eintritt. In den letzten Tagen gab es einen Aufschwung des eher putschistischen Sektors, der mit der Agrarlobby und dem harten Kern der extremen Rechten verbunden ist. Er war bereits im September 2021 vorgeprescht und setzt auf

die Zusammenarbeit mit Teilen des Staatsapparats, insbesondere der Verkehrspolizei, ist aber weit davon entfernt, einen „Sturm auf das Kapitol“ imitieren zu können. Ein anderer Sektor, unter Lira und Ciro Nogueira, hat bereits damit begonnen, die Übergabe der Regierungsgeschäfte zu verhandeln. Bolsonaro gab kurze Erklärungen ab und verpflichtete sich, die Straßenblockaden zu beenden. Sein größtes Anliegen besteht laut Berichten der Presse in Brasilia nunmehr darin, eine Einigung mit der PL zu erzielen und den Druck aufrechtzuerhalten, um seine politische Zukunft zu besseren Bedingungen auszuhandeln, auch um eine Gefängnisstrafe zu vermeiden und mit seiner Seilschaft weiterhin die rechtsextreme Opposition anzuführen.

Die Aufgaben der PSOL

Im Kampf gegen den Neofaschismus und um eine Regierungsmehrheit für Lula zu erbringen, haben die Leitung und die Basis der PSOL den Unterschied ausgemacht. Sie wandten sich offensiv gegen Bolsonaros neofaschistisches Programm und unterstützten die sozialen Bewegungen, um die Interessen des Volkes zu verteidigen. Das Wahlergebnis unterstrich die gewachsene Stärke der PSOL und ihre Rolle als Avantgarde im Kampf gegen den Bolsonarismus, auch wenn sie nicht stark genug ist, um eine Machtalternative darzustellen.

Innerhalb der PSOL wird es natürlich eine Diskussion über die neue Regierung geben. Unsere Position wird sein, die Unabhängigkeit der Partei von der Regierung zu wahren und diese zwar gegen die extreme Rechte und deren konterrevolutionäre Methoden zu verteidigen, aber nicht an ihr teilzunehmen.

Um unsere Aufgaben vor Bildung der neuen Regierung zu verdeutlichen, wollen wir daran erinnern, unter welchen Umständen die PSOL gegründet wurde und worin die Unterschiede zur heutigen Zeit bestehen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei den Widersprüchen, den programmatischen Defiziten der PSOL und ihren kommenden Aufgaben.

2003 ging es in erster Linie darum, nach der Frustration über Lulas schnellen Rechtsruck, der in der Abstimmung über die Reform der Sozialversicherung unverhüllt zum Vorschein kam, eine antikapitalistische Alternative aufzubauen. Sie sich also abzugrenzen von der Regierungspolitik, um eine Alternative links von der PT und den sonstigen Parteien zu schaffen, die Bestand hat und einen gewissen Einfluss unter den Massen erringen kann. Heute geht es darum, die vorrangigen Bedürfnisse der brasiliani-

schen Gesellschaft aufzugreifen, indem man die extreme Rechte bekämpft und einen Anziehungspol mit einer antikapitalistischen Perspektive aufbaut, der für die Veränderung der Kräfteverhältnisse und die Umsetzung der eigenen Ziele kämpft.

Insofern muss man sich für die grundlegenden und strukturellen Forderungen, die das Land braucht, stark machen. Ein Eintritt in die Regierung würde jedoch bedeuten, dass die PSOL die Rolle des Verwalters der Kapitalinteressen akzeptiert. Es handelt sich also um eine prinzipielle Position. Außerdem lässt es sich am besten kämpfen, wenn man in der Bevölkerung verankert ist und nicht im Staatsapparat der Regierung. Wir müssen unbedingt unsere Freiheit der Kritik und unsere organisatorische Unabhängigkeit bewahren, aber auch unsere politische Freiheit, die durch die Fraktionsdisziplin bei Einbindung in die Regierung eingeschränkt würde.

Die PSOL ist lebendig und bei den Wahlen stark gewachsen. Sie wird von der breiten Avantgarde, die zuletzt auf der Straße aktiv war, sehr geschätzt und hat unter den sozialen Schichten, die für Lula gestimmt haben, an Respekt und Prestige gewonnen. In dieser Situation kann die MES Mitglieder rekrutieren und sich weiter aufbauen. Unsere politische Aufgabe ist es, von der Regierung Lula die Umsetzung ihrer Wahlversprechungen zu fordern, um dadurch seine Position gegen die extreme Rechte zu stärken und die dringendsten Probleme der Armen im Land zu lösen. Ohne Regierungseintritt und ohne Ultimatum. Wir müssen beide Extreme vermeiden, wenn wir diese Punkte einfordern.

Zugleich müssen wir uns mit denen politisch auseinandersetzen, die das Regime satt haben und daher dem Bolsonarismus den Boden bereitet haben. Die Verteidigung der Institutionen muss Sache der Regierung sein. Um uns als revolutionäre Linke aufzubauen, setzen wir bei der Verteidigung der Bedürfnisse des Volkes hingegen auf den subversiven Diskurs. Dabei geht es nicht darum, etwa Straßenblockaden in Bausch und Bogen zu verurteilen. Wir lehnen diese Mobilisierungen wegen ihrer putschistischen Ziele ab, wegen ihrer Weigerung, den Wählerwillen der Mehrheit des Volkes zu akzeptieren, und wegen ihres Eintretens für eine Militärintervention.

Unsere Aufgabe wird es sein, die Schichten politisch zu gewinnen, die auf die Straße gehen, die die extreme Rechte verurteilen und ihre Hoffnung auf ein besseres Leben setzen. Davon gibt es Millionen unter den Jugendlichen und Frauen, der Arbeiterklasse, den Schwarzen, der Amazonasbevölkerung und den Indigenen, Kleinhändlern,

Freiberuflern, der LGBTQIA+-Gemeinschaft, Staatsbediensteten und dem ehrlichen Teil der Bevölkerung.

Wir müssen auch versuchen, mit den Sektoren ins Gespräch zu kommen, in denen der Bolsonarismus hinzugewonnen hat, wie bei den einfachen und unteren Dienst-rängen der Sicherheitskräfte, der Militär- und Zivilpolizei, den Streitkräften, der Feuerwehr, den privaten Wach-leuten; den rückständigsten Teilen der Arbeiterklasse in den Industriezentren des Landes; den Beschäftigten in der Plattformwirtschaft und perspektivisch auch den Fern-fahrern. Dabei sei darauf verwiesen, dass Luciana Genro in Rio Grande do Sul die Abgeordnete war, die unter den Mannschaftsrängen der Militärpolizei die meisten Stim-men erhalten hat, weil sie sie im Streit um ihre Beförde-rung und bei der Aufdeckung von Missbrauchskandalen durch die Vorgesetzten unterstützt hat, und dass Glauber Braga in Rio de Janeiro von den Unteroffizieren der Armee breit gewählt wurde. Dies gehört auch dazu, wenn man Bolsonaro daran hindern will, seine Basis in der ein-fachen Bevölkerung zu festigen.

Unser Ziel ist, die MES zu stärken und eine Diskussion mit der gesamten PSOL zu führen, um eine grundlegende Alternative für das Land zu schaffen. Wir werden an vorderster Front dafür kämpfen, die von den Wähler*innen gewünschten wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen umzusetzen. Die PSOL muss an vorderster Front für bessere Löhne, Vollbeschäftigung, Wohnraum und Land stehen. Ein zentraler Punkt der Wirtschaftspolitik, den die neoliberale Bourgeoisie von Lula einfordert und den die Regierung voraussichtlich umsetzen wird, ist die Steuerreform, was den Spielraum für soziale Maßnahmen einengt, wenn nicht gar unmöglich macht. Auch andere Wahlver-sprechen laufen dem bürgerlichen Interesse zuwider, nicht für die Überwindung der Krise zahlen zu wollen. Dies ist ein Grund mehr, für solche Maßnahmen zu kämpfen, die das Leben der Bevölkerung verbessern können, und ein Grund mehr, dafür einzutreten, dass die kämpferischen Organisationen der Arbeiterklasse gestärkt werden. Wir treten daher für folgende Maßnahmen ein:

- 1** Automatische Anpassung des Mindestlohns an die Infla-tion.
- 2** Nothilfe in Höhe von 600 Reais plus 150 Reais pro Kind bis zu 6 Jahren, die mindestens einmal pro Jahr an die Inflation angepasst wird.
- 3** Befreiung von der Einkommenssteuer für diejenigen, die unter 5000 Reais verdienen.
- 4** Neuverhandlung der Schulden von Personen, die in der SERASA (Zentraldatei für notleidende Kreditnehmer)

verzeichnet sind, und Erlass der Zahlungen für arme Fa-milien und Familien aus der Mittelschicht.

- 5** Besteuerung von großen Vermögen und von Profiten und Dividenden.
- 6** Schluss mit der Deckelung der Staatsausgaben.
- 7** Gleicher Lohn für Männer und Frauen für gleiche Arbeit unter wirksamer Kontrolle.
- 8** Kampf gegen Korruption, effektive Maßnahmen zur Untersuchung und Bestrafung von Korruption, Stärkung von Institutionen mit Kontrollfunktion, wie der Bundes-polizei, und breite Transparenz, insbesondere indem die von Bolsonaro dekretierte 100-jährige Geheimhaltung staatlicher Dokumente aufgehoben wird.
- 9** Rücknahme der Arbeitsreform, die prekärere Beschäfti-gungsverhältnisse geschaffen und Rechte abgeschafft hat.
- 10** Stärkung der öffentlichen Universitäten und Maß-nahmen, um einkommensschwachen Studierenden den Zugang und den Verbleib zu ermöglichen.
- 11** Wiederaufbau des IBAMA (Brasilianisches Institut für Umwelt und erneuerbare natürliche Ressourcen) und des ICMBio (Chico-Mendes-Institut für die Erhaltung der Biodiversität) und Wiederaufnahme der Maßnahmen gegen die Rodung des Amazonasgebiets.
- 12** Wiederaufbau der FUNAI (Schutzbehörde für die in-digene Bevölkerung) und Wiederaufnahme der Maßnah-men gegen den Bergbau auf indigenem Land im Allgemei-nen und bei den Yanomami im Besonderen.

Daneben treten wir – auch wenn das nicht zu Lulas Wahlversprechungen gehört – für eine Maßnahme ein, die verhindern soll, dass das Land weiterhin von Bankern und Spekulanten beherrscht wird: nämlich ein Audit der Staatsschulden, damit die Gesellschaft weiß, welche Schulden legitim und welche illegitim sind, für deren Be-gleichung die Bevölkerung bluten muss zum Wohle einer winzigen privilegierten Minderheit. Gemeinsam mit dem CADTM kann diese Forderung untermauert werden.

Auch demokratische Maßnahmen müssen weit vorn auf unserer Agenda stehen. Die Wiederherstellung der Demokratie durch die verhinderte Wiederwahl Bolsona-ros muss durch geeignete Maßnahmen gefestigt werden. Zuvörderst die Aufhebung der 100-jährigen Geheim-haltungspflicht und die Aufarbeitung der Verbrechen, die von der Regierung, genauer gesagt vom Präsidenten selbst, begangen wurden. Die angemessenste Sanktion wäre natürlich die Verhaftung von Jair Bolsonaro. „Weder Vergessen noch Verzeihen“ lautet unsere Devise und wir machen uns stark für die Aufarbeitung und Bestrafung der

Verbrechen von Bolsonaro und anderen Kriminellen. Die Straffreiheit für die Verbrechen der Diktatur war mitverantwortlich für das Entstehen und den Aufschwung der von Bolsonaro repräsentierten politischen Strömung, die Folterer, Staatsstrieche und politische Gewalt verteidigt. Daher keine Straflosigkeit!

Die vor uns liegenden Herausforderungen sind enorm. Die Kaderbildung und die Verankerung in Jugend- und Arbeiterorganisationen und sozialen Bewegungen sind grundlegend, um den Gemeinschaftswillen und die Bewusstseinsbildung zu fördern und Selbstverteidigungsaktionen vorzubereiten.

Wir treten dafür ein, dass die PSOL unmittelbar eine Kampagne zur Bestrafung aller Verantwortlichen für die Straßenblockade sowie der sogenannten Putschisten startet, egal ob sie zur Finanzierung oder zur Durchführung dieser demokratiefeindlichen Handlungen beigetragen haben. Teil dieser Kampagne muss natürlich auch sein, die versuchte Wahlbeeinflussung in den Betrieben für den zweiten Wahlgang aufzuarbeiten und zu bestrafen, was laut Arbeitsgerichte in über zweitausend Fällen angezeigt wurde.

Die PSOL steht vor neuen historischen Herausforderungen. Wir vertrauen auf das brasilianische Volk, das gerade einen „schweren“ Sieg errungen hat, wie bei so vielen Kämpfen unseres Volkes. Mit dieser Kraft im Rücken treten wir weiterhin für unsere antikapitalistische Agenda ein, indem wir eine unabhängige Alternative aufbauen, die dafür kämpft, die Neofaschisten zu zerschlagen und Bolsonaro dorthin zu bringen, wo er hingehört: auf den Müllhaufen der Geschichte, indem er Gerechtigkeit für seine Vergehen als Völkermörder erfährt.

■■■■■ **Israel Dutra** ist Mitglied des Exekutivkomitees der MES (Bewegung der Sozialistischen Linken), einer Strömung in der PSOL.

Übersetzung: MiWe



Neuerscheinung

Einband: Paperback

Umfang: 156 Seiten

Format: 15,5 x 22,5

Auflage: 1, NAP 2022

ISBN: 978-3-7003-2247-4

EUR: 17.50

Die Warengesellschaft und die Herausforderung der multiplen Krise

Wenn es noch einer Bestätigung bedurfte, dann hat die Klimakonferenz 2021 (COP 26) erneut belegt, dass sich die bürgerliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (vulgo: der Kapitalismus) in einer tiefen Krise befindet. Die daraus sich ergebende Herausforderung ist sicher in puncto Klimawandel die größte und drängendste, aber längst nicht die einzige.

Somit stellt sich – nicht nur, aber vor allem den Aktiven in der Klimabewegung – die Frage nach einer Systemalternative.

GEMEINSAMKEITEN ZWISCHEN GESELLSCHAFTS- UND PSYCHOANALYSE

Zu Helmut Dahmers *Trotzki, die Psychoanalyse und die kannibalischen Regime*. – Münster: Westfälisches Dampfboot 2022. (277 Seiten, 30 €)
Dahmer, ein ausgewiesener Geist auf beiden Feldern, vermittelt uns in seinem neuesten Buch die Gemeinsamkeiten in Zielsetzung und Methodik von Sozialanalyse und Seelen- bzw. Kulturanalyse.

■ Jakob Schäfer

Dahmer erklärt die Gemeinsamkeiten entlang der Analysen und politischen wie literarischen Aktivitäten Leo Trotzki und bettet sie in die historischen Zusammenhänge ein. Diese Kontextualisierung ist bisweilen ausschweifend, aber für die Leser*innen von Gewinn, für die weitere wissenschaftliche Arbeit zu diesen Themen in jedem Fall äußerst hilfreich. Dass Dahmer für seine Ausarbeitung Leben und Werk Trotzki heranzieht, ist kein Zufall. „Unter den marxistisch orientierten Revolutionären seiner Generation, also der ersten vier Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts, nimmt er [Trotzki, Anm.d.Rez.] eine Sonderstellung ein.¹ Unter den Revolutionsführern war er auch der einzige Freudo-Marxist, freilich einer der besonderen Art.“ (S. 7) Schon in den Jahren 1923–26 machte sich Trotzki – unter explizitem Verweis auf Freud – für die Anerkennung der Psychoanalyse als anerkannte wissenschaftliche Disziplin stark.

„Um den nonkonformen Gebrauch, den Trotzki (wie Breton) von der Marxschen wie von der Freudschen Theorie gemacht hat, einschätzen zu können, bedarf es aber des Rückgangs auf das *Original* des Marxschen und des Freudschen Projekts.“ (S. 14) Dahmer geht deswegen zunächst auf wesentliche Erkenntnisse und methodische Klärungen seitens Marx' und Freuds ein, die die Entzifferung der

„Hieroglyphen“ *Ware* und *Traum* zu ihren Lebensaufgaben gemacht haben. „Marx wie Freud waren Rätsellöser und wurden zu Institutionen-Kritikern. Was ihnen Rätsel aufgab, waren Gebilde wie ‚Waren‘ – dingliche Träger von Tauschwert (‚geronnener Arbeitszeit‘), also ‚sinnlich-übersinnliche oder gesellschaftliche Dinge‘ – oder hysterische ‚Symptome‘ (Organversagen ohne somatischen Befund, also ‚soziale‘ Leiden oder Leiden an der Verzicht-, ‚Kultur‘). Marx hat solche rätselhaften Gebilde (mit einem ethnologischen Begriff) als *Fetische* bezeichnet; sie imponieren als ‚Natur‘ (also als Vorgefundenes, nicht Produziertes), ohne es zu sein. Diese ‚mystische‘ Maskerade immunisiert sie gegen Erkenntnis (die Lösung der Rätsel); der Naturschein verhindert die Entzauberung der Fetische und entzieht sie praktischer Revision. Ihre Herrschaft, die Übermacht der überkommenen Institutionen über ihre widerstrebenden Träger, beruht darauf, dass diese sie nicht als Produkte menschlicher Praxis erkennen (sondern mit *Natur*-Bedingungen verwechseln), dass sie ihres historischen, also transitorischen Charakters *nicht bewusst* sind.“ (S. 24)

Dahmer zeigt auf, wie sich Trotzki auf verschiedenen Ebenen genau um solche Aufhellungen bemüht, sei es bei seiner Analyse der russischen Revolution (wie auch der eigenen Rolle, die er als Redner auf Massenversammlungen spielte), sei es bei seinen ca. 200 Literaturkritiken, sei es bei der Analyse des Thermidors, also der stalinistischen Konterrevolution. Trotzki machte sich also schon früh für die Verbreitung der Freud'schen Erkenntnisse und des psychoanalytischen Ansatzes stark, „... während doch alle drei Strömungen der Arbeiterbewegung sich *irgendwie* auf ‚den‘ Marxismus beriefen, wurde ‚die‘ Psychoanalyse von Ideologen im Bannkreis der II. und der III. Internationale zumeist ignoriert oder bekämpft, während einzelne Intellektuelle anarchistischer, surrealistischer und antistalinistischer Orientierung in Freud einen Bundesgenossen sahen.“ (S. 103)

Dahmer arbeitet auch heraus, welche psychischen Folgen es hatte, wenn Intellektuelle im Westen an Sta-

lin festhielten, auch als seine Verbrechen längst bekannt waren. „Der Anschluss an Stalins Parteien- und Agentennetz bedeutete für zahllose Individuen die Selbstaufgabe zugunsten der Teilhabe an einer Macht, die sich unversehens auch gegen sie kehren konnte, und der Preis den (auch schriftstellernde Agenten wie Sudoplatow und Sborowski) dafür zu zahlen hatten, war die ‚loyale Denkhemmung‘ (Freud), die ihnen auferlegte und von ihnen verinnerlichte Unfähigkeit, politisch-theoretische Argumentationen aufzunehmen und sich damit auseinanderzusetzen, also ihre Verwandlung in (der Übermacht blind ergebene) ‚closed minds‘.“ (S. 107 f.)

Dahmers Pionierleistung, die Gemeinsamkeiten und das sich Ergänzende von marxistischer Gesellschaftsanalyse und Freudscher Psychoanalyse herausgearbeitet zu haben, ist nicht hoch genug einzuschätzen. Wichtige Beiträge dazu hatte er schon in seinen Büchern „Divergenzen“ (2009), „Interventionen“ (2012), „Pseudonatur und Kritik. Freud, Marx und die Gegenwart“ (2013) sowie „Freud, Trotzki und der Horkheimer Kreis“ (2019) geliefert². Nun liegt eine umfassendere Studie vor, die für die einschlägige künftige Forschung unumgänglich sein wird. Die Texte zur Beleuchtung des historischen Zusammenhangs hatte er fast ausnahmslos schon an anderer Stelle veröffentlicht, aber es ist tatsächlich passend, sie hier in den zweiten Teil des Buches einzufügen.

Man kann dem Autor vorhalten, dass er uns hier ein Zwei-Etagen-Buch vorgelegt hat: Man springt ständig zwischen Text und Fußnote, was die Lektüre erschwert, aber für die weitere wissenschaftliche Arbeit sind die Anmerkungen und Belege von großem Wert. Man hätte sich auch wünschen können, dass Dahmer die Texte im zweiten Teil des Buches so umschreibt und zusammenfasst, dass die an manchen Stellen damit zwangsläufig auftretenden Wiederholungen in den Fußnoten überflüssig geworden wären), aber das ist vielleicht Geschmackssache. Man kann jedenfalls nur hoffen, dass dieses Buch in psychoanalytischen wie auch in gesellschaftspolitisch engagierten Kreisen eine weite Verbreitung findet.

¹ Dahmer begründet dies näher mit Trotzki's Rolle in den Revolutionen von 1905 und 1917 sowie seiner Kritik an der „thermidorianischen Entartung“ der Revolution (Anm.d.Rez).

² alle im Verlag Westfälisches Dampfboot erschienen



Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBQ und anderen Themen, in denen Aktivist*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

REGISTER 2022

REGISTER NACH LÄNDERN

Titel	Autor*in	Heft	Seite			
				„Die russische Welt“ – Vom Anfang und Ende einer Idee	Ilja Budraitskis	5/2022 4
				ПОСЛЕ/Posle – neue Website auf Russisch und Englisch		5/2022 60
Afrika				Schweden		
Auch für Afrika eine Katastrophe	Paul Martial	3/2022	24	Ein sozialdemokratisches Dilemma	Kjell Östberg	4/2022 32
Belgien				Sri Lanka		
Lohnindexierung in Belgien	Johan Seynaeve	4/2022	47	Sri Lanka verjagt die Rajapaksas	B. Skanthakumar	5/2022 40
Brasilien				Sudan		
Präsidentschaftswahl in Brasilien – Dossier		1/2022	33	Das Volk organisiert sich, um sein Existenzrecht zu verteidigen	Muzan Alneel	4/2022 53
Einheitsfront gegen Bolsonaro?	João Machado	1/2022	34			
Die Wahlen 2022 und die Zukunft der PSOL	João Machado, Gilson Amaro	1/2022	37	Türkei		
Die PSOL am Scheideweg?	Pedro Fuentes	1/2022	49	„Wir haben immer Wert auf Einheitsinitiativen gelegt“	Uraz Aydın (Interview)	4/2022 60
Chile				Ukraine		
Eine neue politische Ära in Chile (Interview)	Amy Goodman, Nerrmeen Shaikh	5/2022	52	Gegen die militärische Eskalation der NATO und Russlands in Osteuropa	Büro der Vierten Internationale	2/2022 50
Wie lässt sich die breite Ablehnung der neuen Verfassung erklären?	Franck Gaudichaud, Miguel Urrutia	6/2022	38	Für Frieden und Deeskalation	Russische Sozialistische Bewegung (RSD)	2/2022 54
China				Internationale Solidarität gegen den Krieg!	Erklärung ukrainischer Sozialist*innen	2/2022 55
Neuer Imperialismus in China	Pierre Rousset	1/2022	27	Krieg gegen die Ukraine – Dossier		3/2022 13
Europäische Union				Die kalten Krieger im Aufwind	Galia Trépère	3/2022 14
Ein Kampf gegen Windmühlen	Léon Crémieux	5/2022	59	Bei einer militärischen Eskalation der USA gegen Russland gäbe es keine Sieger	Noam Chomsky (Interview)	3/2022 16
Frankreich				Waffenstillstand sofort! Russische Armee raus aus der Ukraine! Die Kriegstreiber in Ost und West stoppen! Nein zu Krieg und Aufrüstung!	Internationale Sozialistische Organisation	3/2022 22
Zemmour – das Produkt einer Rechtsentwicklung	Stathis Kouvelakis	1/2022	61	Auch für Afrika eine Katastrophe	Paul Martial	3/2022 24
Die Wege des Zorns	Léon Crémieux	6/2022	49	Wir befinden uns mehr denn je im Zeitalter der „bewaffneten Globalisierung“	Claude Serfati (Interview)	3/2022 25
Großbritannien				Zur Logik von Putins Ukraine-Krieg und den Folgen	Jakob Schäfer	3/2022 28
„Gegenmacht von unten aufbauen“	Sharon Graham	2/2022	62	Die Unabhängigkeit der Ukraine, gestern und heute	Helmut Dahmer	3/2022 33
Enough is enough	Thierry Labica	6/2022	46	Die ukrainische Frage	Leo Trotzki	3/2022 38
Iran				Die Folgen des Ukrainekriegs – Dossier		4/2022 3
Vorsicht vor den falschen Freunden	Yasmine Mather	6/2022	56	Die Rolle des Imperialismus im Ukrainekrieg	Alex Callinicos	4/2022 4
Solidarität mit der Protestbewegung im Iran	Büro der Vierten Internationale	6/2022	59	Stellungnahme von Gilbert Achcar	Gilbert Achcar	4/2022 6
Italien				Antwort von Alex Callinicos	Alex Callinicos	4/2022 8
Die scala mobile als Gradmesser der Klassenkämpfe	Michael Weis	4/2022	44	Wider eine militärische „Lösung“ des Ukrainekriegs	Heino Berg, Thies Gleiss, Jakob Schäfer, Matthias Schindler, Winfried Wolf	4/2022 11
Die alten sind auch die neuen Feinde der Arbeiterklasse	Sinistra anticapitalista	6/2022	43	Zynismus als Ideologie	Ilja Budraitskis (Interview)	4/2022 14
Luxemburg				Nationale Identität und Völkerverständigung	Marko Bojcun (Interview)	4/2022 17
Ein erneuter Angriff auf den „Lohnindex“ in Luxemburg	Alain Sertic	4/2022	45	Die Eroberung der Ukraine und die Geschichte des russischen Imperialismus	Zbigniew Marcinkowalewski	4/2022 23
Nikaragua				Ein sozialdemokratisches Dilemma	Kjell Östberg	4/2022 32
Zwei Konflikte zwischen Recht und Politik	Matthias Schindler	5/2022	14	Alternative zur Intervention der NATO in der Ukraine	Charlie Kimber	4/2022 34
Pakistan				Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg	Auszug aus dem „Übergangsprogramm“ der IV. Internationale	4/2022 37
Hochwasserkatastrophe in Pakistan		6/2022	66	Solidarität mit Sozialnyj Ruch (Soziale Bewegung)	Internationale Sozialistische Organisation	4/2022 64
Portugal				Krieg gegen die Ukraine – Dossier		5/2022 3
Portugal, ein neuer Zyklus	Francisco Louçã	2/2022	58	„Die russische Welt“ – Vom Anfang und Ende einer Idee	Ilja Budraitskis	5/2022 4
Das Ende einer großen Illusion	Toupeira Vermelha	2/2022	60	Schuldenerlass für die Ukraine	Julija Jurtschenko (Interview)	5/2022 6
Russland				Schlimmer geht immer	Gilbert Achcar	5/2022 12
Eine neue sozialistische Bewegung in Russland	Michail Lobanow (Interview)	1/2022	23			
Zynismus als Ideologie	Ilja Budraitskis (Interview)	4/2022	14			

Zwei Konflikte zwischen Recht und Politik	Matthias Schindler	5/2022	14
Kriegsgefahr und Kampf um Sozialismus	Ernest Mandel	5/2022	20
Solidarischer Antiimperialismus oder heuchlerischer Pazifismus	Christian Zeller	6/2022	19
Mit dem Ukrainekrieg werden Kräfteverhältnisse verschoben	Jakob Schäfer	6/2022	22

USA

Ausweg aus der strategischen Sackgasse	Redaktionskomitee von Spectre	5/2022	48
--	-------------------------------	--------	----

REGISTER NACH THEMEN (AUSWAHL)

Titel	Autor*in	Heft	Seite
-------	----------	------	-------

Biodiversität

Zwei Kehrseiten einer Medaille	Ökologiekommission der NPA	1/2022	13
--------------------------------	----------------------------	--------	----

Buchbesprechung

Markt-Sozialismus – ein Widerspruch in sich	Jakob Schäfer	2/2022	33
Markt und Plan – ein fundamentaler Widerspruch	Jakob Schäfer	3/2022	58
Friedrich Voßkuhler: „Der Kapitalismus als Krise“	Wolfgang Cürten	5/2022	56
„Die Warengesellschaft und die Herausforderung der multiplen Krise“	Friedrich Voßkuhler	6/2022	61

Covid-19-Pandemie

Gemeingüter, Verschuldung und Pharmapatenente	Eric Toussaint	1/2022	17
Natur, Staat und Leben	Christian Zeller	1/2022	56
Impfpflicht und Pharmapatente – Dossier		2/2022	19
Vom Tauschwert des geistigen Eigentums	Eric Toussaint	2/2022	20
Gesundheits-Apartheid im „globalen Dorf“	Alain Bihr	2/2022	24
Solidarisches Impfen statt allgemeine Impfpflicht	Christian Haasen	2/2022	26
Soziale Akzeptanz statt Impfpflicht	Angela Klein	2/2022	28
„Vorbeugen ist besser als heilen!“	Heinrich Neuhaus	2/2022	30

Debatte

Solidarischer Antiimperialismus oder heuchlerischer Pazifismus	Christian Zeller	6/2022	19
Mit dem Ukrainekrieg werden Kräfteverhältnisse verschoben	Jakob Schäfer	6/2022	22

Geschichte

Ernest Mandel in der Berufsverbotspraxis	John S. Will	2/2022	37
--	--------------	--------	----

Gleitende Lohnskala

Inflation: Welche Gegenwehr? – Dossier		4/2022	41
Zur Aktualität der „gleitenden Lohnskala“	Heinrich Neuhaus	4/2022	42
„Gleitende Lohnskala und gleitende Skala der Arbeitszeit“	Auszug aus dem „Übergangsprogramm“ der IV. Internationale	4/2022	43
Die scala mobile als Gradmesser der Klassenkämpfe	Michael Weis	4/2022	44
Ein erneuter Angriff auf den „Lohnindex“ in Luxemburg	Alain Sertic	4/2022	45
Lohnindexierung in Belgien	Johan Seynaeve	4/2022	47
Was tun gegen die Teuerung?	Internationale Sozialistische Organisation	4/2022	52

Klima

COP26: Eine Verherrlichung des Neoliberalismus	Daniel Tanuro	1/2022	3
Schneller und heftiger als erwartet	Daniel Tanuro	3/2022	3

Krieg

Kriegsgefahr und Kampf um Sozialismus	Ernest Mandel	5/2022	20
---------------------------------------	---------------	--------	----

Militarisierung

Ukraine-Krieg und deutsche Großmachtambitionen	Jürgen Wagner	6/2022	25
--	---------------	--------	----

Nachruf

Alain Krivine (1941 – 2022)	Léon Crémieux	3/2022	61
Nachruf eines russischen Genossen der IV. Internationale	Ilja Budraitskis	3/2022	63
Auszug aus „Ein ungeduldiges Leben“	Daniel Bensaïd	3/2022	63

NATO

Schlimmer geht immer	Gilbert Achcar	5/2022	12
----------------------	----------------	--------	----

Ökologie

„Sozialversicherung für Ernährung“ als Modell?	Ökologiekommission der NPA	3/2022	43
Verarmung, Krieg und ökologische Katastrophe – welche Antworten?	Kai Hasse	5/2022	35

Ökonomie

Gemeingüter, Verschuldung und Pharmapatenente	Eric Toussaint	1/2022	17
Die Probleme der Just-in-Time-Lieferungen	Kim Moody	1/2022	21
Vom Tauschwert des geistigen Eigentums	Eric Toussaint	2/2022	20
Gemeineigentum vs. Big Pharma	Eric Toussaint	3/2022	48
Ein Gespenst kehrt zurück: Die Inflation	Romarc Godin	5/2022	30
Wirtschaft ohne Kompass	Norbert Holclat	6/2022	29

Ökosozialismus

Ökosozialismus und Degrowth	Lorenzo Velotti	2/2022	3
Ungleiches Wachstum oder gerechtes Degrowth	Daniel Tanuro	2/2022	9
Ökologischer Vandalismus	Daniel Tanuro	2/2022	13
Ökosozialistische Tagung der SOAL		2/2022	64
Ökosozialistische Konferenz der ISO		2/2022	64
Zur Entwicklung eines ökosozialistischen Programms	Ökologiekommission der IV. Internationale	3/2022	6
Ökosozialistische Konferenz der ISO		3/2022	64

Russland im Krieg

Widerstand gegen den „Nicht-Krieg“	Alexandra Sapolskaja, Michail Lobanow (Interview)	6/2022	3
Wir lassen uns nicht unterkriegen!	Warja Michailowa (Interview)	6/2022	10
Der Arbeiter ist immer in einer schwachen Position	Aktivist*innen von „Antijob“ und „Antifond“ (Interview)	6/2022	15

Theorie

Es droht ein „kannibalischer Kapitalismus“	Nancy Fraser	2/2022	41
--	--------------	--------	----

REGISTER NACH AUTOR*INNEN

Titel	Land/Thema	Heft	Seite
-------	------------	------	-------

Gilbert Achcar

Stellungnahme von Gilbert Achcar	Ukraine	4/2022	6
Schlimmer geht immer	Ukraine, NATO	5/2022	12

Aktivist*innen von „Antijob“ und „Antifond“

Der Arbeiter ist immer in einer schwachen Position	Russland im Krieg	6/2022	15
--	-------------------	--------	----

Muzan Alneel

Das Volk organisiert sich, um sein Existenzrecht zu verteidigen	Sudan	4/2022	53
---	-------	--------	----

Gilson Amaro

Die Wahlen 2022 und die Zukunft der PSOL	Brasilien	1/2022	37
--	-----------	--------	----

Uraz Aydın „Wir haben immer Wert auf Einheitsinitiativen Türkei gelegt“		4/2022	60	Kai Hasse Verarmung, Krieg und ökologische Katastrophe – welche Antworten?		5/2022	35
Daniel Bensaïd Auszug aus „Ein ungeduldiges Leben“	Nachruf	3/2022	63	Norbert Holcblat Wirtschaft ohne Kompass	Ökonomie	6/2022	29
Heino Berg Wider eine militärische „Lösung“ des Ukraine- Kriegs	Ukraine	4/2022	11	Internationale Sozialistische Organisation Waffenstillstand sofort! Russische Armee raus aus der Ukraine! Die Kriegstreiber in Ost und West stoppen! Nein zu Krieg und Aufrüstung!		3/2022	22
Alain Bihr Gesundheits-Apartheid im „globalen Dorf“	Covid-19-Pandemie	2/2022	24	Was tun gegen die Teuerung? Solidarität mit Sozialnyj Ruch (Soziale Bewegung)	Gleitende Lohnskala Ukraine	4/2022 4/2022	52 64
Marko Bojcun Nationale Identität und Völkerverständigung	Ukraine	4/2022	17	Julija Jurtschenko Schuldenerlass für die Ukraine	Ukraine	5/2022	6
Ilja Budraitskis Nachruf eines russischen Genossen der IV. Internationalen Zynismus als Ideologie	Ukraine, Russland	3/2022 4/2022	63 14	Charlie Kimber Alternative zur Intervention der NATO in der Ukraine		4/2022	34
Alex Callinicos Die Rolle des Imperialismus im Ukrainekrieg Antwort von Alex Callinicos	Ukraine Ukraine	4/2022 4/2022	4 8	Angela Klein Soziale Akzeptanz statt Impfpflicht	Covid-19-Pandemie	2/2022	28
Noam Chomsky Bei einer militärischen Eskalation der USA gegen Russland gäbe es keine Sieger	Ukraine	3/2022	16	Stathis Kouvelakis Zemmour – das Produkt einer Rechtsentwicklung	Frankreich	1/2022	61
Léon Crémieux Alain Krivine (1941 – 2022) Ein Kampf gegen Windmühlen Die Wege des Zorns	Nachruf Europäische Union Frankreich	3/2022 5/2022 6/2022	61 59 49	Zbigniew Marcin Kowalewski Die Eroberung der Ukraine und die Geschichte des russischen Imperialismus	Ukraine	4/2022	23
Wolfgang Cürten Friedrich Voßkuhler: „Der Kapitalismus als Krise“	Buchbesprechung	5/2022	56	Thierry Labica Enough is enough	Großbritannien	6/2022	46
Helmut Dahmer Die Unabhängigkeit der Ukraine, gestern und heute	Ukraine	3/2022	33	Michail Lobanow Eine neue sozialistische Bewegung in Russland Widerstand gegen den „Nicht-Krieg“	Russland Russland im Krieg	1/2022 6/2022	23 3
Nancy Fraser Es droht ein „kannibalischer Kapitalismus“	Theorie	2/2022	41	Francisco Louçã Portugal, ein neuer Zyklus	Portugal	2/2022	58
Pedro Fuentes Die PSOL am Scheideweg?	Brasilien	1/2022	49	João Machado Einheitsfront gegen Bolsonaro? Die Wahlen 2022 und die Zukunft der PSOL	Brasilien Brasilien	1/2022 1/2022	34 37
Franck Gaudichaud Wie lässt sich die breite Ablehnung der neuen Verfassung erklären?	Chile	6/2022	38	Ernest Mandel Kriegsgefahr und Kampf um Sozialismus	Ukraine, Krieg	5/2022	20
Thies Gleiss Wider eine militärische „Lösung“ des Ukraine- Kriegs	Ukraine	4/2022	11	Paul Martial Auch für Afrika eine Katastrophe	Ukraine, Afrika	3/2022	24
Romarc Godin Ein Gespenst kehrt zurück: Die Inflation	Ökonomie	5/2022	30	Yasmine Mather Vorsicht vor den falschen Freunden	Iran	6/2022	56
Amy Goodman Eine neue politische Ära in Chile	Chile	5/2022	52	Warja Michailowa Wir lassen uns nicht unterkriegen!	Russland im Krieg	6/2022	10
Sharon Graham „Gegenmacht von unten aufbauen“	Großbritannien	2/2022	62	Kim Moody Die Probleme der Just-in-Time-Lieferungen	Ökonomie	1/2022	21
Christian Haasen Solidarisches Impfen statt allgemeine Impfpflicht	Covid-19-Pandemie	2/2022	26	Heinrich Neuhaus „Vorbeugen ist besser als heilen!“ Zur Aktualität der „gleitenden Lohnskala“	Covid-19-Pandemie Gleitende Lohnskala	2/2022 4/2022	30 42
				Ökologiekommision der NPA Zwei Kehrseiten einer Medaille	Biodiversität	1/2022	13

„Sozialversicherung für Ernährung“ als Modell?	Ökologie	3/2022	43	Galia Trépère Die kalten Krieger im Aufwind	Ukraine	3/2022	14
Kjell Östberg Ein sozialdemokratisches Dilemma	Ukraine, Schweden	4/2022	32	Leo Trotzki Die ukrainische Frage	Ukraine	3/2022	38
Pierre Rousset Neuer Imperialismus in China	China	1/2022	27	Erklärung ukrainischer Sozialist*innen Internationale Solidarität gegen den Krieg!	Ukraine	2/2022	55
Russische Sozialistische Bewegung (RSD) Für Frieden und Deeskalation	Ukraine	2/2022	54	Miguel Urrutia Wie lässt sich die breite Ablehnung der neuen Chile Verfassung erklären?		6/2022	38
Alexandra Sapolskaja Widerstand gegen den „Nicht-Krieg“	Russland im Krieg	6/2022	3	Lorenzo Velotti Ökosozialismus und Degrowth	Ökosozialismus	2/2022	3
Jakob Schäfer Markt-Sozialismus – ein Widerspruch in sich Zur Logik von Putins Ukraine-Krieg und den Folgen	Buchbesprechung Ukraine	2/2022 3/2022	33 28	Toupeira Vermelha Das Ende einer großen Illusion	Portugal	2/2022	60
Markt und Plan – ein fundamentaler Widerspruch	Buchbesprechung	3/2022	58	Auszug aus dem „Übergangsprogramm“ der IV. Internationale			
Wider eine militärische „Lösung“ des Ukraine- kriegs	Ukraine	4/2022	11	Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg	Ukraine	4/2022	37
Mit dem Ukrainekrieg werden Kräfteverhältnisse verschoben	Ukraine, Debatte	6/2022	22	„Gleitende Lohnskala und gleitende Skala der Arbeitszeit“	Gleitende Lohnskala	4/2022	43
Matthias Schindler Wider eine militärische „Lösung“ des Ukraine- kriegs	Ukraine	4/2022	11	Ökologiekommision der IV. Internationale Zur Entwicklung eines ökosozialistischen Pro- gramms	Ökosozialismus	3/2022	6
Zwei Konflikte zwischen Recht und Politik	Ukraine, Nikaragua	5/2022	14	Büro der Vierten Internationale Gegen die militärische Eskalation der NATO und Russlands in Osteuropa	Ukraine	2/2022	50
Claude Serfati Wir befinden uns mehr denn je im Zeitalter der „bewaffneten Globalisierung“	Ukraine	3/2022	25	Solidarität mit der Protestbewegung im Iran	Iran	6/2022	59
Alain Sertic Ein erneuter Angriff auf den „Lohnindex“ in Luxemburg	Gleitende Lohnskala, Luxemburg	4/2022	45	Friedrich Voßkuhler „Die Warengesellschaft und die Herausforderung der multiplen Krise“	Buchbesprechung	6/2022	61
Johan Seynaeve Lohnindexierung in Belgien	Gleitende Lohnskala, Belgien	4/2022	47	Jürgen Wagner Ukraine-Krieg und deutsche Großmachtambitionen	Militarisierung	6/2022	25
Nerrmeen Shaikh Eine neue politische Ära in Chile	Chile	5/2022	52	Michael Weis Die scala mobile als Gradmesser der Klassen- kämpfe	Gleitende Lohnskala, Italien	4/2022	44
Sinistra anticapitalista Die alten sind auch die neuen Feinde der Arbeiterklasse	Italien	6/2022	43	John S. Will Ernest Mandel in der Berufsverbotspraxis	Geschichte	2/2022	37
B. Skanthakumar Sri Lanka verjagt die Rajapaksas	Sri Lanka	5/2022	40	Winfried Wolf Wider eine militärische „Lösung“ des Ukraine- kriegs	Ukraine	4/2022	11
Redaktionskomitee von Spectre Ausweg aus der strategischen Sackgasse	USA	5/2022	48	Christian Zeller Natur, Staat und Leben Solidarischer Antiimperialismus oder heuchlerischer Pazifismus	Covid-19-Pandemie Ukraine, Debatte	1/2022 6/2022	56 19
Daniel Tanuro COP26: Eine Verherrlichung des Neoliberalismus	Klima	1/2022	3				
Ungleiches Wachstum oder gerechtes growth	Ökosozialismus	2/2022	9				
Ökologischer Vandalismus	Ökosozialismus	2/2022	13				
Schneller und heftiger als erwartet	Klima	3/2022	3				
Eric Toussaint Gemeingüter, Verschuldung und Pharmapatenente	Covid-19-Pandemie, Ökonomie	1/2022	17				
Vom Tauschwert des geistigen Eigentums	Covid-19-Pandemie, Ökonomie	2/2022	20				
Gemeineigentum vs. Big Pharma	Ökonomie	3/2022	48				